

*Provocabo! – Gedanken über Gott
und die Welt, Politik und
Gesellschaft*

© Dennis Riehle, 2017

Übersicht

Vorwort	4
Gott – und weniger von der Welt...	7
Gesellschaft, Ethik und/der die Moral?	73
Politik, Soziales und Demokratie!	135
Nachwort	155

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

provocabo – ich provoziere! Die Lateiner wissen, dass es so nicht ganz stimmt. Aber: Lassen Sie sich denn überhaupt provozieren? Nach der Lektüre dieses Buches werden Sie es sicher wissen. Denn die Zusammenstellung meiner Gedanken aus vielen Jahren, sie ist nicht nur ein Abbild des menschlichen Ringens um Meinungen, Haltungen und Überzeugungen. Sie zeugt auch von meiner Persönlichkeit, die sich nicht einordnen lässt in ein Kästchen aus links oder rechts, aus konservativ oder liberal.

Zu vielen Themen geht mir etwas durch den Kopf. Die wichtigsten habe ich für Sie nun zusammengefasst, in einer bestimmten Sortierung, in einer bewussten Auswahl, in einer gewollten Reihenfolge. Denn sie macht deutlich: Positionen können sich mit der Zeit ändern. Und sie können sich über die Jahre widersprechen.

Vielleicht entdecken Sie auch sich selbst, wie Sie in bestimmten Bereichen ähnliche Veränderungen in Ihren Standpunkten im Rückblick entdecken. Bei einigen Äußerungen werden Sie sich über die Pointiertheit aufregen, über die Pauschalisierungen, über die Verrücktheit mancher Ideen.

Am schlimmsten wäre für mich, wenn Sie während des Lesens nicht mit sich – oder auch mit mir – sprechen würden! Wenn Sie sich nicht ärgern würden über Formulierungen und gewisse Äußerungen.

Denn meine Ansichten sind nicht konsequent, sie lassen sich nicht in das Bild einer unserem System angepassten Ideologie einpressen. Und deshalb habe ich Widerspruch verdient.

Das Lesen soll Sie herausfordern, Ihnen gleichsam aber auch Anreiz geben, sich über Fragestellungen, die nicht immer zu den alltäglichen gehören, die wir in den Medien lesen oder mit denen wir in unserem Leben konfrontiert sind, Gedanken zu machen.

In verschiedenen Textformen, von Zwischenrufen, Kommentaren, Gedanken, Lesermeinungen oder als Brief, ich habe eine Mischung aus unterschiedlichen Formen gemischt, um für Sie beim Lesen auch eine zusätzliche Abwechslung erreichen zu können.

Von Gott, über die Welt bis hin zu irdischer Politik, menschlicher Moral und Momenten, in denen Sie sich wundern, warum man darüber überhaupt ein Buch schreibt...

Ich habe es versucht, und ich hoffe, es gefällt Ihnen!

Sie müssen nicht Christ sein, nicht Politiker und auch kein Philosoph, denn übereinstimmen werden Sie wohl ohnehin nicht immer mit meinen Worten. Aber kommen Sie doch gern unter riehle@riehle-dennis.de mit mir in Kontakt, nach dem Lesen, um über das vorliegende Werk ein wenig zu „streiten“.

Dennis Riehle
Konstanz, im August 2017

Gott – und weniger von der Welt...

„Ja, er kommt, der Friedefürst“ *
– auch in Berlin, in Syrien, im Irak? (2016)

* nach EG 13.1 („Tochter Zion“, Text: Friedrich Heinrich Ranke, 1826)

Im Jahr 2016 wurde der Glaube an einen friedliebenden Gott wieder einmal auf die Probe gestellt. Brutalität und Gewalt eines Ausmaßes, das wir über Jahre und Jahrzehnte nicht gesehen haben. Gnadenlosigkeit und Hass auf verschiedensten Seiten, ausgehend von terroristischen Organisationen, von Staatsmännern und möglicherweise sogar Kindern. Die Maschinerie der Machtdemonstration hat mit „Aleppo“ einen neuen Namen bekommen. Und aktuell werden wir von einer Unwirklichkeit vor der eigenen Haustür eingeholt, die Viele bereits erwartet hatten, aber die bewusste Lenkung eines Sattelschleppers über die Berliner Weihnachtsidylle sprengt unser Vorstellungsvermögen. Eine Unmenschlichkeit, die diejenigen zu lähmen erscheint, von denen eigentlich Interventionen erhofft werden. Aber Viele setzen nicht allein auf die irdische Beeinflussung des Blutvergießens, sondern hoffen auf göttlichen Beistand.

In der Adventszeit singen wir mit Hoffnung über den König, der zu uns kommen möge. Wir bauen auf Christus, der uns als „Friedefürst“ erstrahlen und vor Freude jauchzen lassen soll. Doch kann man tatsächlich Zuversicht entwickeln bei Bildern von LKW als Waffen, bei Fassbomben, von ausgehungerten Babys oder Kriegsschiffen, die auf See patrouillieren, um auch niemanden in das „gelobte Land“, nach Europa, hinein zu lassen, der dort „nicht hingehört“? Ein Agnostiker sagte mir vor kurzem, er könne sich ja noch mit einem Deismus abfinden, mit dem Glauben an einen Schöpfergott.

Doch nach den sieben Tagen, da hat er die Welt offenbar alleine gelassen, meinte er. Theistisch zu denken, davon überzeugt zu sein, dass Gott in das Weltgeschehen eingreife, das gelinge ihm nicht. Auch ihn plagt die „Theodizée-Frage“ nach dem „Warum?“. Weshalb kann ein Gott die von ihm geschaffenen Menschen sich gegenseitig die Köpfe einschlagen lassen – und dabei einfach nur zusehen, wenn er doch allmächtig ist und die Möglichkeiten haben sollte, dieses Leid zu stoppen?

Philosophen und Religionstheoretiker streiten sich darum: Kann er nicht, will er nicht Einfluss nehmen auf das Geschehen seiner Ebenbilder, die es offenbar nicht schaffen, in Eintracht miteinander auf einem gemeinsamen Planeten zu leben? In 1. Mose 3,22 stellt uns Gott auf unsere eigenen Beine. Man könnte meinen, so etwas sei verantwortungslos, spätestens dann, wenn man erkennt, dass die Schützlinge wohl eben doch nicht ohne Halt laufen können. Man könnte es aber auch ganz anders deuten: Ist es nicht ein großer Liebesbeweis, sein Kind in die Freiheit zu entlassen? Ihm Verantwortung zu übertragen und damit auch zu verdeutlichen, dass man ihm etwas zutraut? Nur wenn Eltern loslassen können, dann entwickeln sich ihre Kleinsten irgendwann auch zu eigenständigen Persönlichkeiten.

„Aus Erfahrung klug werden“, das wäre vielleicht ein Credo gegenüber uns Menschen, doch offenbar lernen wir aus unseren Fehlern nicht. Immerhin ist es nicht das erste Mal, dass wir uns abschlagen. Schon in der Bibel war es so. Und auch da war es nicht die „unsichtbare Hand Gottes“, die dann wundersame Rettung brachte.

Offenbar geht dieser Allmächtige einen Weg, den wir auf den ersten Blick nicht verstehen können. „Der Friede, der höher ist als all unsere Vernunft“, so hören wir es immer wieder nach den Predigten in den Kirchen, ist derjenige, den wir mit unserem begrenzten Verstand nicht greifen können.

Wir erwarten die Erlösung im Sinne eines Fingerschnippens – und plötzlich ist alles wieder gut. Ja, naiv sind wir schon. Und wir meinen, wir müssten uns nicht abmühen, im Zweifel wird Gott es schon wieder richten. Doch er hat uns nicht auf die Spielwiese unseres Lebens entlassen, denn unsere Realität ist eine Zeichnung, in der es keinen Radiergummi gibt.

Ja, wir werden mit den Konsequenzen unseres Handelns konfrontiert, hart und unbarmherzig. Und wir allein tragen dafür die Schuld, wir müssen uns vor unserem Gewissen verantworten – und vor einem Gott, der eben nicht der Mann mit dem Rauschebart und der roten Mütze ist, der jetzt wieder die Geschenke unter den Baum legen wird. Theismus bedeutet nicht, dass wir stets auf ein Sicherheitsnetz vertrauen können, das uns und unsere Fehler einfach nur auffängt, wenn wir gerade wieder einmal nicht darüber nachgedacht haben, was wir anstellen.

Ob ein Herr Assad, ein Herr Erdogan, ein Herr Trump: Egal, was wir sagen, was wir tun, im Augenblick des Hier und Jetzt mögen uns die Folgen wenig interessieren. Doch jeder von uns wird an einen Punkt kommen, an dem wir uns fragen, was wir eigentlich für diese Erde getan haben. Bei manch Einem könnte dann die Reue einsetzen und das Bangen ob einer gnädigen Vergebung. Bei Anderen zählt allein das Machtinteresse, auch über das weltliche Dasein hinaus. Bei Vielen von uns wiederum ist es wohl jetzt schon Resignation angesichts der Hilflosigkeit.

Gott lässt uns in diesem kaum auszuhaltenden Spannungsbogen aus „Unrast und Unruh“, wie es Zofia Jasnota 1977 schrieb (EG 663.2, Lied: „Unfriede herrscht auf der Erde“), weil wir „ständig versuchen, Friede für alle zu schaffen“ – und der Empörung über die offenbare Untätigkeit desjenigen, der einerseits auch an Weihnachten 2016 wiederum ein Teil von uns werden will, aber gleichzeitig die klaren Zeichen für eine Intoleranz des menschlichen Verhaltens in den Krisengebieten und Trümmern allüberall vermissen lässt.

Doch was wäre es für ein Gott, wenn er nicht darauf setzen würde, dass wir selbstständig entscheiden können. Wir würden zu seinen Marionetten werden, uns fehlte jedwede Integrität, Selbstbewusstsein und auch Einsichtsfähigkeit. Jesus bräuchte es nicht, denn immerhin ist er es, der uns allen beweist, dass Menschsein auch anders aussehen kann als das, was derzeit nicht nur in seiner Heimat geschieht.

Gott hält viel auf jeden Einzelnen, ansonsten könnte er uns unseren eigenen Willen nehmen, uns einen Freifahrtsschein geben, damit wir uns in Gewissheit um seine „Airbags“ immer wieder neu in das Unheil unseres Handelns stürzen und uns ausprobieren – allerdings nie ohne die Chance, auch einmal unabhängig werden zu können, uns durchsetzen und auch für uns und unser Leben aus eigenen Stücken befinden zu können.

Weisheit könnte gar nicht erst wachsen. Klugheit würde sich nicht entwickeln, denn es bräuchte sie auch gar nicht. Denn auch Mündigkeit gäbe es bei einem Theismus, der Gott immer dann eingreifen lässt, wenn unser Unvermögen wieder einmal Oberwasser gewinnt, keineswegs.

Nein, wir können wahrlich nicht nachvollziehen, dass es erst Millionen von Toten bedarf, ehe wir irgendwann erkennen mögen, wie egoistisch wir sind – bis zu dem Zeitpunkt, an dem wir plötzlich auf uns gestellt sind. Wird Gott dann erst milde werden, wenn wir uns wie Beschämte über uns selbst in die Ecke stellen, weil wir auf einmal mit Schrecken erkennen, dass wir all das kaputt gemacht haben, was die Grundlage für die Existenz ist – unsere Mitmenschen, unsere Ethik, die Ressourcen?

Gott ist nicht das Sprungtuch, das sich auf Knopfdruck öffnet. Er verhilft uns nicht zu einer Eins in der kommenden Mathearbeit, nur, weil wir nicht dafür gelernt haben. Er sucht uns keine neue Bleibe, nur weil wir uns nicht um eine Wohnung gekümmert haben. Und er lässt auch nicht das Geld vom Himmel regnen, wenn wir vergessen haben, uns beim Amt zu melden.

Das ist kein Theismus, Gottes Gegenwart und seine Hilfe wird nicht dort erkennbar, wo wir es gern hätten. Welches Gottesbild müssen wir haben, wenn wir vollends unverschämt darauf setzen, dass dieser Allmächtige immer dann eingreift, wenn wir einen Fehler gemacht haben?

Wir würden die Positionen tauschen, der Allmächtige würde zu unserem Bittsteller werden. Das Menschgeschaffene soll Gott wieder richten, wie ein nachsichtiger Vater, der damit verhindert, dass wir je erwachsen werden. Auch bei Krankheiten, in Armut oder bei all den Katastrophen – dort, wo wir als Menschen scheinbar unschuldig in Not geraten, hält er sich zurück. Kalthertzig, so könnte man es vermuten. Denn wir vermögen nicht zu entdecken, warum dieses Leid nötig sein soll.

Dabei müsste er doch die Möglichkeit haben, uns davor zu bewahren. Will er denn wirklich nicht? Nein, es ist wahrlich keine Prüfung, in der wir ihm etwas beweisen müssen. Das Durchschreiten der tiefsten Täler ist die Gelegenheit für uns, in etwas Sinnlosem einen Sinn zu erkennen – und an dieser Erkenntnis wachsen zu können. Gott lässt uns im Stich, aber er lässt uns nicht los. Seine rettende Hand zeigt sich dann, wenn wir es nicht vermuten. Und sie offenbart sich auch nicht so, wie wir es uns wünschen.

Nicht dann, wenn uns die Nachricht über den Krebs erreicht. Nicht, wenn uns der Arbeitgeber die Kündigung übergibt. Wenn wir uns die Trümmer am Weihnachtsmarkt in Berlin vor Augen führen. Und auch nicht, wenn die Artillerie-F Feuer in Ost-Aleppo niedergehen. „Friede soll mit euch sein“, so erhofft es auch Zofia Jasnota. Aber der Kehrsvers des Liedes schränkt gleichsam ein: „Nicht so, wie ihn die Welt euch gibt, Gott selber wird es sein“. Dann, wenn wir nicht mehr daran glauben, tut sich Hoffnung auf. Wie bei Maria und Josef, die umherirrten, aber keine Bleibe finden konnten. Und plötzlich dieser Stall, die Hirten und dann auch noch Engel.

Aus Obdachlosigkeit wurde schlussendlich die Geburt eines Kindes, das uns bis heute daran erinnern soll, dass wir mit Gottes Nähe rechnen dürfen. Theismus wird nur dann verständlich werden, wenn wir es auch schaffen, von unserem irdischen Denken einmal loszulassen.

Wenn wir Vertrauen finden in die Verheißung, dass es unsere Vernunft eben nicht vollbringen kann, die Gottesgnade zu fassen. Wenn wir uns auf die kleinen Zeichen einlassen, die für uns zunächst einmal unbedeutend erscheinen.

Nicht die großen Wunder können uns retten, sondern das Unverhoffte inmitten des großen Elends. Die haltende Hand nach dem verheerenden Bombenhagel, der Klinikclown auf der Kinderonkologie im Krankenhaus, das Lächeln der Mutter, wenn es doch nur für die „Fünf“ im Zeugnis gereicht haben sollte. Um unserer Freiheit willen müssen wir die Auswirkungen unserer menschlichen Unzulänglichkeit ertragen lernen und darauf warten, dass Gott uns seinen Frieden so schenkt, wie er es möchte, nicht, wie wir es wollen. Verstehen kann man das wahrscheinlich nicht. Aber dann wäre es sicher auch kein Glaube...

„Von der Freiheit eines Christenmenschen“,
sich Gott wieder neu zuzuwenden... (2017)

Ein Morgen im Dezember 2012. Nach monatelangem, jahrelangem Ringen hatte ich mich entschieden. Nein, mir fiel das nicht leicht. Im Gegenteil, es war eine der schwierigsten Entscheidungen meines bisherigen Lebens. Denn die Kirche war mir nicht egal. Über Jahre war sie wie eine Art „Zuhause“. Da musizierte ich, da gestaltete ich Jugendarbeit, da bereitete ich Gottesdienste vor und half überall dort, wo es nötig war, um das Leben „meiner“ Gemeinde zu bereichern. Und nicht zuletzt war es auch der langgehegte Traum, Theologie zu studieren, Pfarrer zu werden, der mich neben meinem schon seit Kindertagen so prägenden Gottesglauben an die Kirche band, nicht unkritisch, aber stets mit großem Wohlwollen. Doch wir hatten uns auseinander gelebt. Da gab es zwischenmenschliche Enttäuschungen, alltägliche, aber gleichsam verletzende Reibereien.

Und eben auch dieses Gefühl, dass die christliche Botschaft mich nicht mehr tragen würde in Augenblicken, in denen ich so intensiv auf sie zu vertrauen versuchte. Nein, wenn ich einmal aus der Kirche austreten sollte, dann musste das einen triftigen Grund haben. Nicht die Kirchensteuer, wie heute leider so oft. Entscheidend waren Begegnungen, emotionale Irritation bei Themen zu seelischer Gesundheit oder sexueller Orientierung – und wesentlich: dass ich das Glaubensbekenntnis nicht mehr mitsprechen konnte. Ein Verein, dessen Satzung ich nicht mehr teile, kann ich dort noch dazugehören? Zunächst dachte ich, nachdem ich die Bescheinigung über meinen Austritt vor dem Standesamt in meinen Händen hielt, es könnte doch überhastet gewesen sein.

Denn immerhin ging es ganz schnell. Wenige Minuten als Bruch für eine lange Verbundenheit. Letztlich folgte eine fünfjährige Abstinenz. Und diese Zeit war wichtig. Denn sie war eine Zäsur, in der ich Raum hatte, völlig andere Perspektiven kennenzulernen, die mich erschreckt, aber gleichsam herausgefordert haben, meine Sichtweisen und Emotionen zu reflektieren, nach Heimat zu suchen. Unter Atheisten, als Sprecher der „Humanistischen Alternative Bodensee“, lernte ich deren Absolutheitsanspruch kennen, eine Abgrenzung zu jeder Form von Kirche und Religion, ein evolutionäres Denken in seiner Radikalität – und auch das Lächerlich machen des Glaubens eines Einzelnen. Eine unerträgliche Erfahrung, denn die Integrität des Gewissens, sie ist unantastbar – und sie wird nur dort gewahrt, wo Toleranz gelebt wird. Und das hatte ich in der Kirche kennenlernen dürfen, mit Abstrichen, aber das ist menschlich. Und diese Erkenntnis, sie offenbarte mir, mich in einer Zeit des Innehaltens nochmals zu positionieren.

In ihr erlebte ich, wie wichtig es ist, seinen Glauben manches Mal auf den Kopf zu stellen. Nein, ich ermutige niemanden, aus der Kirche auszutreten, um diese Erfahrung zu machen. Für mich persönlich war dieser Abstand aber im Nachhinein wichtig, um einerseits die eigenen Überzeugungen zu prüfen, um andererseits aber auch die Verwundungen zu verarbeiten. Um Frieden für sich zu schaffen und mit einem Neuanfang zu starten, dafür sind Vergebung, aber auch Buße nötig. „Seid voller Güte und Freundlichkeit gegeneinander, vergebt euch gegenseitig, wie ja Gott in Christus auch euch vergeben hat“ (Epheser 4:32).

Und wie war es mit dem Glauben? Nicht nur mich treibt die „Theodizée“-Frage um, die Frage des „Warums“. Sie ist wohl die bedeutendste, wenn es darum geht, an seinen Überzeugungen nicht zu verzweifeln. Wieso gibt es Leid? Weil es uns stärker macht. Diese Erkenntnis war für mich prägend, sie beantwortete aber nicht, warum all das so ungerecht verteilt ist. Prangern wir Gott dafür an, dann sind wir ob seiner Allmacht überzeugt. Dann hängen wir einem Theismus an, der Gott bevormundet.

Unser oftmals so hilfreiches kindliches Vertrauen in Gott, dass er uns auf jeglichem Schritt begleiten möge und vor allem all das wahr macht, was wir uns von ihm erhoffen, das verträgt sich nicht mit einem Bild, das die Bibel schon ganz weit vorne von uns Menschen zeichnet. Wir selbst sind in der Lage, zwischen „gut“ und „böse“ zu unterscheiden (1. Mose 3:22). Wir sind geschaffen als solche Wesen, die Verantwortung übernehmen können. Und die für ihr Handeln auch selbige tragen müssen. Das heißt nicht, dass Gott uns alleine lassen würde. Doch er offenbart sich eben nicht dort, wo wir es uns gerade wünschen.

Nicht, weil er uns ärgern möchte, sondern weil er uns liebt. Denn mündige Menschen zu schaffen, davon bin ich heute mehr denn je überzeugt, war sein Ziel. Er ist immer bei uns, doch sind es die besten Eltern, die ihre Kindern nie aus den Augen lassen?

Ich bin sensibler geworden für das, was Gott uns schenkt. Nicht den Prüfungsabschluss, auf den wir nicht gelernt haben. Auch nicht den teuren Diamanten, den wir uns doch eigentlich sehnlich verdient haben. Und eben auch nicht die Bewahrung vor Krankheit, Arbeitslosigkeit, Gewalt. Viel eher den Freund, den er uns an die Seite stellt, um wieder auf die Beine zu kommen. Die Genesungskarte, die uns ein Kollege schreibt, wenn wir daniederliegen, die rettende Hand inmitten der Trümmer, die Pfütze in der kargen Wüste oder ein Sonnenstrahl in Trübsal einer Depression.

Es sind die kleinen und so unscheinbaren Momente: Ich saß zwischen mehreren operierten Mitpatienten, die Sitzbänke um einen Teich gereiht. All samt mit hängenden Köpfen und großer Traurigkeit ob der persönlichen Situation. Auf dem Wasser schwamm plötzlich eine Entenfamilie, stieg gemächlich empor und schritt mit den Kindern einen Hadernden nach dem nächsten ab. Es war kein großes Zeichen, manch ein Beobachter würde mich auch für töricht erklären, darin eine Handreichung Gottes zu sehen.

Doch als sich plötzlich ein Lächeln über die gelegt hatte, die noch zuvor in Mühsal versanken, da wurde mir ein Stück weit klarer, dass ich mir ein neues Gottesbild entwickelt hatte, „denn wir wandeln im Glauben und nicht im Schauen“ (2. Korinther 5:7). Und vielleicht braucht es dazu auch etwas mehr Weitsicht mit uns.

Allzu arg setzte ich mich doch unter Druck, als ich zweifelte an der leiblichen Auferstehung, an der Jungfräulichkeit Marias oder der Passionsgeschichte. Dazu sind wir Protestanten, um auch zuzulassen, dass wir mit einer Unglaubwürdigkeit davorstehen.

Und nein, Evangelisch sein heißt nicht, den Glauben einer liberalen Exegese zu opfern, sich Überzeugungen so lange zurechtrücken zu wollen, bis sie passen. Aber es bedeutet, Pluralismus in den Deutungen biblischer Geschichten und kirchlicher Lehren zuzulassen.

Ein Wiedereintritt wäre nicht möglich gewesen ohne die Sehnsucht nach der Kirche. Einen Kurs als Laienprediger hatte ich absolviert, gleichsam in der Seelsorge. Und die Leidenschaft, mit Menschen zu debattieren und gleichzeitig Not und Dank, Bitte und Hoffnung auszudrücken und das Gefühl eines gemeinsamen Bekenntnisses zu teilen, das zieht zurück in das Miteinander.

Das Provozieren mit der Frage, ob die Religion nun wirklich nur „Opium des“ oder „für das Volk“ ist – oder eben doch die Liebe zu einem „Mehr“. Mehr als Atome und Moleküle, mehr als Zufälle und Schicksale. Und ein Gefühl von Geborgenheit und Erfüllung, von Rückhalt und Zuversicht. Solche theologischen Komplexe diskutiert man am besten dort, wo auch Andere daran interessiert sind.

Das Erleben von Gottes Gegenwart, es gelingt am ehesten in der Gemeinschaft. Ganz unaufgeregt, sondern im Blick auf Prediger 4,6: „Eine Hand voll Gelassenheit ist besser als zwei Hände voll Mühe und Jagd nach Wind“.

Und was gebe ich der Kirche aus meinen Erfahrungen mit:
Etwas mehr Respekt vor der Integrität des Einzelnen mit
seinen Facetten, mit seinen Defiziten und mit seinen
Eigenarten, die frühzeitige Bereitschaft zum Dialog bei
Glaubenskrisen und Wunden in unserem gegenseitigen,
besonders aber im zwischenmenschlichen Vertrauen,
Feinfühligkeit für die Lebenssituation des Einzelnen.
Und die Offenheit, bei Zweifeln und den Unsicherheiten, die
sich im Christsein wie in jeder anderen Religion im Alltag
stellen werden, den vieldeutigen Blick auf Bibel und
Überzeugungen der klerikalen Lehre zu würdigen.

Gott ist nicht da, wenn wir es gerade wünschen... (2017)

Überbehütung – ein Modewort oder vielleicht doch ein
tatsächlicher Aufreger? Eltern nehmen ihren Kindern nahezu
jede Entscheidung ab, lassen sie selbst dann nicht allein aus
dem Haus, wenn sie sich der Volljährigkeit nähern oder
bereits in der Ausbildung stehen. Ja, wir haben heute ein
übersteigertes Sicherheitsbedürfnis, haben Angst vor allen
möglichen Gefahren, fürchten, dass das eigene Kind auf dem
Weg zur Schule gar einem Terroranschlag zum Opfer fallen
könnte – während die Wahrscheinlichkeit für einen
Autounfall deutlich höher ist. Absichern – das ist nicht nur in
der Politik zu einem beliebten Sport geworden. Zumindest so
tun, als ob man mithilfe von Aktionismus etwas erreichen
könnte. Airbags links, rechts, hinten und vorne – überwachen,
beobachten, überprüfen. Nicht nur unsere Kinder werden
Opfer einer Ideologie der vollkommenen Mutlosigkeit.

Dieses Bild transportieren wir auch in unsere Vorstellung des fürsorglichen Gottes. Wie ein Hubschrauber möge er um uns kreisen, uns vor allem Leiden bewahren und das Übel möglichst von uns fernhalten. „Als „Helikopter-Gott“ wurde er gar schon bezeichnet, wie die Eltern, die ihre Kleinsten auch im Erwachsenenalter noch nicht loslassen können. Aus einem theistischen Verständnis, Gott könne jederzeit in die Welt eingreifen, formulieren wir die Erwartung, dass er dies bei seiner Allmacht doch bitte auch tun sollte. Entsetzt ziehen wir uns in der „Theodizée“-Frage zurück, warum Gott nichts unternimmt, um uns vor Erdbeben zu schützen, uns davor zu bewahren, dass wir uns gegenseitig im Krieg zerstören, vor einem Verlust unseres Nächsten durch Unglück oder Krankheit einzuschreiten oder endlich Wasser zu liefern für die Kinder auf der ganzen Welt, die er verdursten lässt – obwohl es doch anders möglich wäre, so meinen wir.

Es ist heute angesehen, wenn wir unsere Kinder in Watte packen. Das bedeutet, dass uns unsere Kleinsten wichtig sind. Dass wir alles Menschenmögliche dazu beitragen, damit sie von der Grausamkeit des Alltages nichts mitbekommen. Von Konflikten halten wir sie fern, sie könnten ja Schaden nehmen. Und im Erwachsenenalter wundern wir uns darüber, dass sie eben nicht erwachsen sind. Sie haben Angst vor dem Leben und fürchten sich vor dem, was sie herausfordert. Sie haben nicht gelernt, dass Krisen auch aus eigener Kraft bewältigt werden können. Sie setzen im Studium noch darauf, dass der liebe Gott nach einem Stoßgebet die fehlende Vorbereitung auf die Klausur wettmachen und gute Noten vom Himmel schmeißen möge. Schuld sind dann meistens die Anderen, die es nicht gut mit uns meinen, der strenge Professor, die unempathischen Freunde, die nörgelnde Mutter.

Und wenn es ans Eingemachte geht, dann ist Gott es, den wir verantwortlich machen. Denn er hätte es ja anders richten können. Gott hat uns die Fähigkeit gegeben, zwischen dem Guten und dem Bösen zu unterscheiden (1. Mose 3,22). Ja, Krankheit, Gewalt und Armut sind auf den ersten Blick böse, sie erscheinen uns auch völlig sinnlos. Wir sind es nicht gewohnt, mit der Dramatik unseres Daseins konfrontiert zu werden. Wir haben diese Gabe verloren, selbst Entscheidungen zu treffen und Erkenntnisse darüber zu gewinnen, was Gott mit seinen „unergründlichen Wegen“ tatsächlich meint.

Denn wir haben eine andere Vorstellung von ihm: Auf einen Fingerschnipp soll er doch bei uns sein, „wünsch dir was“, der Zauberer mit dem Zylinder auf seiner Stirn, der uns Träume erfüllt, sind wir doch seine Ebenbilder. Dann müssen wir uns nicht anstrengen, auch über unsere Eigenverantwortlichkeit nachzusinnen. Nein, für den Vulkanausbruch können wir wirklich nichts, auch auf die Immunerkrankung der Tochter scheinen wir eher keinerlei Einfluss zu haben. Gleichsam wie auf den unverschuldeten und tödlichen Unfall eines Angehörigen im Straßenverkehr. Doch wie viele der Nöte, die wir ertragen müssen, sind letztlich nur hausgemacht? Warum sollte Gott uns aus diesen Schlammasseln befreien? Kalthertzig ist er immer dann, wenn die Tragweite unseres Handelns unser eigenes Vorstellungsvermögen überschreitet. Nach den Anschlägen des 11. September 2001 bat die BILD-Zeitung in großen Lettern, Gott möge uns beistehen. Ja, wenn wir ihn brauchen, soll er da sein. Tatsächlich mutet es ein wenig an, wie in der Kindertagesstätte: Wenn etwas nicht klappt, das Essen nicht schmeckt, wenn das Spielzeug kaputt geht oder ich mir den Finger gebrochen habe, dann schreie ich.

Ja, in diesem Alter kann ich es nicht anders, denn meine Fähigkeit, selbst einzuschätzen, was gut und böse ist, sie fehlt mir einfach. Die Freiheit zu haben, nicht auf Andere angewiesen zu sein. Aber wofür brauchen wir Gott dann überhaupt noch? Doch diese Frage ist schon in ihrem Ansatz falsch. Denn wir benötigen ihn nicht. Viel eher ist er einfach nur da, ob wir es nun gerade spüren – oder nicht. In einem Segen bitten wir, dass er um uns sein möge, dass er seinen Schutz halten möge, dass wir nicht fallen. Er möge ihn über uns und vor uns ausbreiten, hinter uns und neben uns. Und das macht Gott auch, aber eben nur für den alleräußersten Notfall. Wir können nicht tiefer fallen als in seine Hand, so singen wir es auch. Doch ist es nicht gleichzeitig eine wunderbare Vorstellung, dass Gott uns etwas zutraut?

Wir empfinden Leid und Herausforderung, Nöte und Qual als das Böse. Doch will Gott uns wirklich schaden, wenn er uns einem schweren Krebsleiden aussetzt, wenn er uns in die Arbeitslosigkeit rutschen lässt oder uns vor die Scheidung von unserem Partner stellt? Nein, er möchte, dass wir wachsen. Und das kann nur funktionieren, wenn wir in Freiheit leben dürfen. In der Freiheit, selbst zu wissen, was Gott mit uns vor hat. Er ist immer wieder eine Zumutung und eine Verwunderung gleichermaßen – und doch fühlen wir, wenn wir ernstlich darüber nachdenken, ob er nun strafen will oder einfach nur helfen möchte, dass wir aus uns heraus die Kraft nehmen können, Schwierigkeiten unseres Lebens selbst zu bewältigen. Um aus der Krise gestärkt hinaus zu gehen, braucht es zuerst die Erfahrung, unten angekommen zu sein. Wäre es tatsächlich besser, wenn alles auf der Welt nur gut wäre?

Nein, niemand kann verstehen, warum das Böse derart zuschlägt, wie wir es gerade momentan wieder erleben. Und doch kann sich die Parabel über Gottes Liebe nur erschließen, wenn wir nicht allein das Übel ersehen.

Als Christen glauben wir an die Auferstehung, nicht an den Tod. Zweifelsohne fällt es uns schwer, den Lichtblick zu erkennen, falls ein Elternteil gestorben ist, wenn wir nicht wissen, wie wir die nächste Rechnung zahlen sollen oder wenn die Untersuchungsergebnisse so lange auf sich warten lassen.

Dabei erfahren wir diese Momente der Hoffnung täglich. Trotzdem – und genau deshalb – werden wir auch das in der Freiheit und im Selbstbewusstsein, dass Gott uns mit der Verheißung, in der Lage zu sein, entscheiden zu können, noch lernen. Denn ist der Gruß des Nachbarn selbstverständlich, der uns auf die Schulter klopft und uns rasche Genesung wünscht? Ist es zu erwarten gewesen, dass tausende Menschen gegen Krieg und Gewalt auf die Straße gehen, während die Bomben fallen? War es normal, dass unsere beste Freundin gerade in dem Augenblick anklopfte, in dem wir den Sinn für das Leben verloren haben? Manchmal genügt es, wenn wir uns auf die Suche nach diesen Ereignissen machen, in denen sich Gott uns als der Retter offenbart.

Da sitze ich auf einer Bank und genieße die Stille mit einem Blick in die Weite. Da lausche ich der Musik des Untermieters, der sein aktuelles Stück übt und mir damit den Nachmittag verschönt. Und da genieße ich es, dass mich mein Bruder zu einem kühlen Bier eingeladen hat und wir wieder einmal einen Männer-Abend zusammen verbringen.

Mir berichtete ein ehemaliger Insasse eines Gefängnisses, dass es der freundliche Wächter war, der morgens zum Aufwecken kam – und nicht nur die Zellentür mit einem großen Rums öffnete, sondern ein fröhliches „Guten Morgen“ in die Zelle warf, das ihn dort nicht verzweifeln ließ. Und kürzlich erlebte ich diese Frau, die von Metastasen geplagt nicht mehr lange zu leben hatte, die mir vorschwärmte, wie ihr die Krankenschwester jeden Nachmittag ein kleines Stückchen Pflaumenkuchen mit Sahne organisierte. Und nicht zuletzt erinnere ich mich an einen guten Freund, dem nach einem Brand seines Hauses eigentlich nichts mehr blieb. Aber nachdem er sich nochmals auf die Suche in den Trümmern machte, da fand er ein Bild von seiner Frau und ihm am Hochzeitstag. Es war angeschwärzt, aber nicht vollständig zerstört. War hier also Gott im Spiel?

Ja, wenn wir uns darauf einlassen, dass wir nicht nur das Böse sehen, sondern ehrlich zu uns sind und auch eingestehen, dass Gott seine Güte zeigt. Nicht so, wie die Welt sie uns gibt, sondern in Anlehnung an Johannes 14,27, so, wie Gott selbst sie uns schenkt.

Wenn wir begreifen, dass Gott uns auf diese Erde gestellt hat, damit wir sie uns nicht nur Untertan machen, sondern vor allem, um als seine Kinder erwachsen zu werden und die Reife zu erlangen, das Leid auch als Chance zu sehen, Heilung erfahren zu dürfen und zu können, indem wir wach und gleichsam aufmerksam die Augen nach seiner Gnade offenhalten, dann werden wir ihm Vertrauen geben, ohne ihn kontrollieren zu müssen. Denn unsere Erwartungen sind unnötig, weil Gott uns viel mehr zutraut, als wir es selbst tun. Er muss nicht um uns schwirren, damit wir den Alltag meistern.

Das Wissen um seine Gegenwart, immer dann, wenn wir sie tatsächlich brauchen, nämlich dann, wenn wir sie gerade nicht einfordern, ist in unserem Hinterkopf. Sie gibt uns Sicherheit in dieser Freiheit, uns als eigenständige Wesen entwickeln zu können. Wir werden die Zuwendung Gottes dann erfahren, wenn sie vollkommen überrascht. Wenn wir nicht mit ihr rechnen, weil sie oftmals so klein und für uns so selbstverständlich ist. Er lädt uns ein zu einer Achtsamkeit, sein Antlitz funkelt oft symbolisch durch das Tägliche. Geben wir dem Guten die Möglichkeit, in unserer Welt der scheinbaren Verdammnis neue Hoffnung zu spenden.

Von Luthers „Mantel des Schweigens“
– und einer „Ratio“ ohne Gott... (2017)

Der 36. Deutsche Evangelische Kirchentag steht unter dem Motto „Du siehst mich“. Besonders wortgenau haben Atheisten der „Giordano-Bruno-Stiftung“ diese Aufforderung genommen – und mit einer anstößigen Aktion auf Missstände in der Aufklärung zu Martin Luther hingewiesen, der als zentrale Figur des diesjährigen Reformationsjubiläums im Mittelpunkt der Veranstaltungen in Berlin, Leipzig und Wittenberg steht. Doch was man als konstruktive Kritik erwarten würde, entpuppt sich als eine pervertierte Demonstration ohne jeglichen Inhalt, viel eher anstößig, platt und letztlich einfach nur „billig“. Eine Skulptur von Luther, der seinen Mantel öffnet und sich darunter als nackte Person mit Genitalien zeigt, zieht nun durch die Städte des Kirchentages, um auf die Fehler aufmerksam zu machen, die dem Mönch zu Recht vorgeworfen werden.

Man will offenbar zeigen, dass man außer einer Frontalattacke kaum etwas zu bieten hat – und gibt sich auf ein Niveau herab, das in der Vergangenheit bereits desöfteren an den Tag gelegt wurde. Mit einer vielseitigen Interpretationsmöglichkeit der Figur deutet man wohl insgeheim mehr als die Vorwürfe gegen Luther an. Viel eher werden in seinem satirisch aufgearbeiteten Ebenbild auch die Anschuldigungen des sexuellen Missbrauchs in den Kirchen angeprangert, denn in seiner Darstellung erinnert die Skulptur an ähnliche, die bereits früher zu diesem Thema gefertigt worden waren. Mit Verweis auf Kunst- und Religionsfreiheit haben atheistische Vereinigungen immer wieder versucht, in prägnanten, aber gleichzeitig verkürzenden Worten und Gesten ihre Distanz zu Religion und Kirche zum Ausdruck zu bringen. Und ungeachtet einer rechtlichen Bewertung fällt die Einschätzung für den Außenstehenden wohl eher eindeutig aus: An Substanz fehlt es solch einem verstörenden Aufhänger wie der Luther-Figur allerorten.

Die „Giordano-Bruno-Stiftung“ (gbs) und ähnliche Organisationen, die sich dem „Evolutionären Humanismus“ verschrieben haben, bemühen sich seit jeher kaum um die Verständigung unter den Religionen und Weltanschauungen. Mit ihrer Politik sind sie eher auf eine fundamentale Religionskritik aus, verfolgen dabei wohl am ehesten ein laizistisches Staatsverständnis und leiten daraus auch ihre Forderungen zur Position der Kirchen in der Gesellschaft ab: Eine strikte Trennung, eine Verurteilung als hierarchische Nutznießer eines veralteten Grundrechts und eine strukturell durchgesetzte Organisation an zwielichtigen Gestalten, zu der es nur die Alternative der Befreiung von Religion gibt – eine Mission für den Atheismus, die Säkulare gleichzeitig zugunsten des Christentums aber verurteilen.

Doch dieses Mal überschreiten die zahlenmäßig nur minimal die Konfessionsfreien in Deutschland vertretenden Akteure die Grenze des Erträglichen. Nicht nur die obszöne Darbietung der Skulptur zeigt sich fernab jedweder Verhältnismäßigkeit. Die Zuspitzung des Satirischen, sie war schon oft Diskussionspunkt in der Öffentlichkeit. Ob zu Karneval oder bei Großveranstaltungen – was muss, und sei es nur ein Teil, die Gesellschaft hinnehmen, wenn eine vergleichsweise kleine Gruppe ihre Meinungen auf Basis der ungestörten Ausübung der eigenen Weltanschauung propagieren will?

Mit einer unsäglichen Parabel, die das riesige „Kunstwerk“ in den Armen hält, wird suggeriert, Luther habe die Grundlage für den Massenmord an den Juden im Zweiten Weltkrieg geschaffen, indem er sich bereits Jahrhunderte zuvor zutiefst feindselig ihnen gegenüber geäußert habe. Nicht nur provokativ, sondern provozierend – schlussendlich weiß man kaum noch, ob ich bei solch einer Aktion lachen oder weinen soll. Mein Mitgefühl mit denen, die sich in die Niederungen der Pointe begeben haben, hält sich allerdings in Grenzen, ist mir doch bekannt, dass dahinter keine dummen Menschen stehen. Im Gegenteil: Es sind viele Wissenschaftler und Künstler, die sich ihres Tuns gewiss sind. Das macht ihr Vorgehen besonders dreist. Denn die Freiheit, die sie für sich einfordern, schränken sie dort bei Anderen ein, wo ihnen die sachliche Aufarbeitung doch zu steinig erscheint. Und nicht nur das:

Sie schaffen Parallelen, die unreflektiert nicht standhalten, die geschichtlich gesehen zweideutig bleiben und die letztlich einen Reformator mitverantwortlich für den Holocaust machen, wenngleich seine Worte über das jüdische Volk unentschuldig bleiben.

Erbärmlich wirken Aktionen wie diese, die uns nicht weiterbringen in der eigentlichen Frage: Wie sind Luthers Aussagen über die Juden im Kontext der damaligen Zeit zu verstehen? Woher rührte sein Antisemitismus vor allem in seiner späteren Lebensphase? Überdecken diese unsäglichen Einlassungen seinen wichtigen Beitrag zur Reformation? Hüllt die Kirche die Wahrheit über Luthers Entgleisung tatsächlich unter dem Mantel des Schweigens? Wie realistisch ist die Vorstellung, dass die späten Gedanken des Reformators einen ernst zu nehmenden Einfluss auf die Ideologie der Nationalsozialisten hatten? Und nicht zuletzt: Warum überdecken Atheisten ihrerseits wiederum, dass die evangelische Kirche in der Vergangenheit ganz erhebliche Anstrengungen unternommen hat, um diese dunklen Seiten ihres Reformators in ein kritisches Licht zu rücken?

Die Debatte hierüber ist viel zu komplex, als sie mit einer lächerlichen Skulptur ins Bewusstsein der Menschen zu rücken. Ich habe mich lange Jahre der humanistischen Bewegung zugehörig gefühlt – und in dieser Zeit auch immer wieder erleben müssen, dass es den Menschen mit säkularen Ansichten oftmals an jeglicher Argumentation fehlt. Sie machen sich über „religiöse Gefühle“ lustig, bezweifeln generell ihre Existenz – und haben deshalb auch kein Problem, auf ihnen herum zu trampeln. Möglichst laut, möglichst schrill und möglichst oberflächlich fallen die Angriffe aus, die auf Kirche und Religion gerichtet sind.

Und besonders beschämend bleibt der Umstand, dass diese Attacken nicht nur die Institution und die Weltanschauung betreffen. Es ist der Glaube des Einzelnen, der im Rahmen der Würde des Menschen als unantastbar gelten sollte, der der Herabwürdigung ausgesetzt wird.

Die atheistischen Verbände haben seit längerem ein Problem: Sie offenbaren wissenschaftliche Errungenschaften, erklären die Abstammung des Menschen vom Affen in all seinen Details, huldigen der Technik und Digitalisierung, die das Individuum selbst noch eines Tages überholen und vielleicht sogar die Macht über uns gewinnen werden – aber die Emotionen der Menschen, die Hoffnungen und Sehnsüchte, sie berühren Humanisten und Freidenker nicht. Es fehlt an eigenen Impulsen, gesellschaftspolitische Antworten auf die wirklich drängenden Fragen unserer Zeit liefern sie nicht, abstrahieren viel eher eine Zukunft, die dem Bürger von heute nicht näher gebracht werden kann.

Mit einer allein rationalen Erklärungsweise unserer Welt werden die Menschen nicht in ihrer Realität abgeholt. Im Gegenteil: Das ständige Reden gegen Religion und Kirche überspielt die Inhaltsleere, das alleinige „Wider“ birgt keine Überzeugungskraft in sich, wenn es um das Erreichen unserer Herzen geht. Und so wird es auch bei einer Skulptur zu Luther sein: Sie empört, manch einer findet sie lustig – doch alle müssen erkennen, dass sie uns nicht wirklich weiter bringt ohne den Anspruch, konstruktiv miteinander ins Gespräch zu kommen. Diesen Willen zum Gestalten des weltanschaulichen Lebens in Deutschland, ich vermisse ihn bei den Atheisten. Lautes Getöse, es hat weder der Politik bislang geholfen, noch denen, die auf sich aufmerksam machen wollten.

Ein wenig armselig ist das Mühen von „gbs“ und Anderen schon, aber möglicherweise doch irgendwann auch heilsam. Luther selbst sagte: „Die Ratio erfasst nicht, was Gott ist; gleichwohl erfasst sie zuverlässig, was Gott nicht ist“.

Ein Stück weit paranoid sind die Aussagen auf dem 36. Deutschen Evangelischen Kirchentag durchaus gewesen. Zwar haben Landesbischof Bedford-Strohm und Kardinal Marx einerseits auf Geduld bei der Ökumene verwiesen, andererseits sprachen der EKD-Ratsvorsitzende und Kirchentagspräsidentin Aus der Au von einer Wiedervereinigung der beiden Konfessionen – und das genau 500 Jahre nach der Reformation, die zu diesen erst führte.

Das Herbeisehnen des Verschmelzens von evangelischem und katholischem Glaubensverständnis zurück zu einer Christenheit, es läuft dem zuwider, was Luther 1517 eigentlich anprangerte. Wir feiern, dass sich Bewegung in die Entwicklung der Kirche brachte, wir sind dankbar dafür, dass wir uns abgewendet haben von Irrlehren. Und so gilt: Auch wenn der Reformator nicht wollte, dass sich die Kirche teilt, so scheint es notwendig gewesen zu sein. Voraussetzungen dafür, dass man dies heute anders sehen könnte, gibt es nicht. Im Gegenteil. Auch 2017 sind die Unterschiede in wesentlichen theologischen Fragen elementar. Nein, es hat nichts mit Spaltung zu tun, wenn wir auf sie verweisen.

Luther und andere Reformatoren haben ja nicht grundlos das hierarchische Denken, die Monetarisierung und den Missbrauch unseres Bekenntnisses, die Abwendung von der Bibel als nährende und tragende Wurzel unseres Glaubens und die Nachfolge Jesu ohne Personenkult und Prunk oder Protz – um nur einzelne Beispiele zu nennen – als Gründe dafür hervorgebracht, die bis heute strittig sind.

Ob es sich bei den Ereignissen, die vor einem halben Jahrtausend von Wittenberg ausgingen und bis heute fortwirken, um eine „Erneuerung“ der Kirche gehandelt hat, wie auf dem großen Fest dieser Tage wiederum behauptet wurde, das ist demnach zweifelhaft. Ja, es wurde eine neue Konfession geschaffen, weil es nötig war angesichts der zementierten Strukturen der katholischen Kirche, die sich bis heute nur schwerlich in ihren Positionen bewegt.

Eine Rückbesinnung auf den Glauben, nicht auf die Darstellung, auf die Lehre, auf Entmündigung und auf Autoritäten. Die Schrift ist es, die Wegweisung gibt. Und so tun sich auch die Differenzen auf, beispielhaft beim Abendmahl. Während bei der Eucharistie im katholischen Verständnis die Wandlung von Brot und Wein Jesu wirkliche Anwesenheit verheißt, bleibt bei der protestantischen Auslegung beides symbolhaft. Und das nicht aus weniger Überzeugung, sondern aus den Worten der Bibel, die uns wiederholt dazu mahnt, nicht zu versuchen, Gott nachzuahmen. Diese Haltung zieht sich durch viele theologische Komplexe, die beide Konfessionen trennen – und sie haben eine ganz erhebliche Auswirkung auf den Glauben der Christen dieser Kirchen.

Wenn wir uns als Protestanten abgrenzen, dann ist das keinesfalls eine Verweigerung der Freundschaft zu unseren katholischen Mitchristen. Es ist unzweifelhaft, dass wir uns auf denselben Kern einer gemeinsamen Religion beziehen. Doch uns prägen verschiedene Verständnisse unseres Glaubens. Und diese Unterschiedlichkeiten sind keine Hindernisse, sondern sie sind wichtig. Sie beleben das Miteinander der Christen hier und dort.

Es überrascht viel eher, warum der penetrante und überaus kraftvolle Versuch unternommen wird, diese offenkundigen, aber gleichsam so wertvollen Eigenarten zu überwinden und krampfhaft eine Einheit zu finden, wo doch die Identitäten verbinden, aber die Charaktere in ihren Alleinstellungsmerkmalen so fruchtbar und selbstbewusst voneinander divergieren.

Jede Religion kennt ihre Ausformungen, die „Flügel“ und ihre Strömungen. Sie machen die Facetten aus. Und auch, wenn es keiner unter denen zugeben will, die die Wiedervereinigung der Konfessionen ersehen, es hat etwas von dem Versuch der Gleichmacherei, wenn dies bestritten wird.

Vertrauen wir etwas mehr auf die Kraft des Heiligen Geistes und überholen wir ihn nicht in unserem Aktionismus. Zwei Konfessionen, in unserem alltäglichen Denken spielen die verschiedenen Bekenntnisse kaum noch eine Rolle.

Und das sollen sie auch nicht. Denn die christliche Verbundenheit, sie geht über die Grenzen der Kirchen hinweg. Darum lassen wir uns dort, wo wir in wichtigen Einzelheiten unserer Überzeugungen das Wesen der jeweiligen Konfession mit gutem Grund betonen und unsere Standpunkte eben nicht um den Preis einer unehrlichen Heirat verraten, diese Pluralität mit Freude loben.

Ein gestärktes Christsein in seinen Vielfältigkeiten, das ist die Botschaft des Reformationsjahres, nicht aber der Wunsch nach einem Einheitsbrei ohne eine Ecke oder Kante, an der wir uns gegenseitig reiben können – damals, und Gott sei Dank auch noch 500 Jahre später...

Warum bin ich evangelisch? Im Jahr des Reformationsjubiläums und einige Wochen nach meinem Wiedereintritt in die Kirche stelle ich mir diese Frage viel bewusster als früher. Da war ich „hinein geboren“ in den Protestantismus, hatte zwar mit der Konfirmation nochmals „Ja“ gesagt zu meiner Konfession. Aber hatte ich mir wirklich tiefgehende Gedanken darüber gemacht, was es eigentlich bedeutet, gerade dieser Strömung des Christentums anzugehören? Viele Kirchengehörige unterscheiden heute kaum noch, ob sie am Sonntag nun in dieses oder jenes Gebäude gehen. Und im Alltag ist das auch völlig richtig:

Wir leben in der Gesellschaft als Menschen, nicht als religiöse Objekte, die sich aufgrund ihres Glaubens abgrenzen – mit Worten und Gesten oder gar gewaltsamem Handeln. In Nordirland war und ist das beispielsweise anders. Man muss nicht einmal den islamistischen Terror unserer Tage bemühen, um zu sehen, dass der Respekt vor dem friedlichen Ausleben der Religion zu einem nötigen, aber keinesfalls selbstverständlichen Wert des eigenen Bekenntnisses gehört.

Wir begegnen uns täglich auf der Straße, Protestanten und Katholiken. Doch da ist – leider – unser Glaube nur selten ein Thema. Er ist in unseren Breiten Privatsache. Und ja, das ist auch zunächst einmal nicht verwunderlich. Zumindest befürworte auch ich eine öffentliche Trennung von Kirche und Staat, was gleichsam jedoch nicht bedeutet, dass wir nicht untereinander von unseren persönlichen Überzeugungen sprechen und auch darüber streiten dürfen.

Wir müssen sogar, um sie vital halten zu können – und damit unseren „aufgeschreckten Seelen“, wie Dietrich Bonhoeffer es in seinem bekannten Kirchenlied „Von guten Mächten wunderbar geborgen“ schreibt, wieder das „Heil“ zugutekommt, das wir nötiger denn je haben. Evangelisch sein, das heißt auch heute noch, zu protestieren. Zurück zu den Wurzeln der Kirche, die nach Meinung Luthers im 16. Jahrhundert völlig abgekommen war von dem, was ihre eigentliche Bestimmung war. Wenn sich Religion verselbstständigt, dann entfernt sie sich auch von Verbindlichkeiten. Kirchenfürsten bestimmen die Lehre nach ihrem Willen, vor allem aber zum Eigennutz. So war es damals, als man die Angst der Menschen ausnutzte, als viele Gläubige noch nicht in die Lage versetzt waren, sich ein eigenes Bild zu machen.

Heute ist das anders – und doch vergessen Politiker und Theologen auch im 21. Jahrhundert noch, dass wir mittlerweile mündig geworden sind, uns selbst eine Meinung zu bilden. Protestantismus heißt für mich ganz besonders, mich nicht lenken zu lassen von Befindlichkeiten – in keinerlei Richtung. Die Freiheit des Christenmenschen, sich nicht durch einen Lobbyismus beirren zu lassen, sondern allein durch die Fundamente meines Glaubens, meiner Weltanschauung geleitet zu werden, nicht immer leicht in Zeiten, in denen „Mainstream“ herrscht. Da verliert sich die eine Seite im Kleinklein der Geschlechterdebatte und löst natürliche Gegebenheiten aus ihren Verankerungen heraus, allein aus dem Grunde eines Gefühls von Benachteiligung und einem falsch verstandenen Selbstbewusstsein, das sich über Verankerungen erhebt, die über Jahrtausende gültig waren.

Und statt sich mit den ethischen Konsequenzen zu befassen, die solch eine Ideologie mit sich bringt, wissen wir irgendwann nicht mehr, wie viele * wir in unseren Texten noch setzen sollen, damit wir den Wünschen aller Menschen und Mensch*innen gerecht werden. Da ist aber auf der anderen Seite auch ein Populismus, der Ängste dort schürt, wo zunächst Nüchternheit gefragt wäre. Wir sind konfrontiert mit einer Weltlage, in der wir angehalten sind, bedacht mit Veränderungen umzugehen. Ob in der evolutionären Ordnung ein multikulturelles Zusammenleben so gedacht war, wie es heute mancherorts propagiert wird, weiß ich nicht.

Gleichzeitig bin ich mir bewusst, dass wir Verantwortung tragen und nicht wegschauen dürfen vor der Not, die in aller Welt herrscht. Doch Reformation bedeutet auch hier, sich auf Ursachen zu besinnen, statt ständiger Symptombewältigung nachzueilen. Dass wir in Deutschland Fachkräfte benötigen, dass wir einen „Demografischen Wandel“ erleben, all das ist keine evolutionäre Entwicklung. Viel eher haben wir über Jahrzehnte vernachlässigt, die Bedeutung der Familie zu stärken und dafür zu sorgen, dass die Freude über das Leben auch Ausdruck in einer stabilen Geburtenrate findet. Und natürlich müssen wir uns fragen, ob es nicht sinnvoller ist, Afrika zu befähigen, für die dort lebenden Menschen eine Zukunft zu gestalten, die lebenswert ist – statt Flüchtlinge auf die gefährliche Route über das Mittelmeer zu schicken. Über das Jubiläum des Thesenanschlags zu predigen, das bedeutet sicher nicht, einen utopischen Frieden für uns alle zu verkünden – auch wenn uns die Bibel dazu anhält. Denn auch das sagt sie uns: Es geht nicht um ein naives Einstehen für die Beliebigkeit. Jesus macht klare Forderungen auf, die uns dabei helfen sollen, für unseren Glauben einzustehen.

Reformation heißt auch, den Versuchungen der Moderne zu widerstehen. Ja, um evangelisch zu sein, muss man gleichsam mutig sein. Wir sind mehr denn je für Technik, Wissenschaft und Digitalisierung anfällig, vertrauen den menschengemachten Wahrheiten mehr als den gottgegebenen. Dabei merken wir schon jetzt, wie uns unser Narzissmus einholt und wir Opfer des eigenen Transhumanismus werden. Nein, Reformation bedeutet nicht, rückständig zu sein, sondern den Boden unter den Füßen zu spüren. Ich bin evangelisch geworden, weil ich die Einfachheit liebe – aber nur dort, wo es um das Wesentliche geht.

Gleichzeitig mache ich mir es nicht leicht, wenn simple Lösungen doch so naheliegend erscheinen. Das alles ist keine Abwertung gegenüber anderen Konfessionen oder Religionen. Viel eher muss jede von ihnen ihre Alleinstellungsmerkmale definieren, um bestehen zu können, sich im besten Sinne zu positionieren, aber gleichsam dialogfähig zu bleiben – genau dort, wo es um unsere gemeinsamen Überzeugungen geht, zumindest unter denen, die die Achtung vor ihrem Nächsten, unabhängig des Glaubens, noch nicht verloren haben.

Reformation ist die Rückbesinnung auf das Bewährte. In einem Hamsterrad der Erneuerungen überschlagen wir uns mit Vorschlägen, wie das Leben angeblich noch viel angenehmer gestaltet werden kann. Rücksicht auf Verluste scheint dabei niemand zu nehmen, denn das Leiden des Egoismus grassiert in den letzten Jahrzehnten immer stärker. Dass aus meinem Wohlbefinden ein Nachteil für Andere entstehen könnte, das sehen wir nicht nur an Beispielen wie der Präimplantationsdiagnostik oder dem Schwangerschaftsabbruch.

Wie lange war es selbstverständlich, die Verantwortung für das zu übernehmen, wovor man steht. Und auch früher war es nicht immer leicht, mit den Herausforderungen umzugehen, die die Behinderung eines Kindes oder überhaupt die Geburt eines Babys für eine Mutter mit sich bringt. Doch da dachten wir noch nicht immer allein an uns, sondern auch daran, dass wir in einem Lauf der Geschichte unseren Platz haben – mit Verpflichtungen und Chancen. Heute sind es „Unfälle“, die da im Bett passieren. Da zeigen sich 30-Jährige überrascht, dass aus einem Beischlaf auch ein neues Leben hervorgehen kann. Wie konnte das nur geschehen, fragen sich aufgeklärte Frauen, die andernorts für die Emanzipation kämpfen. Das Prinzip des „Egal seins“, das alleine den Spaßfaktor in den Mittelpunkt stellt, lässt uns völlig abstumpfen für die Aufgaben, die wir in einer Gemeinschaft innehaben. Es geht eben nicht nur um das eigene Vorankommen, Reformation betont auch die Bedeutung des Zusammenhaltes, den wir nicht über „Skype“ erfahren, sondern viel eher am Sonntag im Gottesdienst.

Ja, es mag durchaus „uncool“ sein, Protestantismus wieder mit Nachhaltigkeit zu praktizieren. Nicht den Trieben verfallen, wenn es darum geht, einen „One Night Stand“ zu haben. Auf ein „Smartphone“ zu verzichten und dabei das Risiko in Kauf zu nehmen, von „WhatsApp“ und seinen virtuellen Freunden abgeschnitten zu sein. Nicht blindlings in Ideen einzuwilligen, wenn wir mit den Taliban auf der Isomatte Friedenspfeifen rauchen sollen. Für evangelische Christen ist die Passionszeit eine der wichtigsten im Kirchenjahr. Sie mahnt uns zum Verzicht. Wie langweilig in einer Welt, in der wir doch alles im Überfluss haben.

Ja, doch genau in diesen sieben Wochen kann man lernen, was Reformation wirklich bedeutet. Wir fokussieren uns auf das, was uns tatsächlich erfüllt. Das ist nämlich nicht „Facebook“, das uns eher stresst als wirklich weiterhilft. Evangelisch zu sein, das kann auch Schlichtheit bedeuten, aber keinesfalls einen Verlust. Im Gegenteil. Wer sich von Manchem trennt, der kann einen großen Gewinn erhoffen. Der Ballast des Willkürlichen, des Trendigen, des Gängigen – und vor allem des Materiellen. Wer ihn abwirft, der hat mehr Raum für Weitsicht. Luther brauchte die Bibel, mehr nicht. Nun gut, so weit will ich nicht gehen. Aber nur ein bisschen von diesem Geist, er würde manch Fantastereien auf den Boden der Tatsachen zurückbringen...

Advent an Bahnsteig 3 (2016)

Kürzlich stand ich am Bahnhof und wartete auf meinen Zug. Neben mich stellte sich plötzlich eine junge Frau, die nicht glücklich aussah. Ich meinte, auch eine Träne gesehen zu haben. Man spürte wahrlich ihre Sorgen, und so drehte sie sich augenblicklich zu mir um und sprach mich an:

„Sind Sie ein gläubiger Mensch?“. Eine merkwürdige Frage auf einem morgendlich dunkel erscheinenden Bahnhof im kalten November, grau war es und ungemütlich.

Und dann über den Glauben zu sprechen, ist das nicht ein bisschen waghalsig? Zwischen zwei Unbekannten, die froren und eigentlich hofften, dass die Ansage bald ertönen möge?

Ich zögerte mit meiner Antwort nicht nur deshalb, sondern vor allem auch, weil ich nicht genau wusste, was ich sagen sollte. Bin ich denn ein gläubiger Mensch? „Ja, doch. Ich denke schon“, gab ich an, denn ohne irgendeine Art eines Glaubens wäre es doch kaum möglich, überhaupt auf dieser Welt zu existieren. „Wissen Sie, bald ist ja der 1. Advent. Und dann heißt es doch, wir müssen auf die Ankunft des Herrn vorbereitet und freudig sein. Aber das bin ich nicht. Alleinerziehend, ein Kind, eine zu kleine Wohnung, ‚Hartz IV‘, seit über einem Jahr keinen Job, entmutigt und beschämt, dass ich meinem Sohn überhaupt nichts bieten kann. Und dann soll ich auch noch Christus bei mir empfangen?“.

Eine halbe Lebensgeschichte, um 5.20 Uhr an einem Montag, zwischen dem Getränkeautomaten und einer Sitzbank. Auf einem Bahnsteig in kühler und feuchter Morgenluft. Und daneben eine theologische Frage, die mich nicht nur berührte, weil ich mir eigentlich dieselben Gedanken schon vor einigen Wochen gemacht habe, sondern weil sie mit einer so spürbaren Erwartung in meine Richtung gestellt worden ist.

Paul Gerhardt formulierte in einem seiner vielen Liedtexte: „Wie soll ich dich empfangen und wie begegn ich dir?“ (EG 11.1, Text: Paul Gerhardt, 1975). Ja, wie lasse ich mich denn darauf ein, dass da solch ein König bei mir einziehen will? Ein irdischer Herrscher, der würde nicht einmal daran denken, bei mir vorbeizukommen. Aber auch, wenn es ein ganz normaler Gast wäre, ich würde doch zumindest die Wohnung wieder einmal in Ordnung bringen. Aufräumen und Staubsaugen, Wischen und ordentlich Polieren.

Aber wenn es nun ein Würdenträger ist? Ein irdischer König, der würde wahrlich eine saubere, eine vergoldete, eine blitzblank funkelnde Wohnung erwarten. Wenn ich dann mit meinem kleinen Heim so weit gekommen wäre, dass vom Boden gegessen werden kann, dann könnte ich mir auch vorstellen, diesem Aufruf wirklich zu folgen: „Macht hoch die Tür, die Tor macht weit; es kommt der Herr der Herrlichkeit“.

Dürfen wir unsere Tür aber auch öffnen, wenn es in unserer Wohnung vielleicht einmal unaufgeräumt geblieben sein sollte? Wenn sie zu klein ist, wenn es vielleicht keinen Protz und Prunk darin zu finden gibt? Und dürfen wir das Tor in unser Leben auch dann ausbreiten, wenn es darin wie auf einer Achterbahn zugehen sollte? Wenn wir vor vielen Scherben stehen, wenn wir nicht weiter wissen? Wenn wir uns schlecht fühlen, wenn wir Angst vor den nächsten Rechnungen, dem anstehenden Termin beim Amt, dem Geburtstag unseres Kindes haben, weil das Geld nicht einmal für ein ordentliches Geschenk ausreichen wird?

In einer Gesellschaft, von der wir immer wieder hören, sie habe einen großen Wohlstand erzielt, ist es für die Abgehängten eine dauernde Anstrengung, ihre oftmals als eigenes Versagen wahrgenommene Lebenssituation zu verstecken und sich jeden Tag neu durch die Anforderungen zu ringen, die für ein bloßes Existieren an sie gerichtet werden.

Jesus schaut nicht darauf, ob unsere Böden auch tatsächlich frei sind von allem Schmutz – egal, ob die seelischen, die realen oder auch die geistlichen. Viel eher anerkennt er, dass weder eine Wohnung, noch ein Leben wirklich perfekt sein kann – und auch nicht sollte.

Er selbst weiß, dass die Auslieferung an die Gesellschaft eine vernichtende und gleichzeitig aber auch stärker machende Erfahrung sein kann. „Ich lag in schweren Banden, du kommst und machst mich los, ich stand in Spott und Schanden, du kommst und machst mich groß und hebst mich hoch zu Ehren, und schenkst mir großes Gut, das sich nicht läßt verzehren, wie irdisch Reichtum tut“ (EG 11.4, „Wie soll ich doch empfangen...“, Text: Paul Gerhardt, 1975).

Der nun ankommende Heiland, er setzt nicht auf das Vergängliche, er kommt, um uns zu trösten. Er will uns neue Kraft schenken, gerade auch dann, wenn es das Leben einmal nicht gut mit uns meinen sollte. Und er zieht ganz unvoreingenommen bei uns ein, als ein Kind in der Krippe, als ein König, dem es nicht um seine Krone geht. „Er ist gerecht, ein Helfer wert; Sanftmütigkeit ist sein Gefährt. Sein Königskron ist Heiligkeit, sein Zepter ist Barmherzigkeit; all unsere Not zum End er bringt, deshalb jauchzt, mit Freuden singt: Gelobet sei mein Gott, mein Heiland groß von Tat“ (EG 1.2, „Macht hoch die Tür“, Text: Georg Weissel, 1642).

Die Züge haben jetzt Einfahrt, die Wege der jungen Dame und der meinige, sie trennen sich, nachdem ich ihr noch diesen Vers von Georg Weissel auf ihre Tour durch den Advent mitgegeben habe. Doch wie empfangen wir ihn nun, diesen König in der Krippe liegend? So, wie auch er auf uns zukommen wird: Er nimmt uns an, denn er ist einer von uns.

Von jedem, der sein Herz für Menschlichkeit zugänglich machen will, der hinsieht, wenn es Anderen große Mühen und Unwägbarkeiten abverlangt, durch den steinigen Alltag zu ziehen. Der Zeit gibt, wenn offene Ohren oder auch eine zupackende Hand gebraucht werden sollten.

Derjenige vergrößert nicht nur seinen eigenen, nicht-materiellen Reichtum, sondern verkleinert auch die Armut nebenan. Wie bereiten wir uns vor, auf die Ankunft von Gottes Sohn? Am besten durch das Wiederentdecken der Nächstenliebe...

Jesu Geburt – eine postfaktische Meldung? (2016)

Ob denn Jesus nun wirklich geboren wurde – oder eben nicht? Wir haben Hinweise auf die Authentizität der biblischen Geschichte, die uns die Ankunft eines Retters verheißt. Wir wissen nicht, ob es so war. Aber wir glauben daran. Sind wir deshalb „postfaktisch“ (oder in diesem Falle vielleicht sogar „präfaktisch“) denkende Menschen, weil wir nicht allein auf Tatsachen, sondern vielmehr auf Gerüchte vertrauen, die schon vor Ewigkeiten in die Welt gesetzt worden sind?

In einem Jahr, in dem sich Viele von den Belegen entfernt haben, die uns die Medien liefern, die gleichsam aber nachweisbar und eben greifbar sind, sind wir offenbar naiver geworden. Leichtgläubiger deshalb, weil wir Schlagzeilen etwas abnehmen, was nur auf den ersten Blick auch tatsächlich stimmt.

Man könnte sich fühlen wie in Zeiten, in denen es eben noch kein Internet, keine pluralistische Landschaft an Presse und verschiedensten Informationskanälen gab, über die man im Zweifel überprüfen konnte, wie wahr denn eine Geschichte tatsächlich ist.

Die Schlagzeile „Christus ist geboren“, wahrscheinlich wäre sie in vielen sozialen Netzwerken heute durchaus eine Meldung wert. Und würden die Menschen sie auch glauben? Fern in Bethlehem, in einem Stall, abseits von Journalisten, die bezeugen könnten, was geschehen ist. Nur ein paar Hirten, Heilige drei Könige, all samt ohne ein Smartphone oder ein Tablet, über das sie diese Nachricht verbreiten könnten. Die Klatschpresse wäre an dieser Neuigkeit kaum interessiert. Heute macht es dort viel eher die Runde, wenn in den Adelsfamilien plötzlich einmal der Haussegen schiefhängt oder die Kinder schlechte Noten mit nach Hause brachten. Die Prinzessinnen und die Kaiser, sie begeistern Menschen, weil es glitzert und funkelt. Nicht aber deswegen, weil sie möglicherweise große Verdienste vollbracht – oder gar erst noch vor sich haben. Die kleinen Blaublütigen werden zwar hofiert, jeder Schritt beobachtet, doch welcher Engel würde ihre Geburt heute noch vorhersagen?

Postfaktische Nachrichten sind deshalb so spannend, weil sie oftmals überraschen. Zumeist sind sie allerdings derart abstrus, dass sie eigentlich kaum jemand für ernst nehmen kann, der seriös von Verschwörungstheorien zu unterscheiden in der Lage ist. War diese Neuigkeit damals aber nicht genau dasselbe?

War sie nicht vielleicht so abwegig, dass sie schon wieder wahr sein konnte? Hätte es damals schon „präfaktische“ Bürger gegeben, so hätten sie es sicherlich in Betracht gezogen, dass da ein Erlöser zwischen Heu und den Eseln zur Welt kommt, arm und eben kaum glänzend. Die „High Society“-Formate hätten sich wahrscheinlich weniger um solch eine Meldung gerissen, aber für „Facebook“ hätte sie garantiert ausgereicht.

Doch basiert unser Christentum, fußen die Weltreligionen auf Menschen, die den Fakten keine Zustimmung mehr schenken möchten, sondern die allein dem Populismus ihre Sympathien geben?

Wären es damals wie heute reine Sensationsinteressen gewesen, die den Glauben an das nicht Erklärliche vorangetrieben hätten, müsste man wahrscheinlich zugeben, dass Christen eine wilde Horde Argloser sind, die nicht differenziert zwischen denen mit einer Überzeugung an rasch wieder platzende Luftballons, die nur deshalb erfunden wurden, weil die Masse danach gegiert hat – und jenen, die diese „Breaking News“ aus der einfachen Krippe als eine Wahrheit aufnehmen, der man zwar zunächst doch fragend gegenübersteht, die aber keineswegs darauf abzielt, die Menschen früher wie dieser Tage zu täuschen. Wir haben Vertrauen in die Gewissheit, dass die Botschaft, die die himmlischen Chöre verkünden, stimmt. Denn sie dient nicht dem Selbstzweck, nicht den Nutzen von Macht und Einzelnen, die bereit sind, aus krimineller Absicht heraus Lügen zu verbreiten, um Anderen zu schaden, sich aber Vorteile zu verschaffen.

Sicher gab es auch vor 2000 Jahren jene, die Grund genug gehabt hätten, aus der Meldung über Jesu Geburt ihren persönlichen Profit zu schlagen – allein zu eigener Gunst und zu Lasten desjenigen, der sich bis zu seinem Tod dem ständigen Neid aussetzen musste. Doch trotz mancher Skepsis an diesen Nachrichten aus dem früheren Palästina halten nicht nur Christen bis heute daran fest, dass Jesus geboren wurde.

Nicht umsonst begehen wir seinen Geburtstag jedes Jahr neu. Vergleichen wir das mit den allermeisten Nachrichten unserer Zeit, würde bei ihnen das Fundament wegbrechen, sobald wir es stärker mit kritischen Details belasten. Außer denen, die ihre Hoffnung und Sehnsüchte stets nur auf Rebellion und Widerstände setzen, würde kaum jemand über Jahrhunderte an solch einer Überlieferung festhalten. Die postfaktischen Aussagen aus 2016 werden wahrscheinlich nicht einmal das nächste Jahr überdauern. Weihnachten feiern wir aber auch 2017 wieder, so Gott es will.

Denn: Gutgläubigkeit ist noch lange kein Glaube. Wenn wir der Niederkunft eines Erlösers wahrscheinlich größere Zuversicht schenken als jedem anderen Slogan, mit dem man heute ködern mag, dann muss in dieser Überschrift vom Retter der Welt wahrlich eine große Substanz stecken. Wir glauben nicht deshalb, weil wir es „denen da oben“ (und besonders nicht „dem da oben“) zeigen wollen. Wir wollen nicht unsere Sucht nach Empörung befriedigen, sondern unser geistliches und religiöses Seelenheil finden.

Und allein deshalb, weil sie nicht pompös daherkommt, sondern von solch einer Unwirklichkeit erzählt, wie es keine „Fake“-Meldung heute überhaupt schaffen würde, wird die „Headline“ Bethlehems für uns glaubwürdig. Postfaktische Nachrichten schaden dem Blutdruck. Die Neuigkeit über die Geburt des Mensch gewordenen Gottes aber hilft unseren Herzen. Mehr noch: Wir haben Hoffnung darauf, dass uns mit der Verheißung auf den ankommenden Jesus auch Frieden zuteilwerden wird. Welcher polemische Eintrag auf „Twitter“ & Co. kann das von sich behaupten? Und dennoch bleibt es jedem unbefangen, die Worte von Martin Gotthard Schneider in das 21. Jahrhundert zu „transferieren“:

„Eine freudige Nachricht breitet sich aus. Man erzählt sie sich weiter von Haus zu Haus. In den Höfen, auf den Gassen, auf den Plätzen, durch die Straßen läuft in Windeseile sie in alle Welt hinaus: Eine freudige Nachricht breitet sich aus“ (EG 649, Text: Martin Gotthard Schneider, 1975) – heute eben auf „Youtube“ oder vielleicht sogar bei „Google“...

Jungfrauengeburt: Symbol oder Realität? (2016)

Dieser Tage wurde ein Pastor einer freien evangelischen Gemeinde für einen Beitrag zum Thema „Jungfrauengeburt“ kritisiert. Er hatte darin geschrieben, dass er nicht vom wörtlichen Verständnis ausgehe, also nicht an die natürliche Wahrhaftigkeit dieser biblischen Offenbarung, glaube. Man warf ihm vor, damit nicht auf der gemeinsamen Grundlage zu stehen, die besonders evangelikale Gemeinden stringent vertreten: Die Überzeugung an die tatsächliche Existenz dieses Ereignisses.

Nicht das von der Geburt Jesu, sondern jenes vom Zustandekommen dieser zweifelsohne ganz bedeutsamen Schwangerschaft. Der konservative Protestantismus erinnert sich damit an die Rückbesinnung an die Heilige Schrift, die durch Martin Luther im Zuge der von ihm mit angestoßenen und bezeugten Reformation gefordert wurde. Aus einem Glauben an dieses Zeugnis wurde in evangelikalen Gemeinden der nicht nur von Atheisten spöttisch als „buchstabentreuer“ verurteilte Glaube an die Wahrheit der Texte, nicht aber an die Wahrheit ihrer Botschaften, hochgehalten.

Die Exegese, die heute manches Mal doch weit über das hinaus getrieben wird, was verantwortlich vertretbar ist, ist zweifelsohne keine neumodische Erscheinung.

Viel eher kommt die Bibel in ihren Darstellungen gar nicht ohne eine Interpretation der dort beschriebenen Kontexte aus. Sie ist angewiesen auf die Deutung, denn erst der Mensch lässt zusammenhanglose Worte lebendig werden, indem er sie nämlich expliziert. Wir sehen das nicht nur in den Parabeln Jesu, sondern auch in dem bewusst erzählend gehaltenen Stil, der keiner Tatsachenberichterstattung gleichkommt, sondern ermutigen soll, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Nein, nicht, weil ich nicht an Wunder glauben würde, erscheint es mir logisch, die Bibel im wahrsten Sinne als ein richtiges Lehrstück zu verstehen, das uns zwar Inhalte vermittelt, das den Leser aber gleichsam fordert. Die Bibel ist zu wertvoll, um sie allein als Schrift aus Tatsachen zu verstehen, über welche wir nicht mehr nachsinnen müssen. Der Protestantismus unterscheidet uns vom Katholizismus wesentlich in der Frage der Symbolhaftigkeit. Gerade beim Abendmahl erkennen wir es gut: Ist es nicht auch eine Errungenschaft der Reformation, dass wir in Brot und Wein eben nicht Jesu leibhaftig erkennen, sondern aus diesen Signien unser ganz persönliches Bild seiner spürbaren Anwesenheit entwickeln? Und macht es unseren Glauben dadurch weniger überzeugend?

Nein, im Gegenteil. Nehmen wir alles so an, wie es uns gegeben scheint, bräuchten wir wahrlich auch nicht an dem interessiert sein, was uns 1. Mose 3,22 sagt: Wir sind selbst groß genug, um urteilen und darüber befinden zu können, was falsch und richtig ist. Dabei geht es gar nicht in erster Linie darum.

Wer die Frage danach stellen würde, ob es die Jungfrauengeburt nun gegeben hat oder nicht, der denkt in diesem Schwarz-Weiß, über das wir als mündige Gläubige doch hinaus sind. Es geht darum, welches Verständnis wir von der Gewissheit haben.

Sprechen wir von einer Wahrheitsgewissheit oder eben von einer Glaubensgewissheit, die darin ihren Unterschied findet, dass wir die Aussage in ihrer Bedeutung verstehen und sie für uns annehmen, nicht aber zwingend davon überzeugt sind, dass das Bild, welches uns die Intention vermitteln soll, objektiv nachvollziehbar scheint.

Würden wir unseren Glauben auf letztgenanntes Verständnis bauen, hätte er den Glanz verloren, der ihn gerade vom Wissen unterscheidet, das uns schlussendlich stets unter Druck setzt, beweisen zu müssen. Glaube ist für mich nicht, das Unerklärliche rational werden zu lassen.

Glaube beginnt dort, wo das Unerklärliche uns einlädt, seine Transzendenz als solche zu akzeptieren und sie als Ansporn dafür zu nehmen, ihre Mission exegetisch in unser Leben zu übertragen. Wird die Jungfrauengeburt dadurch gleich unbedeutender, dass wir sie nicht als natürliche Tatsache ansehen?

Wird ihre Einzigartigkeit dadurch geringer, dass wir ihr nicht zubilligen, nach unserem heutigen Denken analytisch genau so geschehen zu sein, wie die Letter uns es hergeben möchten? Wird sie nicht genau deshalb nüchtern, weil wir sie auf das Maß unserer Vernunft herab zu brechen versuchen?

Nein, wenn wir die Jungfräulichkeit von Maria zum Zeitpunkt ihrer Schwangerschaft mit dem König und Erlöser unserer Welt nicht auf das Niveau der Normalität unserer menschlichen Beschränktheit schmälern, dann sind wir gerade keine schlechteren Christen, sondern diejenigen, die die Faszination des Glaubens neu zu würdigen bereit sind. Das Staunen, aber nicht eine Unanfechtbarkeit macht eine vitale Überzeugung aus, aus welcher unser eigenes Leben sich überhaupt erst speisen kann. Wir sind gefordert und dürfen uns nicht zurücklehnen auf den sichtbaren Kern der Worte, die uns überliefert sind. Ohne eine Konnotation bleiben sie nämlich fremd für uns, mit ihr werden sie aber dennoch keinesfalls in ihrer eigentlichen Grundbedeutung angetastet.

Die Jungfrauengeburt dürfen wir als wahrliches Wunder verstehen. Wir dürfen daran glauben, dass sie unvergleichbar war, das Gott seinen besonderen Segen auf die Schwangerschaft legte, sie aber gleichsam eben nicht derart abstrakt werden ließ, dass unser Glaube daran nur über Ecken denkbar wird, weil es mit den Grenzen des Verstandes nicht anders möglich ist.

Damit würden wir nämlich ihren scheinbaren Widerspruch, der in Wahrheit eine bedingungslose Notwendigkeit für unser christliches Denken ist und damit zu einem Spannungsbogen dieser erfüllenden und uns tragenden Agape wird, aufgeben: Jesus ist Mensch geworden. Er ist Erretter, aber er ist eben auch einer von uns. Gott hält die Hand über dieses Kind, die Schwangerschaft, die Zeugung ganz besonders behutsam – aber eben nicht weniger liebevoll als bei jeder anderen Mutter. Diese Aussage ist eine wesentliche der Weihnachtsgeschichte. Für mich kann sie uns nur auf diese Weise wirklich berühren.

Die „Grünen“ und Umweltverbände rufen dazu auf, die Autos stehen zu lassen. Experten raten, einfach das „Smartphone“ öfter beiseite zu legen. Und die Vegetarier-Bewegungen setzen sich dafür ein, auf den Fleisch-Konsum zu verzichten. Die Fastenzeit im Jahr 2017 scheint ein sich gegenseitiges Überbieten in den Appellen zu sein, den unterschiedlichsten Trends zu folgen. Sieben Wochen möge man sich bitte an verschiedensten Stellen kasteien. Und der alleinige Grund für all das ist offenbar der Gedanke, sich durch ein Verzichten wohler zu fühlen. Die Psyche austricksen, indem wir mit Pseudo-Maßnahmen vorgaukeln, das zu verdecken, von dem wir wissen, dass es uns nicht gut tut – dessen Versuchung wir aber wohl nur während ein paar Tagen im Jahr mit dem Gruppendruck des gemeinsamen „Kürzertretens“ entgegen können.

Fastenzeit ist zu einem modernen Begriff in einer Welt geworden, in der unterschiedliche Anschauungen aufeinander treffen. Seien es religiöse oder esoterische, neureligiöse oder heidnische, fernöstliche oder westliche.

Jede bringt ihre Einflüsse mit hinein. Ein Cocktail aus Überzeugungen, gepaart mit guten Tipps aus der Gesundheitslobby, das ergibt eine Stimmung, in der wir glauben, dass das „Weglassen“ dieser Schlüssel zum Glück ist. Und zweifelsohne: Es hat durchaus therapeutische Züge, wenn wir uns in unserem suchtartigen Verhalten von heute darauf einlassen müssen, das Handy ein paar Stunden zur Seite zu legen, den Süßigkeiten im Küchenschrank einen Abend zu widerstehen oder die 200 Meter zum Bäcker einfach zu Fuß zu gehen.

Aber wenn wir auf die christlichen Ursprünge schauen, dann sehen wir etwas ganz Anderes: Mit dem Aschermittwoch beginnt die Leidenszeit Jesu. In Erinnerung an seine Qualen geben wir einen Stück unseres Alltages preis. Es ist nicht das Ziel, anschließend schlanker zu sein. Es ist auch nicht Aufgabe der Fastenzeit, uns in unserem „Twitter“-Verhalten zu mäßigen. Und auch nicht der Sinn dieser ganzen Sache, uns danach „besser“ zu fühlen. Entbehrung heißt, sich wieder auf das Wesentliche zu konzentrieren. Es geht um das Existenzielle. Die Passionszeit bringt uns an unsere Grenzen. Sie macht uns bewusst, wie vergänglich wir sind. Sie hält uns den Spiegel vor, wie wehleidig wir geworden sind. Wie empfindsam wir sind, wenn wir um das Materielle zu weinen beginnen.

Sein Fahrzeug zuhause stehen zu lassen, das hat mit Fasten wenig zu tun. Ohne sich bewusst zu sein, warum wir verzichten, wird dieser scheinbare Idealismus rasch zu einer puren Farce. Dann ist er allein ein Götzendienst, für uns selbst. Wir befriedigen unser Gewissen, etwas für die Umwelt, für unsere Freizeit, vielleicht auch für unser Gewicht getan zu haben.

Doch es ist gerade nicht der Narzissmus, der in der Passionszeit im Mittelpunkt stehen darf. Jesus lebte im Bewusstsein, sich für die Menschen hinzugeben. Wenn wir fasten, dann sollen wir sein Leid teilen. Wir wollen durch unser Entsagen etwas davon spüren, wie es ist, trotz Schmerzen nicht zu verzagen. Die Opferbereitschaft, die dieser Sohn Gottes mit seinem Gang durch die Hölle zeigte, soll uns nicht ermutigen, nicht Vorbild sein, aber demütig machen. Passionszeit ohne einen Glauben ist wie diese Burg ohne ein Fundament.

Das Brot ohne Butter zu essen, ohne sich dabei klar zu sein, dass dies nicht nur in der physischen, sondern auch in der geistlichen Askese geschieht, bleibt ohne wirklichen Effekt auf unser Dasein. Denn von weniger Kilos allein lebt es sich zwar leichter, aber nicht erfüllter. Und diesen „Zweck“ soll doch die Leidenszeit Christi mit sich bringen: Durch Teilhabe an seiner Geißelung, an seinem Hadern, an seiner Folter lernen wir all jene Kostbarkeit des Lebens neu kennen, die uns kein Flachbildfernseher, keine Sahnetorte und kein „Cabriolet“ bietet.

Die Rückbesinnung auf die Wurzeln der Existenz, auf Gott und auf das Geschenk, das er uns mit dieser Welt gemacht hat. Die Fastenzeit lehrt uns wieder das Danken. Sie nimmt die Selbstverständlichkeit unseres Alltags von heute, der geprägt ist von Konsum, Überfluss und Gierigkeit, dem wir unreflektiert und anbetend folgen wie einer unzweifelhaften, unüberdachten und ignorierenden Beweihräucherung unserer eigenen Freiheit.

Jesus ging nicht nur den Kreuzweg, er starb nicht nur in Golgatha. Er wurde schon zuvor gedemütigt, ausgegrenzt und mit einem Joch versehen. An all diese Grausamkeit, an dieses Vorenthalten jeglicher Würde, erinnert uns die Passion Christi. Gerade jetzt, wo überall auf der Erde Menschen um ihre grundlegenden Rechte fürchten müssen, in Gefängnissen sitzen, weil sie kritisch berichten wollten, weil sie nur eine sichere Zuflucht suchten, die falsche politische Richtung vertraten, ermahnt uns diese Zeit vor Ostern an unsere eigene Integrität und die Verpflichtungen, die mit ihr einhergehen. Wir sollen eine Fertigkeit zurückerlangen, die im Egoismus des 21. Jahrhunderts so rar geworden ist: Das Mitfühlen mit unseren Nächsten.

Und nicht nur das: Wir sind aufgefordert, den Mund zu öffnen, wenn die Menge kreischt und den Tod für jemanden fordert, der als „König der Juden“ für all jene steht, denen Ungerechtigkeit widerfährt.

Es ist eine platte Attitüde, die zu einer coolen Gewohnheit gewordene Fastenzeit mit inhaltsleeren Sprüchen nach Diäten, weniger Zigaretten und einem „nachhaltigen“ Leben zu füllen, ohne ihre Bedeutung zu hinterfragen. Es ist nicht die Stunde von ausgedehnter Selbstherrlichkeit. Im Gegenteil.

Vielleicht sollten wir uns Kurt Ihlenfeld wieder einmal in unser Gedächtnis rufen, der mit klaren Worten formuliert hat: „Er schonte den Verräter, ließ sich als Missetäter verdammen vor Gericht, schwieg still zu allem Hohne, nahm an die Dornenkrone, die Schläge in sein Angesicht“ (EG 94.3, Lied: „Das Kreuz ist aufgerichtet“, 1967).

Wir selbst könnten nicht ertragen, welches Unheil wir alle zusammen auf diese Welt tagtäglich verursachen. Deshalb soll Jesu es sühnen – doch wir denken nur an die Kalorien. Hat er das verdient?

Ostern – zur Freude gehört eben auch das Leid! (2017)

Seit zwei Wochen erhalte ich die Wünsche: „Frohe Ostern“, „Sonnige Tage“, „Schöne Ferien“. In den Supermärkten erinnern mich schon seit langem die bunten Ostereier daran, dass es nun etwas zu feiern geben soll.

Und im Fernsehen lese ich auch nur von festlichen Ostergottesdiensten, die am Ostersonntag übertragen werden sollen. Aber war da nicht noch etwas? Für die Kinder wird das „Hasenfest“, wie es furchtbarerweise neutral formuliert wird, zu einer spannenden Suche nach den versteckten Geschenken. Wir konzentrieren uns auf hoffentlich warmes Wetter für den gemeinsamen Familienausflug. Und dass da plötzlich am Karfreitag keine Kirchenglocke mehr läutet, das fällt uns gar nicht auf. Denn die Welt ist doch so wundervoll, könnte man bei all diesen fröhlichen Momenten denken, die wir uns als das einzige Bild des Osterfestes in unser Gedächtnis rufen. Doch mir fällt gerade heute am Karfreitag etwas ganz Anderes ein: Mich bewegt das Foto der jungen Opfer des Giftgasanschlages in Syrien. Es hatte heftige Diskussionen gegeben, ob man solche Szenen denn überhaupt zeigen sollte.

Ja, man kann gerade in unseren Tagen derart argumentieren. Tote Kinder, die spastisch neben- und auch übereinander liegen, nachdem sie sterben mussten in einem dieser unzähligen Kriege auf der Welt. Denn ohne solche Zwischenrufe werden wir nicht aufmerksam. Kaum etwas kann uns im 21. Jahrhundert noch wach rütteln, wenn wir täglich mit hunderten von Nachrichten auf unseren „Smartphones“ konfrontiert werden – und das Gefühl dafür verlieren, was denn wirklich wichtig ist, was gut ist und was eben böse.

Wir leben in einem eigens um uns gelegten Schutzschild, das die Grausamkeiten der Wirklichkeit von uns fernhalten möge. Erst kürzlich erzählte mir ein Freund, dass er keine Nachrichten mehr ansehe. Er könne diese schrecklichen Meldungen nicht mehr ertragen.

Ein bisschen so, wie auch an Ostern. Da blenden wir gleichsam aus, dass es mehr gibt als diese Freude, dieses Jubeln, das „Christus ist auferstanden“, was wir uns am Ostermorgen zurufen und das sich als „eine freudige Nachricht“ ausbreitet, wie es der verstorbene Martin Gotthard Schneider in einem seiner Lieder gedichtet hat (EG 649, Lied: „Eine freudige Nachricht breitet sich aus“, 1975).

Denn diese Auferstehung Jesu, sie wäre wirklich wertlos, wäre ihr nicht die Trauer, der Kummer vorausgeeilt, wie es der Wortursprung des Karfreitages uns lehrt. Wir verdrängen gerne das Leid, denn es ist unangenehm. Es berührt uns peinlich, auch wenn wir nicht selbst betroffen sind. Wir fühlen uns dennoch schuldig ob unserer Hilflosigkeit. Ob es denen auch so gegangen sein mag, die da am Kreuzweg standen? Oder denen, die gerufen hatten: „Kreuzigt ihn!“? Zumindest einige dürften gehadert haben, damit, dass sie teilnahmslos zusahen, wie jemand grundlos verurteilt wird, zum Tode. Diese Ohnmacht ist erdrückend, so erging es mir auch beim Anblick des Fotos aus Syrien. Wenngleich ich nur äußerst indirekt Einfluss haben kann auf das, was da geschieht, so frage ich mich doch, ob es damit gerechtfertigt werden kann, dass die Masse mich überstimmt, die Verantwortlichen in der Politik, die sich aus taktischen Gründen blockieren. Doch wie gehen wir um mit diesen uns scheinbar gebundenen Händen, mit der Brutalität des Alltags, mit dem, was uns einfrieren lässt vor Dimension? Nein, es sind nicht nur die Schrecklichkeiten in den Krisengebieten unserer Erde. Es ist die Last in unserem eigenen Leben. Es ist die Armut, die Arbeitslosigkeit, der Familienstreit, die Krankheit oder eben auch der Verlust von geliebten Menschen.

Ich gebe zu: Im vergangenen Jahr habe ich Jesu Worte etwas überstrapaziert. „Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen?“ (Mk 15,34). Oftmals kamen sie mir über die Lippen – und ich war keineswegs in einer Situation, in der ich vor dem Kreuz gestanden war. Wie kommen wir aber durch die großen und vor allem auch die kleinen Nöte? Nicht selten bemühen wir die „Theodizée-Frage“, die der von Christus ähnelt, als er für einen Moment spürt, sein himmlischer Vater könnte ihn alleine zurückgelassen haben. Wie kann er es zulassen, dass ein Freund an Leukämie gestorben ist? Warum tut er nichts, wenn die Bomben in Syrien fallen? Weshalb lässt er die Ungerechtigkeit zu, dass derjenige, der die Welt erretten soll, durch Höllenqual gehen muss?

Der Karfreitag war nicht das Ende. Er gehört zur Ostergeschichte wie auch der Ostersonntag. Jeder von ihnen betrachtet ergibt keine überzeugende Erklärung. Daher ist es auch falsch, Ostern als alleiniges Fest der Freude zu betrachten, an dem die bunten Farben und der Sonnenschein vorherrschen. Denn wie sollen wir glauben, dass Jesus auferstanden ist und zum Ewigen Leben gefunden hat, wenn er davor nicht die Sünden der Welt auf sich genommen hat und aus der tiefen Enttäuschung über Gottes vermeintliches Wegsehen nicht das Vertrauen in dessen wundersames Wirken wiederentdeckt hätte? Dieser Spannungsbogen zwischen der Passion und der Auferstehung macht Ostern geheimnisvoll und verlangt uns ab, unsere Emotionen zu ordnen. Zu Tode betrübt, doch dann ein Jauchzen zum Himmel – das ist ein Abbild unseres eigenen Lebens. Wir können nicht ertragen, was in Syrien und andernorts geschieht. Auch nicht das, was uns an so manch einem Tag zugemutet wird. Und dennoch müssen wir es tragen, wie Jesus das Kreuz durch die Straßen in Jerusalem.

Und ja, er brach dabei nicht nur einmal zusammen. Die Menschen im Angriffsgebiet wissen kaum noch, ob sie jemals wieder aus den Ruinen aufstehen.

Und doch zeigt uns nicht nur Dietrich Bonhoeffer auf, was Ostern bedeutet, als er in der Gefängniszelle am Ende des Zweiten Weltkrieges seinem Tod entgegenschau: „[...] Führ, wenn es sein kann, wieder uns zusammen. Wir wissen es, dein Licht scheint in der Nacht“ (EG 65.5, Lied: „Von guten Mächten“, 1944). Das Zusammenführen, es ist das Vergeben all denjenigen gegenüber, die Buße zeigen. Auch uns gegenüber wollen wir kritisch fragen, ob wir verzeihen wollen. Jesus ist gestorben, um die Sünden hinweg zu nehmen. Den Friedensschluss, die Sühne, müssen wir aber selbstständig üben. Und solange wir damit im Kleinen beginnen, können wir hoffen, dass auch im Großen noch eine Aussicht darauf bestehen wird. Ostern ist also durchaus kein Fest, an dem wir nur unbeschwert sein sollten. Viel eher ist es ein Fest zur Freude an unserem Leben, die aber nicht selbstverständlich ist, sondern uns nachdenklich machen muss. Das macht uns nicht nur die Weltpolitik klar. Viel eher sehen wir auch an Jesus selbst, dass das irdische Hiersein vergänglich ist. Das macht aus dem Moment einen viel wertvolleren Teil unserer Wegstrecke auf Erden, als wir es in hektischen Zeiten oftmals wertzuschätzen vermögen.

Und genau in diesen Augenblicken wird Gott es auch sein, der uns auf die Frage Jesus antwortet: Nein, er hat uns nicht verlassen. Doch er offenbart sich nicht, wenn wir es erwarten. Viel eher taucht seine Gegenwart dann bei uns auf, wenn wir eigentlich schon verzagen. Christus hat es selbst erfahren, er ist auferstanden.

Das Wunder des Osterfestes begegnet uns als Kindern Gottes nicht so deutlich, wie es durch den Sohn sichtbar geworden ist. Aber es ist da, in den überraschenden und für uns vielleicht zunächst unbedeutend erscheinenden Situationen. Somit sollten wir nicht nur auf hoppelnde Hasen und viele Schokoladeneier achten, sondern uns die Zeit nehmen, nicht nur dieser Tage Gott im Verborgenen zu entdecken.

Christsein und liberal? Kann das gar nicht funktionieren?
(2017)

Christsein und liberal. Geht das denn wirklich nicht? Glaubt man dem ehemaligen Vorsitzenden der Liberaldemokraten im Vereinigten Königreich, dann stellt es einen Konflikt mit dem eigenen Gewissen, mit dem Glauben dar, wenn mal als überzeugter Christ politisch liberal agieren möchte.

Er selbst trat zurück, weil er die Positionen seiner Partei nicht mehr mit den Überzeugungen des Christentums vereinbaren konnte.

Gesellschaftliche, familienpolitische und innenpolitische Fragen dürften es gewesen sein, die das Ringen in Farron ausgelöst haben, der stets als integerer Politiker galt – und dessen Rückzug genau deshalb auch für Schlagzeilen sorgte.

Denn es war ihm keinesfalls leicht gefallen, sich aus der Politik zurückzuziehen, war er doch ein begnadeter Redner mit klaren Standpunkten, der gleichzeitig beliebt und dem Volk in seiner Art und seinen Ansichten stets nahe gewesen ist.

Doch wie verhält man sich als Christ, wenn die Partei die völlige Gleichstellung von Schwulen und Lesben fordert, biblische Überlieferungen aber darauf hindeuten, dass ausgelebte Homosexualität Sünde sein könnte? Oder das Verständnis von Familie dem 21. Jahrhundert angepasst werden soll, obwohl Vater, Mutter und Kind das jahrtausendealte Bild unserer christlichen Vorstellung des familiären Zusammenhalts prägen?

Was tun, wenn die emanzipierte Frau nicht erst in 2017 einfordert, ihre Freiheit auch dadurch praktizieren zu wollen, über eine Schwangerschaft und deren Verlauf alleine entscheiden zu dürfen, obwohl doch gilt: „Du sollst nicht töten“? Welche Lösung findet sich, wenn die Ehe zerrüttet ist, wir uns aber an das Gebot gebunden fühlen, sie nicht zu brechen? Wie bewerten wir das Selbstbestimmungsrecht auf Drogenkonsum, Sterbehilfe oder Präimplantationsdiagnostik beim gleichzeitigen Wissen um Gottes Schöpfung, also auch uns Menschen, die wir schützen sollen?

Im Jahr des Reformationsjubiläums steht das Thema voll im Mittelpunkt: „Von der Freiheit eines Christenmenschen...“, so formulierte es Luther in seiner Schrift, die die Mündigkeit jedes Einzelnen betont. Schon früh gibt die Bibel Auskunft darüber, was Gott den von ihm geschaffenen Wesen so zutraut. Der Mensch wisse nämlich von frühem Zeitpunkt an bereits, „was gut und böse ist“ (1. Mose 3,22). Ja, es ist wahrlich eine Frage unseres eigenen Glaubens, der Theologie, der wir nahe stehen. Für bibeltreue Christen bleibt uneingeschränkt deutlich, dass wir wortwörtlich verstehen müssen, was uns die Bücher vorgeben.

Interpretationsspielraum bleibt dabei nicht. Und auch beim Reformator Luther denken wir eigentlich nicht daran, Abstriche vom Wort Gottes machen zu dürfen. Denn darauf sollen wir uns nach seiner Meinung ja immer wieder neu zurückbesinnen – und uns eben nicht lenken lassen von einem „Mainstream“, der uns abbringt von der Lektüre der „Heiligen Schrift“.

Aber Luther war keinesfalls ein Gegner der Exegese, er stellte viel eher die Vernunft eines jeden Christen in den Vordergrund. Er bescheinigte den Menschen von damals wie heute, dass sie sich nicht beirren lassen sollen von Dogmatik einerseits, von populistischem Geschrei auf der anderen Seite. Er attestierte uns ein gesundes Selbstbewusstsein und die Fähigkeit, aus der Schrift heraus deuten zu können, was Gott uns sagen möchte – und wie wir in unserem ganz individuellen Leben mit dem umgehen, was uns da auf den Weg mitgegeben wird. Mit seinen Übersetzungen brachte er uns in die Lage, nicht mehr abhängig zu sein von dem, was uns gepredigt wird – sondern Predigten als kritischen Anstoß für das eigene Denken zu verstehen. Nicht das zu übernehmen, was uns von der Kanzel herab „eingetrichtert“ wird, die Heiligkeit liegt nicht in der Unantastbarkeit der Kirche und der Gelehrten, sondern in der Freiheit, uns ein eigenständiges Bild von ethischen Fragen unseres Alltages zu machen. Natürlich mag es auf den ersten Blick nicht zusammenpassen, die angebliche Einordnung der Bibel, die gleichgeschlechtlichen Sexualverkehr als ein „Gräuel“ bezeichnet – und die Vorstellung eines dritten Jahrtausends, in dem wir weiter sind mit unseren Sichtweisen. Und heute richtet sich der Blickwinkel auf die Frage, ob es tatsächlich das ist, was uns Gott sagen will: Kann Nähe zwischen zwei Menschen gleichen Geschlechts eine Sünde

sein, wenn wir das Gebot der Liebe des Höchsten aus den Evangelien den Büchern Mose gegenüberstellen? Oder was meinen Verse wie 3. Mose 18,22 tatsächlich?

Liberaler Politik zu betreiben, das bedeutet, Menschen zu aufgeklärten Akteuren zu machen, die ihre Umwelt in größtmöglicher Verantwortung gestalten. Es passt nicht mit einem liberalen Christsein zusammen, auf die zu schauen, die den Moralapostel spielen möchten. Die Bibel ist nicht dazu gedacht, dass wir unseren Verstand ausschalten. Glaube heißt nicht, das Hirn zu deaktivieren – und blind und gleichzeitig taub das entgegenzunehmen, was uns in die Hände gelegt wird. Auch Misstrauen gehört zu einem Verständnis freien Christentums. Inbegriffen ist dabei stets die Weitsicht auf Zusammenhänge. Aussagen aus ihnen herauszureißen, das befördert Polemik. Denn Zitate sind plakative Momente, taugen aber nicht für rationales Erfassen eines Kontextes. Das Leben ist nicht einfach, es ist viel zu komplex, um es mit einzelnen Standpunkten beschreiben zu dürfen. Und so ist auch der Beischlaf von homosexuellen Menschen, wie Levitikus ihn formuliert, nur dann als Sünde anzusehen, wenn wir missachten, dass die ursprüngliche Übersetzung aus dem Hebräischen eher auf einen „Knaben“ hindeutet statt auf einen Mann, neben dem ein Mann nicht liegen soll. Denn das 18. Kapitel des 3. Buches Mose ist eine Verurteilung von ausuferndem Sexualverkehr, von Prostitution und dem Geschlechtsakt mit Kindern, in die die verantwortungsvoll ausgelebte Liebe zwischen zwei Männern oder Frauen nicht passt. Und ja, natürlich gibt es Fragestellungen, bei denen auch der liberale Christ zu dem Ergebnis kommen kann, dass Wurzeln nicht aufgegeben werden dürfen. Freiheitlich zu sein bedeutet keinesfalls, sich anzupassen.

Im Gegenteil. Viel eher ist es die gewissenhafte Überzeugung, die auch Positionen legitimiert, welche eine Mehrheit aus Christen, die sich als „frei“ bezeichnen würden, nicht teilt. Liberalismus lässt die Vielfalt der Gedanken und Meinungen zu, solange sie sich auf eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Argumenten, Gefühlen und unseren Grundsätzen beruft. Freiheit bedeutet eben nicht, willkürlich werden zu dürfen. Stattdessen ist der freie Christ derjenige, auf dem die meiste Last mit seinem Glauben liegt. Denn er ringt wiederkehrend mit sich, prüft, wie Gott es gemeint haben kann.

Es mag parteipolitische Gründe geben, sich wegen seines Glaubens mit den eigenen Anhängern zu überwerfen. Aber es kann nie einen Grund geben, sich aufgrund seines Glaubens überhaupt nicht politisch zu betätigen.

Und es ist wahrlich schade, wenn Farron als Parteivorsitzender offenkundig den Eindruck gewonnen hatte, dass manch konservative Ansicht bei den Liberaldemokraten nicht respektiert wird. Gerade, weil auch diese Tugend zum Freiheitlich sein dazugehört, ist es eigentlich eine Frage an die Parteikollegen des sich bewusst als Christ bekennenden Politikers wert, weshalb freiheitlich denkende Demokraten in Großbritannien ihren Vorsitzenden nicht stärker gestützt haben, als dieser offenbar in den scheinbaren Widerspruch aus Liberalismus einerseits, praktizierendem Christ andererseits hinein rutschte.

Natürlich kann ich als freier Christ, aber eben auch als freiheitlicher Politiker gegen das Recht auf Abtreibung sein, wenn ich die Verhältnismäßigkeit wahre und begründe, warum ich die Förderung junger Familien der oftmals voreiligen Entscheidung auf einen Schwangerschaftsabbruch

aus Verzweiflung, Angst vor der Zukunft und der Not und Panik heraus vorziehe. Besonders deshalb, weil sich liberale Christen ihre Entscheidungen nicht einfach machen, müssten sie in der Politik geschätzt sein.

Wer Freiheit allein auf den Freiraum beschränkt, den der Mensch theoretisch hat, um sich zu entfalten, der hat die biblischen Worte gerade nicht verstanden. Wir wissen, „was gut und böse ist“. Das bedeutet auch, dass wir uns selbstkritisch hinterfragen müssen, ob alles, was machbar ist, auch sinnvoll sein kann. Demut steht dem liberalen Christen ebenso gut wie dem freiheitlichen Politiker, auch gegenüber Haltungen der eigenen Partei, ob zum Allheilmittel der freien Marktwirtschaft, dem Verständnis von Ergebnisgerechtigkeit oder zum monetären Vermögen dieser Tage.

Freies Christsein heißt, seinen Glauben wiederkehrend zu spiegeln. Und ja, allzu oft begeben wir uns mit solch einer „Sisyphos-Arbeit“ in einen Spagat aus Geradlinigkeit und Emotionalität. Beides schließt sich aber nicht aus. Wer die Bibel liest, beginnt meist ganz unweigerlich zu assoziieren. Dazu ist das „Buch der Bücher“ nach einem liberalen Verständnis christlichen Bekenntnisses auch gedacht. Nein, Beliebigkeit ist das wahrlich nicht.

Denn Zweifel haben nichts mit Schwäche zu tun. Fundamente zu besitzen heißt gleichsam eben auch nicht, auf ihnen nicht ein Weltbild zu bauen, das uns Gott offenbar zu errichten auch wahrlich zutraut. Wer gleichzeitig eigenes Vertrauen in seinen Glauben hat, der übersteht Anfeindungen. Immerhin kann er sich rechtfertigen, wengleich es gar nicht nötig scheint. Es wäre zu einfach zu sagen, dass unser Glaube allein

„das ist, was wir daraus machen“. Aber wir sind die, die das „Heft des Handelns in der Hand haben“.

Ein theistischer Gott, von dem wir als Christen überzeugt sind, weist uns unseren (politischen) Weg. Doch er greift nur dann ein, wenn es auch tatsächlich nötig ist. Ob für eine Korrektur, als Trost oder als Bestätigung.

In den kleinen Zeichen des Alltags offenbart er uns, ob wir eine Richtungsentscheidung treffen müssen. Und ob wir an unserem Kurs etwas ändern sollten. Sein Wort, es ist nur bedingt „in Stein gemeißelt“. Wie hilflos wären wir ohne Orientierung, die uns die Bibel zweifelsohne gibt.

Aber wie starr wären wir angesichts der sich täglich wandelnden Herausforderungen, wenn wir Worte nicht lebendig werden ließen. Freies Christsein bedeutet Vitalität in die verschiedensten Richtungen, besonders aber in die der Deutung. Ich wünschte mir, auch Farron hätte sich auf Gottes Gunst für ihn und jeden von uns einlassen können.

Denn unser biblischer Vater, er scheint doch fest davon überzeugt zu sein, dass Freiheit uns nicht zu größeren Sündern macht, als wir es ohnehin schon sind, sondern zu seinen Ebenbildern, die Erfahrungen sammeln, dabei auch Fehltritte machen dürfen, aber schlussendlich nicht an Lehre, sondern an seinen, unseren Ethos gebunden sind...

Vom Himmel und der Hölle... (2017)

Warum spricht das Glaubensbekenntnis eigentlich nicht von der Hölle? Wir sprechen stets vom Himmel, doch gibt es da ein Pendant, ein Fegefeuer, wie wir es uns vorstellen, das die

aufnimmt, die auf Erden sündig geblieben und keine Vergebung erfahren haben? Und wenn es so etwas wie die Glut gibt, in der wir schwitzen müssen, wenn wir uns gegen die Gebote verhalten haben, wann ist die Grenze überschritten zum Eintritt in den Himmel? Ist nach sechs, zehn oder hunderten Sünden Schluss? Oder woran hängt es, dass wir eben keinen Zugang zu Gott auf seinen Wolken sitzend mehr erfahren dürfen? Wird uns die Auferstehung versagt, wenn wir uns aus der Gemeinschaft all der Gläubigen ausschließen? Verbannen wir die Hölle aus unserem Gedächtnis wegen des eigenen schlechten Gewissens? Und unter anderem deshalb, weil wir nicht verstehen, was hier wie da, im Himmel und in der Hölle, eigentlich geschieht – und das „zu richten die Lebenden und die Toten“ der Hinweis in unserem Credo ist, den wir da mutlos ausblenden?

Es gibt sicher viele theologisch kluge Antworten darauf, doch habe ich stets meine Schwierigkeiten damit, wenn sie von der einen oder anderen Seite zu beeinflussen versucht werden. Da gibt es die Strengen, die offenbar Konservativen, die darauf beharren, dass es eine Hölle geben muss.

Denn einige Christen sind ja bis heute der Ansicht, dass wir uns den Himmel erst verdienen müssen. Andere wiederum sagen, dass wir alle Gnade erlangen werden, Christus hat für uns bereits die Leiden vergeben, nun müssen wir uns nicht mehr anstrengen und uns nicht fürchten, in die Hölle kommen müssen. Doch was stimmt nun von diesen Sichtweisen, die verwirren, ja, sogar Ängste erzeugen können und mit denen manch Unwesen getrieben wird, auch unverantwortliches und unnötiges Leid?

Die Bibel gibt uns Hinweise darauf, wie wir all das verstehen sollen, was in unserer heutigen Zeit so altmodisch klingen mag. Wer glaubt noch an die Bilder, die uns in Kirchen und auf Gemälden einen Eindruck geben wollen von diesem Augenblick, dieser Qual in einem Schattenreich, das uns ausgemalt wird als das Inferno der Tiefe.

Matthäus spricht in Kapitel 8, Vers 12 vom bekannten „Heulen und Zähneklappern“, das typische Feuer und der Tag vor dem Gericht finden sich ebenso beim Evangelisten in Kapitel 5, Vers 22ff. und Kapitel 10, 15. Während Luther die Hölle vor allem als die „Totenwelt“ ansah, sind es gerade neue Übersetzungen, die die Hölle nicht alttestamentarisch als spirituellen, sondern als örtlichen Moment verstehen.

Es gibt immer wieder Streit um die eigentliche Existenz eines solchen Gegenübers des „Himmels“, das zwar im Sprachgebrauch alltäglich, in unseren Gedanken aber fern ist.

Gerade die evangelische Kirche hegte seit dem „Augsburgischen Bekenntnis“ große Zweifel an der Pein des Gerichtes, während die katholische Kirche in ihrem Katechismus in Artikel 12 weiterhin darauf verweist, an all jene, die die Barmherzigkeit Gottes nicht ersehen wollen, dass sie „in Todsünde sterben“ werden.

Ja, ich glaube durchaus an Himmel und Hölle. Aber nicht derart plakativ und auch nicht in dem Kinderglauben der bunten Zeichnungen, die auch ich früher gemalt habe, als der Religionslehrer uns dazu aufforderte, diese beiden so kaum greifbaren, unirdischen Begriffe auf Papier zu bringen.

Er kann zwar reizvoll sein, ist aber vielleicht doch zu blumig, um manch eine Wahrheit auszusprechen. Ich bin eher davon überzeugt, dass es nicht ein Ort aus Flammen sein wird, der einem (Jüngsten) Gericht ähnelt. An dem wir nochmals unsere Sünden vorgebracht bekommen, um in uns zu gehen und mit uns zu ringen, bevor wir dann tatsächlich vom lodernen Licht in die Dunkelheit wandern.

Viel eher wird dort befunden, ob wir uns doch einlassen auf die zweite Chance, die uns von Jesus gegeben wird: Können wir doch noch Buße tun, uns überwinden und bekennen? Diese Frage wird uns prägen, sie wird uns nicht loslassen. Sie muss ernst gemeint sein und sie wird uns abverlangen, ein wahres Gesicht zu zeigen. Doch sind wir dazu bereit?

Das ist das „Schmoren“, das uns verheißen wird. Schaffen wir es, geläutert zu werden, wie es das „Purgatorium“, das Fegefeuer, es uns vorhersagt, ehe wir nochmals die Möglichkeit erhalten, für uns selbst Frieden zu finden? Denn nicht die Verdammnis ist das Ziel, an das Gott uns bringen möchte, er will, dass wir in seinem Himmelreich das Paradies erfahren. Aber nicht jeder kann seine Schuldhaftigkeit wirklich ablegen, „über seinen Schatten springen“ – und Gott wird niemanden dazu zwingen. Es entscheidet sich vor seinem Angesicht, ob wir Reue zeigen und tatsächlich dazu bereit sind, die Reinigung unserer Seelen anzunehmen und an ihr mitzuwirken. Uns zu befreien von einer Last, es kann hilfreich sein. Nicht nur nach dem Tod. Viel eher wird bereits auf Erden deutlich, ob wir unser Leben in der Sünde abschließen wollen. Oder bitten wir darum, dass uns Gott erlöst von der schweren Last, die wir mit uns ins Grab nehmen? Es ist niemals zu spät, eine Umkehr einzugehen.

Denn auch wenn Christus für uns den Sühnetod gestorben ist, so ist die Annahme unseres Geistes durch Gottes Gerichtsbarkeit keinesfalls gesichert. Natürlich bleibt seine Liebe bedingungslos, ebenso wie seine Bereitschaft, Sünde von uns zu nehmen. Es kostet nichts, außer das aufrichtige und gläubige Bekenntnis dazu, dass wir unsere Schuld anerkennen. Wir werden nicht gerichtet, dass wir etwas falsch gemacht haben, sondern befreit. Es fehlt nur die Hingabe, mit der wir verdeutlichen: Ja, wir sind Sünder und nehmen an, dass wir gar nicht ohne Schuld leben können.

Das Fegefeuer als der Durchgang zur Hölle, an der noch eine Abzweigung denkbar ist, als der Augenblick, indem wir Menschlichkeit zeigen dürfen. In welchem wir kundtun können, dass wir verstanden haben: Als Gottes Ebenbilder gibt es keine Unfehlbarkeit. Denn wir sind nur seine Kinder, wir treiben Unfug und sind sogar in der Lage, schwerste Vergehen und damit große Verantwortung über uns zu bringen. Selbst der Mörder wird einen Platz im Paradies finden können, viel eher als der, der einen Apfel gestohlen hat. Ja, ja wenn der Eine wahrlich zu seinem Verbrechen steht, während der Andere seine Missetat leugnet.

Die Hölle als Strafe dafür, dass wir verleugnen. Dass wir selbst im Angesicht Gottes nicht dazu bereit sind, im Vertrauen auf ihn von unserer hiesigen Arroganz abzulassen. Unsere Seelen sind unruhig, wenn wir nach dem Tod begreifen, was sich in unserem Leben an Steinen angesammelt hat, die wir mit uns schleppen. Nein, nicht wie das Kreuz Jesu, der schuldlos verurteilt wurde, sondern aus der Schwere der Sünde, die wir letztlich zu ertragen haben.

Müssen wir in der Ewigkeit mit diesem Ballast umherirren, in dieser Verdammnis, in dem endlosen Tunnel der Finsternis, die uns wahnsinnig werden lässt, aber gerecht demjenigen gegenüber sein kann, der sich stets als der Unbefleckte gab und zurückwies jede Übertretung von Gottes Gesetzen. Der ohne Gewissen ist und im Rückstand seiner Menschwerdung verharrt, die wir tatsächlich erst spüren, wenn uns der Rucksack genommen wird. Nicht Milch und Honig genießen wir im Himmel, sondern die Freiheit des Schwerelosen. Wir haben abgeschlossen mit unseren weltlichen Schandtaten, weil wir uns nicht gerechtfertigt haben, sondern reuige Sünder sind. Wer vermag sich schon heute solch eine Errettung, so eine Erlösung nur vorstellen.

Leserbrief zur Studie, Atheisten hätten weniger Moral (2017)

Dass selbst Atheisten zu glauben scheinen, sie selbst seien "böser" als Menschen mit einem Glauben, zeigt eine Unterordnung, die sich höchstwahrscheinlich aus der Weltsicht ableitet, dass Mehrheiten stets im Recht sind, besser sind, die Guten sind. Dabei gibt der Bezug auf Wertvorstellungen zunächst keinerlei Aussage über die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft. Sie können hier wie da ausgeprägt sein, verbinden sie sich allerdings in einem gemeinschaftlichen Glauben an eine höhere Macht und an eine Institutionalisierung der eigenen Religion. Eigentlich sollte das eher ein höheres Misstrauen auslösen, mit einer wenigstens gedanklich doch fassbaren Überzeugung, die eine möglicherweise angeborene Hoffnung nach Sinnhaftigkeit erfüllt.

Offenkundig sehen sich Atheisten sogar als "fehlerhaft" an, es "fehle" ihnen an einer Überzeugung an einen Gott, was wiederum ja impliziert, dass selbst Atheisten einen Gottesglauben nicht völlig ausschließen.

Dies wiederum aber nur aus einer häufig zu beobachtenden Leere: Wie wird das "Vakuum" gefüllt, das bei Atheisten an der Stelle Gottes im Gegensatz zu religiösen Menschen eine "Lücke" hinterlässt?

Niemand weiß, ob der Platz für einen Gott je vorgesehen war – oder ob er nicht einfach ein "Mehr" ist in den Köpfen, auch eine Mär, die lediglich Sehnsüchte bedient, grundsätzlich zum Überleben aber nicht nötig ist.

Die Wissenschaft wird stärker diskutieren müssen, ob die Meinung, Atheisten seien eher böse und zu Verbrechen bereit, aus einer falsch verstandenen Zuschreibung und gleichsam Verwechslung von Moral, Glaube, Ethik und Lehre entstammt – oder ob der Mensch im Geheimen, in seinem Gehirn überhaupt nicht anders kann, als davon überzeugt zu sein, an das Gute nur über ein religiöses (Gottes-) Verständnis zu gelangen.

Und selbst, wenn dem so sei, kann der konsequent denkende Atheist noch immer dagegehalten, dass auch diese Haltung nur ein Denken ist, das die Realität nicht abbilden muss.

Leserbrief: Urteil über die „Spaghetti-Monster-Kirche“
(2017)

Ich selbst war Atheist, aber heute bin ich in die evangelische Kirche zurückgekehrt. Unter anderem auch wegen Aktionen wie die des „Fliegenden Spaghetti-Monsters“. Säkulare machen sich nicht selten lustig über die Religion, vor allem auch über den persönlichen Glauben des Einzelnen, der aus meiner Sicht unantastbar ist. Natürlich könnte man argumentieren, dass auch die Überzeugung an solch eine Eigenkreation der „Pastafaris“ einem Gott in Nichts nachstünde, sind sie doch beide nicht belegbar.

Und doch gibt es laut Oberlandesgericht Brandenburg nun eine verbindliche Messlatte: Es muss etwas Göttliches sein, das eine Religionsgemeinschaft ausmacht. Und ich finde das richtig so.

Denn mit irdischem Geplänkel hat der Glaube an eine höhere Macht im Sinne einer spirituellen Tiefgründigkeit und einer eigenen Lehre, die nicht nur satirisch von einer real existierenden Glaubensgruppierung abgeschrieben wurde, nichts zu tun.

Man muss schon mehr vorweisen, um in den Genuss staatlicher Rechte zu kommen, als ein paar Buchstaben zu vertauschen und an die Stelle eines Gottes ein Nudelgesicht zu setzen. Eine Veralberung des Gottesglaubens ist zwar mit der Meinungs- und Gewissensfreiheit vereinbar, den Status einer Religion kann sie aber solange nicht erreichen, wie es an substantiellen Inhalten fehlt, die schützenswert sind.

Und ob der freitägliche Genuss der Bolognese-Soße ein anerkennenswertes Gut ist, bleibt mindestens ebenso fraglich wie das Wunder, nach Genuss von Hochprozentigem eine himmlische Ekstase zu erleben.

Gesellschaft, Ethik oder/und die Moral?!

Kritik an Gegnern zum EKD-Beschluss für ein PID-Verbot (2011)

Wünscht man sich ein praktisches Beispiel dafür, was Fluch und Segen gleichzeitig bedeuten kann, eignet sich die aktuelle Debatte um die Präimplantationsdiagnostik (PID) hervorragend. Die Fortschritte in Medizin und Forschung loben viele von uns auf der einen Seite, bringen sie doch schwer Kranken neue Lebensqualität und die Aussicht auf Heilung oder zumindest Hinauszögern unheilbarer Erkrankungen. Andererseits durchdringen die wissenschaftlichen Erfolge Grenzen, die bislang unumstößlich erschienen.

So ist es auch um die PID bestellt: Das Verfahren, das bislang in Deutschland keine Zulassung fand, gilt unter vielen Ärzten als die pure Hoffnung darauf, zukünftig schweres Leid auf Erden vermeiden zu können. PID erlaubt nämlich, bereits vor Eintreten der Schwangerschaft Embryonen auf „genetische Defekte“ hin zu untersuchen.

Dort, wo schwere Erbkrankheiten vermutet werden, kann dann der Mediziner eingreifen: Durch „Aussortieren“ derer, die er für unverantwortlich und zu einem unwürdigen, unmenschlichen Leben verdammt hält – und durch das Einsetzen derer in den Mutterleib, die genetisch bedenkenlos sind. Einigen wird es wie eine Traumvorstellung vorkommen: Keine Mutter muss mehr befürchten, ein behindertes Kind, ein Kind mit „defekten“ Erbanlagen auf die Welt bringen zu müssen.

Was für die eine Seite als wahrlicher Segen daher kommen mag und die Welt von Schmerz und Elend befreien könnte, ist für die andere der Beginn von Selbstanmaßung, von „Gott spielen“ und von der Tendenz, eine Gesellschaft schaffen zu wollen, die „perfekt“ ist – und wiederum „unperfektes“ Leben ablehnt.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat sich schwer getan bei der Frage nach Zulassung oder Ablehnung der PID. Nachdem die Christlich-Demokratische Union (CDU) mit relativ knapper Mehrheit auf einem Parteitag bei der Haltung blieb, die PID weiterhin verboten zu lassen, hatten auch die EKD-Synodalen mit ebenfalls dünnem Überhang an Gegnern der PID einen Beschluss gefasst, der das Verfahren ebenfalls als nicht vertretbar ansieht.

So formulierten sie: „Das christliche Menschenbild gründet darauf, dass der Mensch nicht sein eigener Schöpfer ist, sondern sich alles Leben Gott verdankt. [...] Damit ist eine Auswahl zwischen lebenswertem und nichtlebenswertem Leben, die sich aus der Zulassung der PID bei bestimmten Krankheitsbildern zwingend ergibt, nicht vereinbar. [...]

Auch ein Leben mit Behinderung ist in der ganzen Bandbreite Gottesebenbildlichkeit eingeschlossen. [...] Die Zulassung der PID relativiert dieses christliche Menschenbild, wenn sie dazu dienst auszuwählen und festzulegen, welches Leben ‚lebenswert‘ ist und welches nicht [...]“ (nach „Evangelischem Pressedienst“, epd, 15. Februar 2011).

Die Antworten auf diesen Beschluss kamen prompt.

Die Empörung unter vielen Ärzten war groß, beispielhaft brachte Dr. med. Klaus Koch (Saaldorf-Surheim) in einem Leser-Brief sein Entsetzen zum Ausdruck: *„Ob die Damen und Herren von der EKD wissen, was sie anrichten, wenn sie für ein PID-Verbot sind? [...] Ich könnte es weder mit meinem Gewissen noch mit meinem Verstand verantworten, einer Frau möglicherweise krankes Erbgut oder ein Implantat einzusetzen, von dem vorher schwerwiegende Defekte zu diagnostizieren wären. [...] Wenn ich die Möglichkeit habe, vor dem Beginn der Schwangerschaft im Mutterleib eine fehlerhafte Embryoanlage zu diagnostizieren, und dies nicht tue, sehe ich darin einen groben Kunstfehler. Es ist schon eine arge Entgleisung dieser Theologen, die PID unter Strafe stellen zu wollen“* („ideaSpektrum“, Nr. 9, 03. März 2011, Seite 43).

Bei solchen Zeilen sah ich mich gezwungen, diesem Standpunkt eine Reaktion entgegen zu setzen und schrieb der Redaktion wie folgt:

„Ich respektiere die Sichtweise von Dr. med. Klaus Koch, der es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könnte, einer Frau erblich geschädigte Embryonen einzupflanzen. Gleichzeitig erwidere ich aber auf den Angriff gegen die EKD-Synodalen, die sich gegen eine PID-Zulassung ausgesprochen hatten: Für mich ist es als Betroffener einer genetischen Muskelerkrankung verletzend, wenn ich in indirekter Übertragung als „Kunstfehler“ gelte. Zur Ehrfurcht vor Gottes Schöpfung und seinem Wirken in der Welt gehört auch, Erkrankungen und dem „Anderssein“ mit Würde entgegen zu treten. Dies geschieht jedoch sicher nicht, indem man die Möglichkeiten heutiger Forschung und Diagnostik nutzt, um die Existenz von Personen wie mir bereits im Reagenzglas als nicht lebenswert einschätzt.

Bei all den Diskussionen wird stets von außen betrachtet: Meist Gesunde sehen sich in der Lage zu beurteilen, wie es ist, täglich mit einem genetischen Defekt umgehen zu müssen. Solch ein Leben besteht eben nicht nur aus Leid und Schmerz, sondern auch aus den dankbaren Momenten, in denen ich durch Erfahrungen, Begegnungen und das Durchschreiten von Tiefen und Überwinden von Höhen Kraft und Zuversicht erlerne. Diese hilft mir, mit Situationen umzugehen, die für einen „nicht Kranken“ zu rasch als unbezwingbar gelten. Ich wünsche mir, dass auch nach mir viele weitere Menschen mit genetischem Defekt das Recht zum Leben erhalten. Denn es ist keineswegs ein verlorenes Leben.“

Für mich ist die Vorstellung eine grausame, wonach Ärzte sich aufspielen, zukünftig Herrscher und Entscheidende darüber sein zu wollen, welches Leben als lebenswert betrachtet wird. Eine solche Entwicklung braucht keinen Schöpfergott mehr, dieser wird überflüssig. Sie braucht auch kein Gottvertrauen mehr, dass wir durch seine Gnade in schweren Zeiten aus Leid, Krankheit und Schmerz in den tiefsten Tälern begleitet werden. Sie braucht auch nicht mehr die überlebensnotwendige Erfahrung, mit Herausforderungen umgehen zu lernen, sich Feingefühl, Mitmenschlichkeit und Sensibilität im Miteinander aus Behinderten und Nicht-Behinderten, aus Kranken und Gesunden, aus „Normalen“ und „Anderen“ anzueignen. Kurzum: Sie wird zu einer Entwicklung, die uns in eine Welt aus Korrektheit, Funktionalität und Kälte führt. Wenn wir die Zuversicht verlieren, dass Gott uns mit Krankheit nicht strafen, sondern auf den Weg der Auseinandersetzung mit uns selbst und unserer Umwelt bringen will, entfernen wir uns von der Grundlage des christlichen Glaubens.

Wenn PID Wirklichkeit wird, ist Jesu Leid und Tod am Kreuz wertlos geworden. Die Lasten eines Lebens sind keine einseitigen Bürden. Sie befähigen uns, Not zu teilen und das Wesentliche zu erkennen: Wer am untersten Boden gewesen ist, versteht die Aussicht auf Auferstehung ganz neu.

Wer selbst und mit anderen gelitten hat, der nimmt Freude, Liebe und Hoffnung völlig anders wahr. Wer einmal die erdrückende Schwere des Kreuzes auf den eigenen Schultern spüren musste, blickt mit vollendeter Sehnsucht auf den Tag der Rettung und Erlösung, die Gott uns nicht erst im ewigen Leben schenkt.

Wer voller Schmerzen war, würdigt nämlich das, was in einer „perfekten“ Welt so selbstverständlich und ungeachtet wäre – die Kleinigkeiten des Alltags, das Lächeln im Gesicht meines Nächsten, der Gesang der Vögel am Morgen, das aufsteigende Licht am Horizont. Jeder Tag wird zu einem Geschenk, das für die schwer erfahrbar werden zu scheint, die durch PID von aller Schwachheit befreit sind.

Denken wir den Gedanken weiter, wonach zukünftig Ärzte die Macht erhalten könnten, darüber zu bestimmen, welche Menschen das Licht der Welt erblicken dürfen, kommen wir zwingend in Gefilde, die sich wohl auch keiner der Befürworter der PID so richtig ausmalen möchte: In einer Gesellschaft, in der Leistung und Erfolg das Maß aller Dinge sind, kann es für diejenigen zur Versuchung werden, die Produktivität und Gewinn im Auge haben: Man mag es kaum aussprechen – und doch wäre ein „Heranzüchten“ von Menschen ohne Makel für manchen Vertreter in der boomenden Wirtschaft eine Verlockung.

Ich daher trete entschieden dafür ein, die politischen Kräfte zu stärken, die sich ihrer Verantwortung vor Gott, vor denen, die heute unter Behinderung und Krankheit leiden, und vor der gesamten Gesellschaft bewusst sind – und aus dieser Überzeugung ihr „Nein“ zur Präimplantationsdiagnostik ableiten.

Der Disput um die Sterbehilfe (2012)
Aktiv, passiv oder überhaupt nicht?

Der deutsche Bundesgerichtshof hat mit einer „wegweisenden“ Entscheidung – wie es die Medien formulieren – neue Richtlinien für den Umgang mit der Sterbehilfe gesetzt.

In einem Urteil, das als grundsätzliche Aussage über das „würdevolle Sterben“ des Menschen gewertet wird, wurde die passive Sterbehilfe als rechtskonform beschrieben – solange, wie sich der Patient gegen lebensverlängernde Maßnahmen ausgesprochen hat und unabhängig davon, wie die äußere Einschätzung (von Ärzten, Pflegekräften oder Angehörigen) ausfällt.

Der Wille eines Patienten und dessen Freiheit, sich für den Tod zu entscheiden, wenn keine Aussicht auf Heilung oder Besserung eines „menschenunwürdigen“ Zustandes besteht, wird nach Ansicht des Gerichts als Maßstab angesetzt. Dafür, wie sich die Umgebung des Betroffenen in der letzten Lebensphase zu verhalten hat.

Der uneingeschränkte Zuspruch der Richter, den Wunsch des Kranken respektieren zu müssen und dafür Sorge zu tragen, dass dieser eingehalten und ihm nicht widersprochen wird, wird einerseits als Meilenstein für die individuelle Freiheit des Menschen gesehen. Andererseits tun sich nicht nur bei den Formulierungen Fragen und Zweifel auf.

Recht bald nach dem Urteil traten neben den erleichterten Stimmen der Kläger und einem Jubel derer, die in der Liberalisierung der Sterbehilfe einen Fortschritt für mehr Menschlichkeit sahen, auch die Einwände auf, die bei solch einer Diskussion unabdingbar sind: Ist Sterbehilfe überhaupt mit dem Grundgedanken eines geschenkten Lebens vereinbar? Wo setzen wir die Unterscheidungen zwischen einer „aktiven“ und „passiven“ Sterbehilfe? Wie kann ich sicher gehen, dass der Patient seinen Willen tatsächlich eindeutig und ohne äußere Beeinflussung geäußert hat?

Auf viele dieser Fragen soll die „Patientenverfügung“ eine Antwort geben: In ihr wird festgehalten, was sich ein Mensch für den Fall unveränderbaren Leidens an Schläuchen, mit künstlicher Ernährung und im Dauerkoma wünscht.

Dabei hat das Gericht festgehalten, dass das Abstellen eines lebenserhaltenden Gerätes als passive Sterbehilfe rechtens ist. Ein vorsätzliches Herbeiführen des Todes durch die Gabe einer Übermenge an Arzneien dagegen wird als aktive Sterbehilfe untersagt. Man kann mit gutem Gewissen fragen, an welchen Stellen hier eine Unterscheidung getroffen werden kann. „Aktiv“ wird man auch bei der „passiven“ Sterbehilfe. Mit einem Knopfdruck, mit einem Durchtrennen der Zufuhr von Nahrung oder anderem Abschalten von Geräten, die einen Menschen am Leben erhalten.

Die Krux der modernen Medizin, die ein Leben am Leben erhalten kann, eröffnet an dieser Stelle überhaupt erst eine Diskussion, die aus ethischer und moralischer Sicht kaum zu einem zufrieden stellenden Ergebnis führen kann.

Die Richter hielten auch fest, dass bereits eine verbindliche mündliche Zusage eines Patienten als Verfügung angesehen werden kann. Der Nachweis, dass solch ein Gespräch geführt wurde, wird in den seltensten Fällen vorgezeigt werden können. Und auch die Gewissheit, ob sich ein Mensch bei seinen Äußerungen in einem Zustand befindet, der als rechtlich verbindlich betrachtet werden kann, ist nach Ermessen auslegbar. Das Justizministerium sieht keinen Handlungsbedarf, diese Grauzonen nochmals deutlicher zu definieren. Und macht damit den Weg frei für Deutung, Interpretation und Abwägung über das Leben eines Menschen.

Unbestritten scheint auch, dass über das Thema Sterbehilfe diskutiert werden muss. Natürlich sind solche Debatten notwendig, wenn wir uns in einem Zeitalter befinden, in welchem uns die Technik ermöglicht, selbst „Herr“ über Anfang und Ende des menschlichen irdischen Daseins zu spielen – so meinen es die Befürworter.

Gleichzeitig müsste man auch fragen: Offenkundig ist das Vertrauen der wissenschaftlich Vernarrten in ihre Erfolge doch nicht so groß, dass sie in Erwägung ziehen, sich auch über folgenden Gedankengang bewusst zu werden: Ein Patient, der aus medizinischer Sicht heute als nicht heilbar gilt, kann – bei zunehmenden Möglichkeiten und Entwicklungen – vielleicht nächstes Jahr als rehabilitierbar angesehen werden.

Doch dann könnte es zu spät sein: Der Griff zum Schalter der Atemmaschine war vielleicht bereits getätigt worden – so, wie es der Patient „verfügt“ hat.

Klar scheint eines: Alle Entscheidungen in die Richtung von stärkerer Freiheit für den Menschen entfernen sich von dem Vertrauen in einen Tod, der nicht durch uns selbst bestimmt wird. Leid, das heute schnell als unerträglich und als nicht zumutbar betrachtet wird, verführt zu voreiligen Entschlüssen, einem Schöpferwillen zuvor zu kommen.

Wie kann es ein liebender Gott zulassen, dass ein Mensch in seinem hilflosen Zustand länger durchhalten muss? Die Anschuldigungen an denjenigen, der das Leben gegeben hat, werden groß, wenn er dieses Leben nicht zu einem Zeitpunkt beendet, an dem es uns für sinnvoll erscheint.

Dass der Mensch den Absichten Gottes aber nicht so einfach in die Karten schauen kann, wie er es bei seinem medizinischen Vorankommen in Wissenschaft und Forschung erhofft, wird dabei außer Acht gelassen. Nein, wir können in so vielen für uns nicht nachvollziehbaren Momenten kaum begreifen, welche Absicht Gott damit verfolgt.

Wer Sterbehilfe zulässt, muss sich nicht nur bewusst werden, dass sein Handeln auf den irdisch und für unser Denken rationell eingegengten Horizont und dessen engen Spielraum an Möglichkeiten beruht. Er muss sich auch verdeutlichen, dass sein Tun dem eigenen Streben nach der Vollkommenheit des menschlichen Einflusses widerspricht. Und nicht zuletzt bleibt anzumerken:

Sterbehilfe mag vielleicht dem von Entmutigung und Hoffnungslosigkeit geprägten menschlichen Willen entsprechen, durchkreuzt möglicherweise aber vorzeitig den Willen Gottes – und damit einen in sich, und für uns manches Mal Kopfschütteln auslösenden Plan, der nicht nur Wendungen und Überraschungen, sondern stets auch ein Geheimnis in sich birgt, welches wir durch unser Großmachen unserer Freiheit dann nicht mehr erleben dürfen. Mit Sterbehilfe stirbt nicht nur ein Leben, sondern auch die Hoffnung auf das Unerwartete.

„Sterbehilfe macht kein ‚humanes Sterben‘ möglich!“
(2015)

Der Sprecher der „Humanistischen Alternative Bodensee“ (HABO), Dennis Riehle, hat den Gesetzentwurf der CDU-Abgeordneten Hüppe, Sensburg u.a. begrüßt, der als einziger einer Prüfung des „Wissenschaftlichen Dienstes“ des Bundestags auf seine Verfassungsmäßigkeit standhielt.

„Für mich ermöglicht die Sterbehilfe kein ‚humanes Sterben‘!“, so der 30-Jährige als Reaktion auf Aussagen nach dem Ergebnis aus Berlin, das drei Vorlagen für das Regeln der Sterbehilfe als nicht mit dem Grundgesetz vereinbar eingestuft hatte.

So hatten sich unter anderem humanistische Verbände für eine teils sehr breite Legalisierung der Sterbehilfe ausgesprochen und sich für die Entwürfe der Abgeordneten Hintze, Brand und Sitte (sowie jeweils weitere) eingesetzt.

„Ich gehe mit meinen Kollegen in humanistischen Organisationen über weite Teile ihrer Argumentation vollkommen konform: Sterben muss in Deutschland würdig gestaltet werden. Dazu gehören die Palliativmedizin und alle Formen der Unterstützung, die ein Mensch am Ende seines Lebens braucht, um nicht leiden zu müssen. Keiner kann verlangen, dass wir den Prozess des Sterbens auch nur in Teilen unter Qualen zu ertragen haben. Doch wenn ich mich meinem humanistischen Bekenntnis verpflichtet sehe, dann steht für mich die ‚Mitmenschlichkeit‘ als Doktrin im Mittelpunkt. Dort, wo eine außenstehende Person aktiv in ein Geschehen eingreift, bleibt zwangsläufig jedoch ein Makel. Man möchte niemandem unterstellen, mit Sterbehilfe töten zu wollen. Schlussendlich kann aber der Antrieb hierzu nur eine falsch verstandene Gnade sein. Gerade Humanisten, die den lebensbejahenden Gedanken unmittelbar in ihre Lehre stellen, sollten erkennen, dass das Verständnis, jemanden durch Sterbehilfe zu ‚erlösen‘, nur der Beruhigung von eigenen Schuldvorwürfen dienen kann. Es gibt wenige Ausnahmen, in denen unser ‚Mitleiden‘ tatsächlich mit einer ehrlich gemeinte Barmherzigkeit konform geht. Dann ist es unsere eigene Hilfslosigkeit, aus der heraus wir agieren. Genau für diesen Moment sieht der Gesetzentwurf von Sensburg u.a. auch weiterhin die Straffreiheit vor: Das Unterlassen von lebensverlängernden Maßnahmen bleibt demnach ohne rechtliche Folgen. Denn während beim Sterbehelfen die tätige Einflussnahme auf den Beginn des Sterbeprozesses erfolgt, ist die passive Sterbebegleitung in ihrer Beabsichtigung auf tatsächliche Humanität gerichtet: Sie kehrt das Entschlafen zurück in die biologischen Abläufe und stärkt die Fürsorge, nicht das sich Abwenden vom Leben“, erklärt Riehle seine Haltung.

Für ihn ist daneben nicht nur die fehlende Abgrenzbarkeit zwischen assistierter, passiver oder aktiver Sterbehilfe beziehungsweise die unmögliche Definition der Personengruppen, die sie leisten dürfen, Grund für die Ablehnung der drei Entwürfe, die der „Wissenschaftliche Dienst“ bemängelt hat. Auch, dass eine Differenzierung des jeweiligen Motivs, weshalb Sterbehilfe betrieben wird, keinesfalls erreicht werden kann, gibt nicht den Ausschlag: „Es ist vielmehr die Überzeugung, dass über den Weg jeglicher Form von Sterbehilfe niemals der tatsächlich subjektive und momentane Wille des Patienten über sein Leben berücksichtigt werden kann. ‚Humanistisch‘ bedeutet für mich aber die Zentrierung auf den Menschen – und eben auf den betroffenen Menschen. Ja, auch ich sehe die Freiheit des Einzelnen, seine Unantastbarkeit und Integrität als höchstes Gut.

Und gerade daher läuft die Sterbehilfe diesem Gedanken zuwider. Denn egal, wie Sterbehilfe abläuft: Wir geben damit Verantwortung an einen Außenstehenden ab, bei dem wir letztlich nicht wissen können, von welchen Beweggründen er geleitet ist. Er bleibt ungewollt oder aber willentlich von der Aussage des Patienten abhängig, die in einer Verfügung zu einem Zeitpunkt getroffen wurde, in welchem nur eine Entscheidung auf theoretischer Projektion möglich war. Oder der Sterbehelfende ist auf die Artikulation eines todkranken Nächsten angewiesen, der nicht mehr objektiv über sich urteilen kann. Im schlimmsten Fall bleibt sogar das alleinige Ermessen des Helfers, das wohl selbst im wohlwollendsten Falle nicht den Willen des Betroffenen garantieren kann“.

Der HABO-Sprecher sieht die Diskussion um die Sterbehilfe generell von einem unreflektierten Zeitgeist überschattet:

„Die Annahme, wonach wir alles umsetzen sollten, was uns durch Fortschritt, Wissenschaft und Moderne möglich ist, schwächt das stets notwendige Abwägen von praktischer Machbarkeit und ethischem Pflichtgefühl. Wir ringen nicht mehr um unsere Werte, sondern geben sie der Beliebigkeit preis. Dieses ‚Ich‘-Denken ist eine Ausübung von Macht und Anmaßung gegenüber denen, die für uns als potenziell uneigenständig gelten.

Das Bestimmen durch Dritte, wann eine Existenz tatsächlich lebenswert ist, hat weder bei der Selektion von Menschen und deren Merkmalen bereits vor der Geburt, noch bei der Feststellung, wann der Tod kommen darf, etwas mit Humanismus zu tun“, fasst Riehle abschließend zusammen.

<p>Kniefall vor dem Transhumanismus (2016) <i>Ist der Mensch sich selbst ausgeliefert?</i></p>
--

Transhumanismus – derzeit scheint die Begrifflichkeit mehr denn je präsent. Für- und Gegensprache zu einer Ideologie, in deren Realität und gleichsam Existenz manch ein Vertreter die Welt bereits heute sieht.

Und andere Anhänger sind überzeugt, dass wir um ihre vollkommene Entfaltung gar nicht umhinkommen werden.

Mich stört in dieser Auseinandersetzung besonders die offenkundig ohnmächtige Unterordnung der Verfechter eines Transhumanismus unter seine schiere Unabänderlichkeit.

Die Vision, wonach sich der Mensch durch seine Fähigkeiten über seine bisherigen, naturgesetzlichen Grenzen hinaus fortentwickeln kann und dabei mithilfe von Technik, Fortschritt und Moderne zum mächtigsten Akteur im Rahmen seines durch die Vernunft limitierten Universums wird, löst sich ab von klassisch humanistischen Denkweisen.

Dass wir in einer Welt leben, in der das Bemühen um das Erreichen von Wunschbildern schon seit langem Einzug hält, wird keiner bestreiten können. Doch die Darstellungen der losgestoßenen Dynamik, als habe sich die transhumanistische Weltanschauung bereits verselbstständigt und wir können nichts mehr dagegen unternehmen, ist aus meiner Sicht nicht haltbar. Die Auffassung, wonach wir ihr praktisch unterworfen sind und sie deshalb ungefragt annehmen müssen, widerspricht eigentlich dem Grundgedanken des Transhumanismus selbst. Dort, wo wir die menschliche Einflussnahme als derart universell ansehen, führt sich eine Überzeugung doch ad absurdum, wenn sie dem eigenen Impetus ausgeliefert ist.

Die Frage ist viel eher die des Willens: Wollen wir eine transhumanistische Lebensweise - und eben eine solche, die nichts mit den bislang noch milden Auswirkungen zu tun hat, die wir in Individualisierung, Entsolidarisierung und Digitalisierung schon heute sehen? Es geht um das, was für viele von uns aus augenblicklicher Sicht unreal zu wirken scheint: das Überführen des Menschen in seine "Vollendung", in seine Unantastbarkeit, in seine Stereotypisierung. Natürlich hatte auch Einstein vor 100 Jahren nicht daran geglaubt, dass seine Relativitätstheorie durch den Nachweis von Gravitationswellen jemals - und schon gar nicht im Jahr 2016 - gelingen würde.

Selbstredend entwickeln sich Forschung und Wissenschaft mit einer ungeahnten Geschwindigkeit. Doch wer steuert sie? Werden wir gezwungen, uns zu idealisieren? Sind nicht wir es, die im gemeinsamen Konsens gerade dazu verpflichtet sind, die Macht des Menschen verantwortungsvoll auszugestalten?

Ja, darin sehe ich die Gefahr des transhumanistischen Denkens: Diejenigen, die an der Quelle des Wissens sitzen, lenken die menschlichen Geschicke. Wir können das - wie den Lobbyismus der Globalisierung - als unabänderlich akzeptieren oder uns wieder darauf besinnen, dass unser Erdball nur schwer funktioniert, wenn wir uns nicht auf ein Mindestmaß an Werten verständigen. Und das kann und muss nach meiner Auffassung auch bedeuten, uns selbst zu regulieren. Vielleicht geschieht es wie an den Börsen, die ebenfalls keinen dauerhaften Aufschwung kennt, sondern sich vor Überhitzung schützt...

Überdies will ich mich nicht auf eine philosophische Debatte einlassen, in der ich wahrscheinlich ohnehin verlieren würde. Denn moralische Argumente sind meist wirkungslos gegen Vernunft, wenngleich ich mich frage, ob wir denn in einem ausgedehnten Transhumanismus überhaupt noch eine Ethik brauchen würden.

Solch eine Vorstellung schaudert mich, ist aber eine persönliche Empfindung, die in der Auseinandersetzung kein Gewicht haben darf. Mich irritiert in den Diskussionen viel eher die zumeist von Außenstehenden verbreitete Meinung, Krankheit oder Behinderung gehe unmittelbar mit Plagen, Qual und Schaden einher. Ich weiß es nicht, aber kann ein Leben ohne Tiefen erstrebenswert sein?

Wir könnten einerseits davon ausgehen, dass Krankheiten und "Handicaps" das Ergebnis einer entgleisten Evolution sind, die der Mensch mit seinem Können nicht nur auszugleichen vermag, sondern gar in ihren Auswirkungen vorhersehen und vermeiden kann.

Doch auch, wenn ich kein Utopist bin, frage ich mich dann: Wenn wir die Fähigkeiten des Menschen derart hoch ansetzen, weshalb verhindern wir dann nicht zuerst einmal das Leid, das wir selbst verursachen, in Gewalt oder Krieg beispielsweise?

Denn andererseits möchte ich in den Raum werfen, ob Erkrankungen und Behinderungen in gewissem Maße nicht auch ihren Sinn haben? Wir neigen heute rasch dazu, gesundheitliche Leiden um jeden Preis zu bekämpfen, weil wir sie als unmenschlich ansehen - das beginnt schon beim Schwangerschaftsabbruch und endet in der Sterbehilfe.

Doch woher nehmen wir Fertigkeiten wie Einfühlungsvermögen, Sensibilität, Empathie, Verständnis und Mitgefühl, wenn wir keinerlei Möglichkeit mehr haben, diese auch zu erlernen - eben beispielsweise durch die Erfahrung des Leidens?

Fragt man viele Betroffene auch von schweren Erkrankungen, so zeichnen sie ihre Situation weitaus weniger dramatisch, als ihnen ihre Umwelt dies in den Mund legen will. Blicke ich auf meine eigenen, genetisch bedingten, nicht heilbaren Beeinträchtigungen, so ergeht es mir ähnlich: Dieses "Das ist aber schlimm..." von jenen, die meist vor Gesundheit strotzen, empört mich.

Gerade in Psychotherapien werden Patienten oftmals gefragt, wie es denn ohne Krankheit wäre. Und natürlich wünschen sich die meisten, dass es ihnen besser gehen würde. Aber vollständig auf eine Form von Leiden zu verzichten, das will dann kaum jemand.

Denn die Feststellung, aus den Tiefen des Lebens eben auch erwachsen herauszugehen, ist keine weise Floskel, sondern ein Erlebnis, das selbst die nicht missen wollen, die wirklich geprüft wurden. Es ist unbestritten, dass ich mir Hilfe wünsche für jeden Kranken und behinderten Menschen. Auch ich bin dankbar dafür, dass sie mir zuteilwird. Doch bedeutet ein Streben nach dem Perfekten nicht gleichsam, ein Ideal zu schaffen, dessen Einseitigkeit uns die Existenz auf dieser Welt nicht leichter, sondern gar langweiliger und inhumaner machen würde?

„Das wird dann einfach abgesaugt“
– der Wendepunkt meiner Wertvorstellungen... (2017)

Es war in der Mittelstufe. Wie ist das eigentlich mit dem menschlichen Leben? Eine große Frage stellten wir uns da. Über Wochen beleuchteten wir im Religionsunterricht aus verschiedenen Perspektiven, was denn nun die Würde des Menschen so ausmacht. Von der Geburt bis zum Tod. Für die meisten Mitschüler in meiner Klasse waren die Themen „Abtreibung“ oder „Sterbebegleitung“ bis dahin nie ein Thema. Und wenn, dann war es doch die Entscheidung der Frau, die Schwangerschaft zu beenden – oder die des kranken Mannes, der nicht länger unter Schmerzen dahin vegetieren wollte.

Während im Laufe der Zeit die meisten Klassenkollegen zu der Einsicht kamen, dass man einen Sterbewilligen nicht so einfach in den Tod entlassen dürfe, ihm vor allem nicht helfen könne beim Sterben, blieb es beim Schwangerschaftsabbruch doch bei dem Standpunkt, dass es das Recht der Frau sei, was sie mit ihrem Bauch mache.

Dass es ja nicht zufällig dazu gekommen ist, schwanger zu sein, das interessierte niemanden. Denn es war Konsens: Die Selbstbestimmung der Frau überwiegt das Recht auf Leben eines Fötus, von dem man ja nicht einmal weiß, was er von alledem mitbekommen wird, was wir da draußen so debattieren – behaupteten zumindest meine Mitschüler.

Und heute muss ich zu meiner Schande gestehen, auch ich befasste mich viel zu wenig mit solch ethischen Fragen, glaubte diesem Biologielehrer auf dem Pausenhof, der auch eher „zeitgemäß“ daherkam, wie mein Sitznachbar es formulierte, und daher eine „Mainstream“-Meinung in Zeiten der Emanzipation vertrat.

Er relativierte, was denn so ein heranwachsendes Kind fühlen könne. Der Embryo, den er uns anhand einer Figur zeigte, berührte unsere Emotionen wohl eher als die seinigen.

Unser Religionslehrer entschied sich, daraufhin eine Vertreterin einer Beratungsorganisation einzuladen. Vom dahinter stehenden Verein war bekannt, dass man eher den Feminismus befördere, aber sicher nicht darüber nachdenken wollte, ob eine Frau überhaupt das Recht haben kann, ihr Kind „wegzumachen“.

Mit diesem Begriff ließ sie uns aufhorchen, als sie zum Unterrichtsbesuch kam. Wovon sprechen wir da eigentlich? Da geht es doch nicht um eine Krankheit, die man loswerden will – oder Sondermüll, der schnellstmöglich fortgeschafft werden muss. Ich erinnere mich, wie wir Schüler uns zunächst etwas verschrocken ansahen. Die Farbe des Kopfes unseres Religionslehrers verfärbte sich in ein helles Rot, noch hielt er sich aber zurück. Ganz selbstverständlich fuhr die Dame fort, wie denn so eine Abtreibung aussehe. „Ihr müsst euch das wie bei einem Staubsauger vorstellen“, begann sie ihren nächsten Satz.

Wie bei einem technischen Gerät schilderte sie die Beendigung eines heranwachsenden Lebens, um zur Feststellung zu gelangen: „Das geht recht einfach und schnell, das ist heute keine große Sache mehr“. Unser Lehrer sprang auf, mit einem hochroten Kopf schlug er seine Tasche vom Pult, seine Schlagadern waren nach außen getreten und mit einem noch nie dagewesenen Zorn fuhr es ihm heraus, was ihr denn einfallen, so über einen Menschen zu sprechen.

„Aber das ist doch lediglich ein Zellknäuel“, entgegnete sie. „Woher wissen Sie das?“, schaukelte sich die Auseinandersetzung hoch. „Ansonsten dürften wir doch gar nicht abtreiben“, meinte die Frau. „Doch, weil es der Gesetzgeber in Deutschland erlaubt“. Die Stunde war zu Ende – und wir blieben irgendwie hilflos zurück im Dilemma, wer denn nun recht hatte.

Es war diese Unterrichtsstunde, die mich in Wertefragen von einem „liberal“ denkenden Christen zu einem „konservativen“ machte. Denn ich war offenbar einer der wenigen Schüler, denen diese Erfahrung eine Lehre war.

Wie leichtfertig sprechen Personen, die davon überzeugt sind, mit einem Schwangerschaftsabbruch auch noch etwas Gutes zu tun, vom menschlichen Leben? Haben sie sich je Gedanken darüber gemacht, was passieren würde, wenn sich solch eine Sichtweise durchsetzt? Wären wir nicht längst ausgestorben, weil wir manche Befindlichkeit zu einem bestimmten Zeitpunkt wichtiger gewertet haben als den Weitblick dafür, dass wir nicht alleine sind mit der zweifelsohne großen Verantwortung, Eltern zu werden?

Ja, man mag mir heute vorwerfen, ich hätte als Mann keinerlei Gefühle für die Nöte der Frauen. Doch tut man nicht nur mir damit unrecht. Denn meine Sorge um die, die mitten im Job stecken, noch nicht einmal eine Ausbildung begonnen haben, von Sozialleistungen leben oder gar in eigener Krankheit den Alltag nicht mehr bewältigen können und dann mit der Herausforderung einer Schwangerschaft konfrontiert sind, ist groß.

Sie ist größer als irgendein Kümmern derjenigen, die ohne langes Überlegen an Abtreibung denken – und damit meinen, ein „Problem“ schnell zu lösen. Wie grausam kann ein Denken sein, wie emotionslos ein Handeln, das nur darauf aus ist, das eigene Wohl zu bewahren – und dabei über den Tod hinwegzugehen, das Sterben eines heranwachsenden Babys als „Kollateralschaden“ in Kauf zu nehmen:

Schwangerschaftsabbrüche waren seit jeher ein Ausdruck von Egoismus, und Beratungen, die nur das Ziel hatten, zügig einen entsprechenden Schein auszustellen, verhöhnen die wirklichen Probleme von Mädchen, von Frauen. Denn mit einer Abtreibung ist überhaupt nichts gut. Im Gegenteil: In fast allen Fällen wird es noch viel schlimmer.

Tiefe Schuldgefühle und der Vorwurf der Gewissenlosigkeit holen diejenigen ein, die eigentlich Mütter hätten werden sollen - aber nur darauf gehört haben, was ihr Kopf sagt. Lange fragte ich mich, ob es überhaupt eine Situation geben kann, in der ein Schwangerschaftsabbruch „gerechtfertigt“ ist. Bis heute ringe ich mit mir, wie es im Falle einer Vergewaltigung aussehen kann. Wir sagen oft, dass es ja nicht die Schuld des Kindes sei. Doch kann ich in diesem – und nur in diesem – speziellen Moment zumindest verstehen, dass Frauen aus gutem Grunde größte Schwierigkeiten damit haben, ihr Baby auszutragen.

Alle anderen Unwegsamkeiten lassen sich bewältigen – ob wir uns nun völlig überfordert sehen, weil wir selbst noch Kind sind, weil wir scheinbar kein Geld haben, um das Kleine durchzufüttern, oder weil der Vater sich auf und davon gemacht hat und wir meinen, nun ohne Hilfe klarkommen zu müssen. Die eigentliche Aufgabe von Beratungsstellen wäre es, für all diese Lebensprobleme Hilfestellungen aufzuzeigen. Es ist ein Skandal, dass wir heute zum Schwangerschaftsabbruch beraten werden, ohne ausreichend über Alternativen dazu informiert zu werden, die das Leben schützen. Dass das so ist, erfahre ich in meiner eigenen Beratungspraxis regelmäßig neu.

Da berichten mir Frauen nicht selten unter Tränen, dass sie abgetrieben haben – und meinten, dies in bestem Wissen und Gewissen getan zu haben. Denn sie ließen sich ordnungsgemäß „coachen“, erfuhren aber kaum etwas darüber, welche seelischen Konsequenzen ein Schwangerschaftsabbruch mit sich bringen kann und dass es doch noch Möglichkeiten gegeben hätte, das Kind „durchzubringen“.

Pflegeeltern oder Adoption sind dabei nur die letzten Wege. Wie oft hilft bereits die Sicherheit, die durch entsprechende soziale Leistungen, Unterstützungsmaßnahmen des Staates, des Engagements der Zivilgesellschaft gegeben werden kann. Eine fatale Einschätzung von werdenden Müttern ist heute, sie seien vor und nach der Geburt alleine. Ja, in einer sich wandelnden Gesellschaft, in der die Anonymisierung voranschreitet und der Narzissmus sich bahnbreitet, muss man befürchten, dass sich niemand dafür interessiert, wenn wir „abstürzen“. Das sollte uns zu denken geben...

Und in aller Diskussion um die Zwänge der heutigen Wohlstandsgesellschaft vergessen wir die banale Freude über das Leben. Jede Mutter, die abtreibt, wird nicht diesen wunderbaren Augenblick genießen können, in dem ein Neugeborenes – ihr Neugeborenes – das Licht der Welt erstmalig sieht. Es ist ein Grund zum Jubeln, nicht die Angst darf uns reiten, wenn es um die Zukunft unseres Landes geht. Familienpolitisch haben viele Akteure der Vergangenheit versagt, weil sie gerade diese ansteckende Liebe zum Leben nicht vermitteln konnten. Weil Bürokratie die Emotionen verdrängt hat, die mit jedem neuen Kind auf diese Erde gebracht werden. Es sind Hilfemaßnahmen einerseits, vor- und nachgeburtliche Unterstützung andererseits, jedoch gleichsam auch Anreize und eine Stärkung unseres gemeinsamen Wertekanons, der Nachwuchs nicht länger als Belastung begreift, sondern ihn als das größte Geschenk überhaupt anpreist. Mir gehen diese Bilder noch nicht aus dem Kopf, von den Abtreibungen, die unzählig jeden Tag neu vollzogen werden, weil wir nicht eingegriffen haben – und sei es nur mit unserer Stimme im Wahllokal, für einen Lebensschutz, der diesen Namen auch verdient.

Denn wir alle tragen Verantwortung, Geschlechtsverkehr ist nichts für den alleinigen Spaß und das Befriedigen von Trieben. Wir sind zur Fortpflanzung geschaffen worden und wissen darum, dass mit dem Akt eine Verschmelzung von Eizelle und Spermium verbunden ist – und genau zu diesem Zeitpunkt ein neues Lebewesen entsteht. Die Idee eines neuen Lebens überträgt sich, das ist die Botschaft eines jeden Beischlafes. Und würden wir ihn nicht so stiefmütterlich zur reinen Maschinerie aus Gier und Lust verkommen lassen, wüssten wir auch, welche Pflichten uns übergeben werden. Sex ist nichts für jede fünf Minuten, dafür ist er zu wertvoll. Und wüssten wir darum, bräuchten wir auch nicht ständig neue Verhütungsmethoden, die lediglich dazu dienen, unser Bewusstsein rein zu waschen von der Schuld der Auswüchse des „Verkehrs“.

Was legitim ist – und was eben nicht, das entscheidet jeder von uns mit seinem eigenen Ethos. Wir dürfen uns aber nicht beschweren, wenn uns das Mögliche letztendlich einholt und das Sinnvolle überholt. Denn nur, weil wir Kinder heute abtreiben können, heißt das noch lange nicht, dass wir das auch sollten. Eine Welt, in der es für den Menschen keine Grenzen mehr gibt, wird zu einer Bedrohung für ihn selbst. Denn seine Sündhaftigkeit kehrt dann zurück wie der Bumerang, der sich verselbstständigt hat in der Beliebigkeit der verschiedenen Ansichten. Was heute selbstverständlich ist, das ist eben noch lange nicht gut. Und nur, weil der Mensch glaubt, er habe die Befugnis, über sich und die Welt bestimmen zu können, ergibt sich noch lange kein Recht darauf, über fremdes Leben zu herrschen. Wo ist unsere Gesellschaft schon heute, wenn es nur um die Frage des Bauches der Frau, aber nicht mehr darum geht, was in ihm heranwächst?

Auf den ersten Blick sind nicht alle Klientinnen dankbar, die sich in meine Beratungen begeben. Denn manches Mal bin ich vielleicht sogar zu ehrlich. Die meisten von ihnen haben aber bereits eine Karriere bei vielen Anlaufstellen hinter sich, immer wieder auch die Abtreibung.

Und nein, es darf nicht um Vorwürfe gehen, sondern um die Aufklärung, dass es künftig andere Auswege gibt, auch wenn alles um uns herum für einen Moment so aussichtslos erscheint. Das nächste Kind wird seiner Mutter dankbar sein, leben zu dürfen. Und für das, das diese Freude nicht erreichen konnte, gilt unsere Trauer. Ich kann die aufgestauten Schlagadern meines früheren Religionslehrers heute nicht nur verstehen, ich verteidige sie auch. Denn es macht wütend, wenn wir eine Ignoranz erfahren müssen, die sich abhebt von jeglicher Rechtfertigung für das Selbstbestimmungsrecht der Frau, gespeist aus der persönlichen Unzufriedenheit mit Benachteiligung oder Ausgrenzung, mit dem Gefühl, ständig „diskriminiert“ zu werden. Überall dort, wo Abtreibung als eine Chance gesehen wird, kommt die Einsicht zu spät, dass wir eben doch nur Gast hier sind – und dass nicht nur (das) „Ich“ überleben möchte...

Leserbrief: Schirmherrschaft der Prälatin am CSD (2017)

Müssen Geistliche eine Parade unterstützen, die ersichtlich vielen Werten des christlichen Glaubens zuwiderläuft? Ich bin homosexuell, aber ich würde nie von einem Pfarrer, einer Prälatin oder einem Bischof verlangen, dass er sich wohlwollend zum CSD äußert – ich tue es auch nicht.

Denn dort geht es nicht mehr um das, was einst gefordert wurde: Es geht nicht um die Gleichberechtigung, es geht allein um Macht. Der Wunsch, die Erwartung, man müsse als Schwuler oder Lesbe in Deutschland mehr fordern dürfen als Andere, verträgt sich nicht mit einem christlichen Menschenbild, das jeden gleich ansieht.

Die Selbstverständlichkeit, auf immer neue Rechte zu dringen, die eine durch Selbstmitleid auffallende „Community“ vorbringt, deren Repräsentanz sich sicher nicht durch die Teilnehmerzahl und deren Auftritten beim „Christopher Street Day“ messen lässt, ist eine Anbiederung. Ich bin sofort für eine Demonstration zu haben, bei der es darum geht, jedem Individuum seine Würde zuzusprechen. Ob hetero-, homo-, bi- oder transsexuell, das spielt dabei keine Rolle. Denn die Annahme als ein Wesen Gottes, sie obliegt mir nicht nur aufgrund der Lehre, sondern vor allem wegen meiner Überzeugung des Wertes von jedem Einzelnen als Teil der Schöpfung.

Aber nein, es ist kein Protest mehr für Anerkennung, sondern die Erpressung der Gesellschaft, einen Lebensentwurf billigen zu müssen, der nicht herausfordert, sondern jede Moral ad absurdum führt.

Die Sexualisierung des Seins, wie sie auf dem CSD heutzutage plakativ zur Schau getragen wird, sie ist eine bewusste Zumutung für die, die sich nicht nur ob ihres Christseins an der Perversion der Liebe stören. Denn wer die schwul-lesbische „Welt“ kennt, der weiß um erbarmungslose Durchsetzung von respektlosen Oberflächlichkeiten ohne Rücksicht auf die Nebenwirkungen.

Auf mich wirkte es animalisch, ohne Geist und Verstand, manch Praktik, die so narzisstisch daherkam wie die Verherrlichung der sexuellen Orientierung selbst.

Nein, viele Homosexuelle wollen eben gerade nicht Teil unseres Miteinanders sein, sondern sich derart offensichtlich abgrenzen, dass auch Theologen auffallen müsste, wie fern deren Ansinnen von dem ist, was wir als verantwortungsvolle und „Mainstream-freie“, besonders im Lutherjahr auf die Wurzeln unseres Glaubens bekennende Christen vertreten.

Was ist eigentlich eine „LSBTI – Lebensweise“? (2016)
Kritik an schwul-lesbischer Abgrenzungstendenz...

Wie lebt eigentlich ein Homosexueller? Wie ein Transsexueller? Ein Intersexueller? Anders als ein Heterosexueller? Klar, in Bezug auf ihre sexuelle Orientierung, auf ihre Identität unterscheiden sich ihre Lebensweisen. Aber darüber hinaus auch? Als ich kürzlich eine Pressemitteilung des Lebens- und Schwulenverbandes (LSVD) las, fragte ich mich, was damit gemeint sein soll: In Integrationskursen müsste Flüchtlingen die „Lebenswirklichkeit“ der LSBTI vermittelt werden.

Ich selbst war mir als Schwuler zunächst unsicher: Sieht denn meine Lebensweise wirklich anders aus? Ein Heterosexueller wäscht sich morgens (wahrscheinlich) – ich auch. Er besucht die Toilette – ich auch. Er trinkt vielleicht Tee – ich dagegen Kaffee.

Danach geht er möglicherweise zum Arbeiten, hört dabei Musik und hat sich vorher mehr oder weniger „stylish“ gekleidet. Kann sein, dass ich nicht der „typisch“ Schwule bin und keine entsprechenden Vorurteile erfülle – aber ich kaufe meine Klamotten dort, wo sie auch meine heterosexuellen Freunde finden. Und abends: Ja, da mag der eine in eine Bar gehen – ich gehe ebenfalls da hin. Ein anderer Schwuler sucht dagegen eher das „Szene“-Lokal auf.

Aber leitet sich daraus schon ab, dass wir eine unterschiedliche Lebensweise hätten? Mich persönlich stört diese Abgrenzung. Nein, ich führe kein anderes Leben, nur, weil ich eben homosexuell bin. Und ich möchte auch ehrlicherweise gar nicht anders leben als ein Heterosexueller. Denn zunächst einmal bin ich doch Mensch. Und natürlich: Wenn es um die Frage geht, Asylsuchenden aus fremden Kulturkreisen zu verdeutlichen, dass es bei uns zur Selbstverständlichkeit – zu unserem Grundgesetz – gehört, dass hier eben auch Schwule und Lesben genauso unbehelligt leben dürfen wie Atheisten, wie behinderte Menschen, wie Blonde oder Linkshänder, dann muss ihnen das vermittelt werden. Das hat etwas mit demokratischem Verständnis zu tun, mit Staatsordnung oder Weltanschauung, mit Ideologie und Überzeugung. Bei uns ist jeder gleich, was nicht bedeutet, dass wir nicht unser Leben individuell gestalten können. Im Gegenteil: Die Vielfalt ist hierzulande zumindest theoretisch durch unsere Verfassung geschützt. Aber genau daher ist es doch für jedwede Form von Integration – ob nun die von Homosexuellen oder Flüchtlingen genauso wie von homosexuellen Flüchtlingen – in die Mitte unserer Gesellschaft kontraproduktiv, wenn nun gerade wir selbst beginnen, unsere „Lebensweisen“ voneinander abgrenzen zu wollen!

Die Botschaft an diejenigen, die neu in unser Land kommen, ist wie die an unsere eigene Bevölkerung dieselbe: Jeder hat bei uns das Recht, im Rahmen von Gesetzen nach seiner Façon zu leben.

Hierzu brauche ich keine Differenzierung der Lebenswirklichkeiten – denn damit, dass die Würde eines jeden in unserem Land unantastbar ist, ist eigentlich alles gesagt.

Dass ein Mensch im Rollstuhl in seinem Alltag anderen Herausforderungen gegenübersteht und ihn entsprechend anders zu orientieren und zu meistern hat als ein Spitzensportler auf zwei Beinen, das ist Realität.

Das höchste Gut bei uns ist es, dass wir Lebensentwürfe, Lebensverläufe und Schicksale nicht werten, um zu dem Schluss zu kommen, dass jeder von ihnen wert-voll ist. Diskriminierung entsteht nicht durch das Betonen von Einheit, sondern durch das Hervorheben des Trennenden.

Deshalb darf es nicht Ziel in unserer Gesellschaft sein, diese noch weiter aufzusplitten. Wir dürfen Unterschiede nicht verschweigen, wir dürfen sie aber auch nicht für Eigeninteressen missbrauchen. Denn so könnte jeder Lobbyverband von Minderheiten entsprechend einbringen, wonach die „Lebensweise“ seiner Klientel besonderer Berücksichtigung bedürfe. Doch die Existenz der Pluralität von „Lebenswirklichkeiten“ sollte nicht demonstrativ „gelehrt“ und in Kursen verordnet werden – daran müssten dann nämlich auch viele Deutsche teilnehmen.

Wer die eigene „Kultur“ über Gebühr hin akzentuiert, pocht nicht auf die natürlichen Divergenzen, sondern demonstriert Überheblichkeit. Daher hege ich schon seit jeher ein Unbehagen, wenn ich von schwul-lesbischer „Szene“, „Bewegung“ oder gar „Welt“ lese. Wird einerseits auf Paraden für Anerkennung protestiert, zementieren viele Mitwirkende durch ihr bewusst auffallendes Verhalten Vorurteile, das eher auf Provokation und Segregation statt auf eine Form von gleichberechtigter Teilhabe ausgerichtet ist.

Ob diese „Lebensweise“ allerdings charakteristisch ist und nicht ihrerseits wiederum Homosexuelle ausgrenzt, die das Darbieten nackter Oberkörper, diverser Sexspielzeuge und bunter Verkleidungen in der Öffentlichkeit eben nicht als Lebenswirklichkeit von Lesben und Schwulen ansehen, will ich bezweifeln. Ein Paradoxon aus dem Kampf zwischen betonter Andersheit und Partizipation, das auch immer dann zutage tritt, wenn bestimmte Interessengemeinschaften – wie aktuell – darauf hinweisen wollen, sie nicht zu vergessen. Wahrnehmung und Aufmerksamkeit müssen aber zwangsläufig nicht zu mehr Würdigung, Akzeptanz oder auch Berücksichtigung führen, im Gegenteil. Ich Sorge mich eher darum, dass das beständige „Wir sind auch noch da...“ eher selektive Wirkung als integrative besitzt – denn es hat stets etwas von gewissem Selbstmitleid. In Zeiten, in denen wir vor der Aufgabe stehen, viele Gruppierungen immer wieder neu zu einem Kollektiv zu verschmelzen, ohne dabei Eigenheiten aufgeben zu müssen, ist es wahrlich nicht hilfreich, Eigenbrötlererei zu betreiben. Das müsste auch der schwul-lesbischen „Community“ bewusst sein, die Verantwortung zeigen statt selbstgerechte Egoismen verbreiten sollte. Ein Befördern von Parallelgesellschaften hat nie zum Ziel geführt – und gerade heute ist es leichtfertig...

Lobbyarbeit der „schwul-lesbischen Bewegung“ (2016)
Brief an den baden-württembergischen Ministerpräsidenten

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich festhalten, dass ich mich selbst als homosexuell bezeichne – um damit etwaigen Entgegenhaltungen vorzugreifen, ich wisse nicht, wovon ich spreche.

In der laufenden Legislaturperiode hat die grün-rote Landesregierung ganz erhebliche Bemühungen angestrengt, um die Gleichstellung homo-, bi- und transsexueller Menschen in Baden-Württemberg voranzubringen.

Ihr wesentlicher Schwerpunkt lag dabei unter anderem auf der Schulpolitik – nicht zuletzt der umstrittene „Bildungsplan“, der sich für die Thematisierung sexueller Vielfalt im Unterricht und den Lehrmaterialien sowie ein insgesamt toleranteres Klima einsetzt, belegen dies eindeutig. Auch aktuell steht das Land mit anderen ganz vorne, um einen Antrag an den Bundesrat zu formulieren.

Denn dieser Tage befinden wir uns noch immer unter dem Eindruck der Bürgerinnen und Bürger in Irland, die sich in einer Volksabstimmung für die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe ausgesprochen haben. Wie Sie in Ihrer Eingabe an die Ländervertretung fordern, soll diese nun auch in der Bundesrepublik umgesetzt werden. Um allen gegenteiligen Mutmaßungen vorzubeugen: Menschenrechte sind nicht verhandelbar, beschränkbar oder teilbar. Daher ist für mich unumstritten:

Die sexuelle Orientierung eines Jeden genießt umfänglichen Respekt, Würde und Anerkennung. Wer in der derzeitigen Debatte mit anderslautenden Meinungen versucht, Stimmung zu erzeugen, kann sich meiner Unterstützung nicht gewiss sein. Denn bei allem Diskurs verhandeln wir nicht um die Integrität des Individuums mit seinen grundlegenden Rechten auf Selbstbestimmung. Daran gibt es nichts zu deuteln; dort endet der Spielraum einer jeden demokratischen Debatte.

Ich möchte meine Argumentation auf eine andere Ebene lenken: Verdeutlicht man sich die Gedanken, die sich die Verfasser des Grundgesetzes gemacht haben, bleibt aus meiner Sicht die Würdigung der „klassischen“ Ehe im Punkt des Artikels 6 ein Anliegen, das zwar nicht direkt unter der „Ewigkeitsklausel“ verankert ist, aber dennoch auch einer modernen, den „Zeitgeist“ überlebenden Phase trotzt. Die Bindung zwischen Mann und Frau scheint mir nicht nur aus sexueller (und damit gleichsam natürlicher) Sicht als eine einzigartige und hervorgehobene Harmonie privilegiert, sondern bleibt wohl auch die mehrheitliche Form des Zusammenlebens.

Entsprechend brauche ich weder eine biblische, noch andere moralische Grundlagen, um zu erkennen: Die Beschaffenheit der unterschiedlichen Geschlechter deutet auf ein besonderes Korrelat hin, schließlich krönt sich die heterosexuelle Ergänzung zweier Menschen abschließend auch in der Möglichkeit, Nachwuchs zu zeugen. Das ist zwar allesamt kein Grund, das gleichgeschlechtliche Miteinander abzuwerten – aber nicht jede Würdigung einer bestimmten Konstellation bedeutet gleichzeitig auch eine Diskriminierung anderer.

Obwohl – oder vielleicht auch gerade weil – ich homosexuell empfinde, gehört es für mich zu einer Selbstverständlichkeit, die heterosexuelle Verbindung als diejenige zu betrachten, die das Pendant darstellt, welches auch in der Evolution aus offenbar überdachtem Grunde überwiegt. Wir müssen nicht nur auf sexuelle Praktiken blicken, die uns offenbaren: Zwischen Mann und Frau schmiegelt sich ein Arrangement, das füreinander geschaffen scheint. Auch dies wiederum bedeutet nicht, dass man andere Formen der menschlichen Verknüpfung geringer schätzen sollte.

Doch mir bleibt in der derzeitigen Debatte unerschlossen, weshalb eine offenkundige Synthese nicht auch weiterhin den exklusiven Schutz genießen soll. Und sei es nur symbolisch: Die Hervorhebung der heterosexuellen Ehe muss auch fortan legitim sein – und eben nicht nur, weil sie Garant für die Fortentwicklung der Menschheit ist, sondern sich in ihrer gegenseitigen Fügung idealtypisch abhebt. Nein, homosexuelle Beziehungen sind keinesfalls unnormale. Es bleibt ohne Frage: Liebe ist nicht begrenzt. Sie funktioniert zwischen uns allen – und keine Form kann höher bewertet werden als die andere. Doch ich denke, in den öffentlichen Erörterungen vermengen wir so Manches. Es geht um die staatliche Förderung, um den besonderen Rechtsschutz der heterosexuellen Ehe, nicht um die gesellschaftliche Anerkennung der homosexuellen Liebe. Letztere ist von der politischen Auseinandersetzung völlig unberührt, da niemandem zusteht, sie zu erniedrigen. Mein Appell, die verschiedengeschlechtliche Ehe auch weiterhin unter exemplarische Obhut der Verfassung zu stellen, bedeutet gleichsam nicht, dass es keiner Änderungen in verschiedenen juristischen Fragestellungen bedürfe.

Denn es ist richtig: Dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, müssen sie unterstützt werden. Daher ist die Fortentwicklung der begonnenen Zuspreehung von mehr Anrechten und Pflichten der eingetragenen Lebenspartnerschaften zu begrüßen. Auch die grundgesetzlich ebenso behütete Familie kann aus meiner Sicht durchaus gleichsam außerhalb des bisherigen Bildes gelebt werden. Ob damit auch die Notwendigkeit der Zuerkennung vollständiger Adoptionsrechte für beide gleichgeschlechtlichen Partner abzuleiten ist, wage ich unter dem Umstand, dass die Zahl der zur Adoption bereit stehenden Kinder weit unter der liegt, die adoptieren möchte, allerdings zu bezweifeln.

Die Studienlage gibt mehrheitlich die Einschätzung her, wonach das Aufwachsen in einer homosexuellen Beziehung keinerlei negative Folgen für die Kleinen bedeutet. Untersuchungen zeigen aber auch, dass es einerseits Probleme gibt, den Zustand der sozialen Elternschaft durch zwei gleichgeschlechtliche Partner auf den der biologischen zu normieren (womit das Modell der „Patchwork“-Familie unberührt bleibt). Dies liegt nicht an äußeren Faktoren, wie vielfach vermutet, also nicht an Ausgrenzungstendenzen dieser Kinder durch das gesellschaftliche Umfeld. Viel eher bleiben verschiedene Grundbedürfnisse unbefriedigt, da ein entsprechend höherer Bedarf an Orientierung im frühen Alter Startchancen verzerrt. Fasst man meine Ausführung jedoch zusammen, braucht es nach meiner Auffassung im Sinne der wechselseitigen Übernahme von Pflichtgefühlen sowohl in steuerlichen, aber auch in bürgerlichen und sonstigen Rechten eine Besserstellung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft gegenüber Singles.

Auch Bindungen, in denen Kinder erzogen werden, haben Anspruch auf Vorzüge – entsprechend muss dies dann allerdings gleichwertig für unverheiratete und „neu zusammengesetzte“ heterosexuelle Paare gelten, denn es geht hierbei in erster Linie um die Kinder, weniger um ihre „Eltern“ (in welcher Definition auch immer). Unbestritten bleibt für mich jedoch, dass es einer übergeordneten Privilegierung von Müttern und Vätern bedarf, die Nachwuchs selbst zeugen. Wiederum bedeutet solch ein Schritt keinerlei Verurteilung von Alleinlebenden (zu denen ich selbst gehöre) oder kinderlosen Paaren (die oftmals vollkommen unfreiwillig auf Nachwuchs verzichten müssen); aber im Blick auf die Nachhaltigkeit unseren gesellschaftlichen Fortbestand und seine demografische Versorgung gehört es nach meinem Verständnis zur Normalität, denjenigen ausdrücklichen Dank in Form von öffentlicher Protektion zuzugestehen, die Kinder zur Welt bringen. Wir sollten uns vergegenwärtigen, dass spezifische Rechtsvorteile für bestimmte Personengruppen keine Diskriminierungen nach sich ziehen, solange es um einen Mehrwert geht, der keine existenziellen Nachteile für den Rest bedeutet. Entsprechend irritiert mich auch die stetig neu angebrachte Empörung von Interessenvertretern, die fortlaufend „mehr Rechte“ für Homosexuelle einfordern. Beobachte ich heute die Aktivitäten dieser Lobbyisten, die sich nach ihren Worten für Schwule, Lesben, Transsexuelle u. a. einsetzen (und in deren Verbänden auch ich temporär mitgewirkt habe) und zu ihrem selbst ernannten Sprachrohr erheben, ereilt mich oftmals der Eindruck, wonach die von dort gewollten Ansprüche nicht in erster Linie für das Wohl der repräsentierten Klientel stehen, sondern als Machtinstrument in der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung.

Es ist insgesamt fragwürdig, wenn das stetige Formulieren neuer und weitreichender Zugeständnisse den Beigeschmack erhält, Homosexuelle u.a. wollten weitergehende Berechtigungen erhalten als andere Mitbürger. In Deutschland gibt es zweifelsohne auch heute Stigmatisierung von Menschen abseits der heterosexuellen Orientierung, auch bei „anderen“ sexuellen Neigungen und Identitäten bleibt noch viel Bedarf an Abbau von Barrieren in den Köpfen der Bevölkerung und mancher Politiker.

Insgesamt kann ich aber nicht erkennen, dass in der Bundesrepublik die als elementar zu definierenden Menschenrechte von Homosexuellen u.a. beschnitten werden.

Ich komme hier auf meine obigen Ausführungen zurück: Dem Grundgesetz entnehmen wir ein eindeutiges Verbot an Benachteiligung – dies schließt gemäß meiner Auffassung aber nicht aus, dass wir bestimmten menschlichen Verbindungen eine herausragende Ehrung aussprechen. Wir verringern dabei nicht den Wert Homosexueller o.a., sondern gestehen über den Mindestanspruch an Rechten für jeden Bürger hinaus eine Begünstigung ein, wie sie auch andere Personengruppen in verschiedenen Gesetzesbereichen selbstverständlich ist.

Unter genannten Klarstellungen Sorge ich mich folglich darüber, dass sich auch in der Arbeit der Landesregierung für den Beobachter nicht selten der Eindruck eröffnet, wonach sich verantwortliche Minister und Funktionsträger von der sogenannten „Schwulen- und Lesben-Bewegung“ treiben lassen.

Mit der Keule der „Toleranz“, mit der Drohung, bei kritischem Hinterfragen von mancher Forderung als verächtlich oder inhuman gebrandmarkt zu werden, wird ein Druck aufgebaut, der weit über die aus meiner Perspektive zulässige Lobbyarbeit hinaus geht. In einem demokratischen und vielschichtigen Miteinander braucht es die Vertretung von Interessen von Minderheiten – aber gleichsam auch den Schutz vor einem Diktat der Weltanschauungen.

Nicht selten erleben wir Homosexualität u.a. in der Außendarstellung als „bunt“ oder „offen“. Dass das legitime und zu unterstützende Bemühen von Interessenverbänden, pluralistische sexuelle Orientierungen als Teil unseres Miteinanders nahbar zu machen, scheitert jedoch immer wieder daran, dass gängige Ressentiments durch eigene Verhaltensweisen gar zusätzlich untermauert werden.

Selbstverständlich kann dies nicht für alle Homosexuellen u.a. angenommen werden – aber der oberflächliche Körperkult, eine Form der Arroganz und der überstrapazierten Selbstwahrnehmung in alleinigem Blick auf sexuelle Leistungsfähigkeit und physisches Aussehen tragen unmissverständlich zu einer Intoleranz innerhalb der homosexuellen „Szene“ bei, denn Respekt und Zuwendung von Würde wird vielen Schwulen und Lesben unter „ihresgleichen“ nur unter dem Maßstab der optischen Perfektion und sexuellen Ausdauerfähigkeit zuteil. Dass viele Interessenvertreter darüber hinaus vehement daran festhalten, die Segregation in nahezu einer eigenen Parallelwelt fortzuführen, zeigt, dass nicht nur meine Erlebnisse fast schon als strategisch zu betrachten sind:

„Du musst weiterhin auf die Tränendrüse drücken. Es geht uns in Deutschland gut. Aber wenn wir mehr wollen, sollten wir auch künftig die Opferrolle einnehmen“, ist mir noch immer eine Aussage eines Aktivisten im Ohr.

Wenn eine Stilisierung und Inszenierung eines Mythos' zur Durchsetzung persönlicher Profite missbraucht wird, verliert die Mehrheit in unserem Land zu Recht das Vertrauen in diejenigen, die auf CSD-Kundgebungen bis heute plakativ, Mitte der Gesellschaft sein zu wollen. Die ehemalige Demonstration, die von der „Christopher Street“ ausging, ist zum Sinnbild dessen geworden, dass Schwule und Lesben weit verbreitete Vorurteile gegenüber ihrer Gruppe noch bestätigen.

Mich wundert tatsächlich nicht, dass die immer öfter dargestellte Ekstase auf solchen Veranstaltungen auf viele Bürger abstoßend wirkt. Wer die „homosexuelle Welt“ auf „Show“ reduziert, macht sich mitverantwortlich am Scheitern ihrer Integration in das bürgerliche Zentrum.

Denn die tatsächliche notwendige Bemühung Schwuler und Lesben zu diesem wechselseitigen Prozedere wird durch bewusste, aber wohl eher wenig Erfolg versprechende Provokation missbraucht und die Möglichkeit ausgelassen, sich als überzeugter Gesprächspartner für politische und gesellschaftliche Dialoge zu positionieren. Manchmal bleibt bei mir die Frage, ob die schwul-lesbische Interessenvertretung überhaupt darauf abzielt, Teil des Miteinanders in unserem Land zu werden – oder ob der Wille nach eigener Wichtigkeit die ewige Rolle in „Opposition“ erklärt.

Nach Jahren der versuchten Balance in Umgang und Offenbarung von sexueller Freizügigkeit gerät unsere westliche Gesellschaft nach meiner Wahrnehmung erneut in Gefahr, diese neuerlich allein unter den Aspekt von „Spaß“, „Grenzenlosigkeit“ und „Abwechslung“ zu stellen. Nahezu dem Leistungsprinzip entsprechend, wird nicht mehr Qualität, sondern Quantität propagiert. Empören wir uns (zu Recht!) immer wieder über ein ausuferndes Maß an Gleichgültigkeit gegenüber Pornografie, wollen wir am besten schon in der Grundschule damit beginnen, Kindern die verschiedenen Sexualpraktiken nahe zu bringen.

Aufklärungsunterrichte können kaum noch früh genug beginnen, manche Organisationen haben gerade im Rahmen des „Bildungsplanes“ für Baden-Württemberg bereits Handreichungen formuliert, die Kindern in der Pubertät die Heterosexualität schlecht reden sollen.

Müssen wir tatsächlich die Entwicklung unserer Kleinsten derart lenken, beeinflussen und beschneiden? Trauen wir ihnen nicht zu, eigene Erfahrungen zu sammeln, um sich in ihrem Prozess der persönlichen Reifung selbstständig sexuell zu orientieren? Auch wenn der Einwand, Kinder könnten unter Anbetracht vorgelebter und propagierter Homosexualität diese auch für sich annehmen (Gerüchte wie „Schwul sein ist ansteckend!“ sind hierfür Ausschlag gebend und müssen mit aller Entschiedenheit verurteilt werden), als vollkommen inakzeptabel zurückzuweisen ist, braucht es gerade in einer objektiven Erziehung das Abbilden von Wirklichkeiten – wozu eben auch der Umstand gehört, dass Homosexuelle weiterhin in einer Minderheit sind, die weder benachteiligt, aber eben auch nicht künstlich aufgewertet werden darf.

Wir sind glücklicherweise in der überwiegenden Mehrheit der Gesellschaft so weit, dass wir die unerträgliche Einordnung der Homosexualität u.a. sexueller Orientierungen und Neigungen als „krankhaft“ überwunden haben. Gleichsam will ich aber nicht verschweigen, dass aus meiner eigenen Beratungstätigkeit die subjektive Empfindung erwächst, wonach nicht wenige Schwule und Lesben mit ihrer Homosexualität hadern.

Im Gegensatz zu weitreichenden Darstellungen – auch der Interessenvertreter – ist dieser Umstand eben häufig nicht auf eine gesellschaftliche Diskriminierung zurückzuführen, sondern darauf, sich in der „schwulen und lesbischen Szene“ unwohl zu fühlen, Sehnsucht nach einem Kinderwunsch zu entwickeln oder einer unstrittig in den homosexuellen Kreisen ausgeprägten Verrohung beziehungsweise leichtsinnigen Ausübung des Sexualverhaltens zu entfliehen.

Nachweislich sind also weniger die exogenen als vielmehr die endogenen Faktoren treibende Kraft für die oftmals bis zu psychischen Problemen führenden Unzufriedenheiten von manch Schwulen und Lesben ursächlich. Viele Lobbyisten tragen durch ein vorzeitiges Einklassifizieren seelischer Nöte von Homosexuellen dazu bei, dass der Zugang zu Psychotherapie oder Beratung für die Betroffenen erschwert wird. Es ist nahezu unverantwortlich, wenn Menschen eingeredet wird, man würde als Schwuler oder Lesbe in ärztlicher oder therapeutischer Behandlung zwingend einen Versuch der „Umpolung“ erfahren und die „Schuld“ für den Gemütszustand liege ausschließlich an der Umwelt, die ausgrenzt und stigmatisiert. Zweifelsohne gibt es auch heute noch Mediziner und Therapeuten, die Verfahren wie die Konversionstherapie praktizieren.

Die Politik, aber auch die Internationale Klassifikation der Krankheiten (ICD-10) lässt allerdings immer seltener Spielräume, solche Formen der Behandlung abzurechnen, noch sie breitflächig zu implizieren. Dort, wo dies dennoch geschieht, muss von Berufskammern eindeutig durchgegriffen werden. Was diese Ausreißer aus der allgemein gültigen Übereinkunft der Wissenschaft betrifft, darf es keine Nachsicht geben. Gleichzeitig wäre es aber fatal, solche Fälle als Argumentationsgrundlage zu verwenden, um homosexuellen u.a. Menschen mit inneren Konflikten therapeutische Hilfe zu verweigern. Der Wunsch nach Veränderung, hat oftmals komplexe tiefenpsychologische Gründe, denen sensibel und ernsthaft nachgegangen werden muss. Dabei gilt – wie bei allen Formen von Beratung, Seelsorge oder Therapie – das Gebot der Ergebnisoffenheit.

Entsprechend ist keinesfalls das Ziel einer „Rückkehr zur Heterosexualität“ verbreitet, wie es von Lobbyisten nicht selten bestimmten Kreisen der Psychotherapeuten vorgeworfen wird. Viel eher ist zu hinterfragen, welche Hürden im Wege stehen, um sich selbst und seine eigene sexuelle Orientierung anzunehmen. Dieser Prozess muss im Zweifel einer fachkundigen Begleitung geöffnet bleiben.

Im Übrigen halte ich von der Theorie einer „umkehrbaren Homosexualität“ wenig, da ich endokrine, psychologische und soziale Konstellationen für die Ausprägung der sexuellen Orientierung eines Menschen ursächlich sehe. Eine daraus geformte Persönlichkeit ist nach meinem Verständnis nicht ohne unzulässigen Druck veränderbar – es entspräche auch nicht dem bereits genannten grundgesetzlichen Gebot der Souveränität eines Jeden, sich von außen an ihr „auszuprobieren“.

Anderslautende Meinungen, die oftmals auch auf Botschaften religiöser Schriften beruhen, sind für mich nicht nur als Humanisten, sondern auch im Verständnis der Bibel u.a., nicht gedeckt. Für den Nachweis, dass entsprechende Textstellen über Homosexualität u.a. eine solche eben nicht als beugbare „Sünde“ einordnen, braucht es nicht einmal das Liebesgebot aus 1. Johannes 4, 16. Es reicht ein Blick in die ursprünglichen Originale, die den Zusammenhang belegen, wonach lediglich das unverantwortliche, leichtsinnige und pädophile Ausleben der Sexualität (egal, welcher Zusammensetzung) ein „Gräuel“ darstellt.

Zusammenfassend ermutige ich Sie: Reflektieren Sie stets die auf Sie zugetragenen Forderungen von Interessenvertretern und versuchen Sie, politische Entscheidungen aus einer Metaebene zu bewerten und zu treffen. Bleiben Sie offen für dialogisch vorgebrachte Standpunkte. Und würdigen Sie Argumente aller Beteiligten.

Ihr Dennis Riehle

Ständiger Aktionismus: Er macht die queere Bewegung nicht sympathischer!“ (2016)
--

Der Oberbürgermeister von Tübingen, Boris Balmer (Bündnis 90/Die Grünen) ist in Kritik geraten, nachdem er Worte des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Bündnis 90/Die Grünen) verteidigt hatte.

Letzterer hatte sich in einem Zeitungsartikel missverständlich ausgedrückt, als er über die Ehe zwischen Mann und Frau und der homosexuellen Lebenspartnerschaft sprach.

Palmer unterstrich auch gegenüber innerparteilichen Angriffen das Recht darauf, die heterosexuelle Ehe weiterhin als prädestiniert zu verstehen. Dagegen war der Aufschrei groß, besonders aus der „queeren“ Community, die befürchtete, Kretschmann und sein Tübinger Parteikollege behandelten Schwule und Lesben in einer Partnerschaft nicht gleich wie die in einer heterosexuellen Verbindung.

Zunächst: Ich bin homosexuell. Und ich habe damit vielleicht das Recht, mich in dieser Frage auch offener zu äußern zu können – vor allem auch gegenüber meiner eigenen „Lobby“, die ich aber nicht als eine solche betrachte. Ich kann gut für mich alleine sprechen. Und das meistens anders als die, die meinen, Sprachrohr für die Schwulen und Lesben in Deutschland sein zu müssen. Ein „Grüner“, der in Bezug auf Homosexualität eigentliche Selbstverständlichkeiten äußert, die aber möglicherweise in den Ohren derjenigen, die sich als Verfechter der Rechte der LSBTTIQ-Bewegung ansehen, auf große Empörung stoßen, ist ein natürlicher Dorn im Auge von Parteimitgliedern, gerade solcher, die sich selbst als schwul oder lesbisch bezeichnen. Denn: „Grün“ zu sein, das heißt, nicht nur Gleichberechtigung zu leben, sondern Menschen, denen Außenstehende eine scheinbare Benachteiligung zuordnen, zu verteidigen.

Ich muss sagen: Ich fühle mich in Deutschland kaum diskriminiert. Eher wegen meines Übergewichts als aufgrund meiner sexuellen Orientierung. Denn Stigmatisierungen sind etwas Subjektives. Auch in Fragen, in denen scheinbare Fakten auf dem Tisch liegen, wie im Rechtswesen.

Sicher, wenn Äpfel und Birnen unterschiedlich behandelt werden, kann man das verstehen. Von Grund auf sind wir aber alle zunächst einmal Äpfel – denn wir sind alle Menschen. Aber gut, dass von „Cox Orange“ bis „Jonagold“ so viele Sorten dabei sind! Manche schmecken dann als Apfelsaft besser, andere weniger. Das macht niemanden davon minderwertig, doch jeder bringt eine andere Eigenschaft mit sich. Und dafür steht jedem der passende Respekt zu. Nein, kaum jemand dürfte sich die Homosexualität ausgesucht haben. Aber ist es deshalb ungerecht, dass Schwule und Lesben keine Kinder zeugen können? Nein, es ist natürlich. Ich käme auch nicht auf die Idee, mich darüber zu beschweren, dass ein Leichtathlet die Olympia-Medaillen abräumen kann, während ich nur mit Mühe an den „Bundesjugendspielen“ teilgenommen habe – und wahrscheinlich nie Aussicht auf ein eigenes Gold haben werde.

Ich kann mich grämen, es bringt mir aber nichts. Und soll ich deshalb dem Sprinter den verdienten Applaus für seine Leistung verweigern, nur, weil ich diese nicht erreichen kann? Steckt hinter den Vorwürfen, Heterosexuelle wären besser gestellt, vielleicht der Neid darum, nicht so „vollkommen“ zu sein? Wenn ja, wäre es aber ein Phänomen, was nicht nur in der Frage der Würdigung der Familie bei Homosexuellen oft vorkommt: Ein konstruiertes Empfinden der Ausgrenzung, aus der einfachen Gleichung: Wenn jemand bevorzugt wird, muss ein Anderer benachteiligt sein. Doch das ist keinesfalls so. Warum tun wir uns so schwer mit einer positiven Wertschätzung, ohne gleichzeitig eine Minderbehandlung andernorts zu vermuten?

Ich beobachte bei Schwulen und Lesben häufig einen Aktionismus: Mehr Rechte! Dass dabei die Gleichstellung so weit fortgeschritten ist wie kaum in einem anderen Land, interessiert nicht. Sarkastisch stelle ich fest, dass manche LSBTTIQ erst dann zufrieden sind, wenn sie Heterosexuelle in deren Rechten überholt haben. Vielleicht hat es einen psychologischen Hintergrund, dass sich Homosexuelle mit einer Selbstzufriedenheit offenbar schwer tun.

Eine beständiges Unruhig sein und nach dem nächsten Nachteil suchen. Dabei müssen wir doch dankbar sein, dass unsere Gesellschaft so pluralistisch ist. Dass es in unserem Land eben auch so viele Heterosexuelle gibt, die uns unsere Zukunft sichern. Und nein, das bedeutet nicht, Schwule und Lesben würden dies nicht tun – aber auf anderem Weg, der ist ebenso anerkennungsvoll, doch mindert das nicht die Bedeutung der Familie aus Mann und Frau, die Kinder auf die Welt bringt, ganz natürlich und ohne den Anspruch, dadurch „besser“ zu sein als homosexuelle Menschen. Mir tut es nicht weh, wenn ich diese Anstrengung der Heterosexuellen würdige – denn ich bin selbstbewusst genug, um darin nicht eine Ablehnung meiner Lebensleistungen zu sehen.

Dass Mann und Frau füreinander bestimmt sind, dafür muss ich nicht erst in die Bibel blicken. Diese Überzeugung ist auch überhaupt nicht rückwärtsgewandt. Vielleicht „konservativ“ im ursprünglichen Wortsinne. Denn ich schaue auf die Wurzeln unserer Evolution, meinetwegen auch der Schöpfung. Und wenn ich im Biologie-Unterricht aufgepasst habe, dann ist mir bewusst, wie die beiden Geschlechter auch sexuell „stimmig“ sind. Ich gebe zu, dieses Gefühl habe ich bei Homosexuellen nicht immer.

Diese Ergänzung, die Mann und Frau darstellen, ist eine andere als bei Mann und Mann – oder Frau und Frau. Man könnte durchaus denken, dass sich hierbei jemand etwas gedacht hat. Und doch bleibt mir dann die Erkenntnis, dass die Homosexualität zu uns Menschen (und Tieren) gehört – und wir nicht alle als asexuelle Wesen geschaffen wurden. So blicke ich ohne einen Groll dankbar zu all jenen, die gerade in der heutigen Zeit die Herausforderung einer natürlichen Schwangerschaft und Geburt, einer leiblichen Kindschaft und der Erziehung auf sich nehmen und das „traditionelle“ Bild einer Familie leben.

Die Schlacht um die Studien hilft nicht bei der Frage, wo dem Wohl des Kindes am ehesten Genüge getragen wird. Und da braucht es auch keine soziologischen Erörterungen, um aus dem Gang der Geschichte zu wissen, dass Verbundenheit zur seelischen und körperlichen Heimat von Beginn an ein überaus beitragender Faktor für eine unbeschwertere Entwicklung ist.

Viele Kinder brauchen Liebe von Dritten, diese Aufgabe ist nicht weniger wichtig, also beginnen wir auch hier nicht mit dem Aufwiegen, wer die „stärkeren“ Rechte hat.

Ich breche mir keinerlei „Zacken aus der Krone“, wenn ich auch in unseren Gesetzen zum Ausdruck bringe, dass der Beitrag der heterosexuellen Elternschaft für unsere Gesellschaft Würdigung erhalten muss. Viel eher ist es für mich eine Selbstverständlichkeit, dass auch ich meinen Anteil leiste, dass wir uns fortentwickeln. In steuerlichen Aspekten, in sozialen Leistungen für die, die nicht nur sich Träume erfüllen, sondern mit einer „klassischen“ Familie und ihrem Nachwuchs eine Stabilität in dieses Land bringen.

Wer darüber hinaus wünscht, ebenso beitragen zu wollen, dem können wir mithilfe der Medizin Horizonte schaffen – auch, wenn wir homosexuell sind. Aber wieso sollen wir nicht fördern, was gleichsam ohne Technik geht? Nur um der anscheinenden „Gleichberechtigung“ willen, die nur eine solche wird, wenn wir eine Definition aus unserer persönlichen Werte heraus anlegen? Es ist doch keine Frage, dass wir denjenigen Schwulen und Lesben, die sich erhoffen, auch „gleichgestellt“ in ihrem Sinne zu sein, die Möglichkeiten der Wissenschaft zu eröffnen. Einen Anspruch darauf, den kann ich aber wahrlich nicht erkennen. Denn „Gleichmacherei“ wäre das falsche, auch in der Betrachtung der Ehe. Nicht das Prinzip kann hier entscheiden, sondern das besondere Gut eines Rechtsschutzes, der über die Menschenrechte hinausgeht – und damit niemandem etwas von seinem grundlegenden Status der Würde als Einzelner nimmt...

Schule oder Staat – Erziehung im andauernden Spagat?
(2017)

Die staatliche Aufgabe zur Bildung junger Menschen versus des Rechts der Eltern auf Erziehung: Bei der Frage, was Kinder in der Schule lernen sollen, prallen zwei Grundrechte aufeinander. Und es bleibt die stetige Frage nach der Ausgewogenheit, um nicht nur die Pflicht des Bildungsauftrages zu erfüllen, sondern auch die weltanschauliche Orientierung der Erziehenden zu respektieren.

Denn bereits 1978 hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG 47,46 = NJW 1978, 807) die besondere Stellung der Eltern in der Mitsprache von Bildungsinhalten unterstrichen, gerade im Sexualkundeunterricht.

Die Proteste von heute sind also keinesfalls hysterische Ängste von Vätern und Müttern, die sich über manch Botschaft Bildungsplans empören. Viel eher ist es ihr gutes Recht, darauf hinzuweisen, dass Politik nicht über die Köpfe von Eltern hinweg entscheiden darf, was in der Schule gelehrt wird.

Das Miteinander beider Seiten wurde auch in einem Urteil 2015 wieder bestätigt (1 BvR 2388/11) – und gerade das fehlt, wenn Lehrpläne vorge setzt werden, die ganz bewusst polarisieren sollen und eben keine Rücksicht auf religiöse Empfindungen nehmen, die gleichsam verfassungsrechtlich geschützt daher ausreichend gewürdigt werden müssen. Der Unterricht muss zwar offen sein für verschiedene Wertvorstellungen, so die Richter. Doch Indoktrination und eine Einseitigkeit in der Vermittlung von sexueller Identität, Orientierung oder Neigung darf es dabei nicht geben.

Ja, das Darbringen der unterschiedlichen Lebensformen ist zulässig, nicht aber die Wertung einer einzigen oder das Besserstellen einer anderen.

Und doch wird in einer Zeit, in der der Druck von Lobbyismus der Homosexuellenverbände mit ihrem Einfluss auf die Bildung immer größer wird, der Protest von Eltern hiergegen stärker. Das ist legitim und überaus verständlich. Denn als Schwuler bin ich nicht mehr wert als ein Heterosexueller.

Ich bin auch nichts Besonderes, was im Unterricht einer außergewöhnlichen Aufmerksamkeit bedürfte. Und ich zeichne mich auch nicht durch extravagante Sexualpraktiken oder die besondere Lust am Kennenlernen des gleichen Geschlechtes aus, die mir manches Schulbuch andichten möchte oder mich gar zum Ausprobieren anregt, weil es gar so aufregend erscheint, das „andere Ufer“ kennenzulernen.

Erziehung verpflichtet uns zur Neutralität, da wir unseren Kindern in erster Linie Selbstständigkeit und Eigenverantwortung beibringen sollen, die Welt nicht nur durch die Augen derer zu sehen, die meinen, was das Beste für sie sei.

Viel eher möchten wir doch darauf vertrauen, dass sich unsere Kleinsten ihr eigenes Bild machen. Daher ist Zurückhaltung geboten, was immer wir ihnen auch lehren. Das sage ich besonders als Homosexueller, vor allem aber als Mensch.

Leserbrief zu überfüllten Gefängnissen (2017)

Politik drückt sich um heikle Veränderung...

Justizminister Guido Wolf spricht in Deidesheim auf der Justizministerkonferenz über verfassungsrechtlich hoch umstrittene Pläne zur Verwendung von Maut-Daten für die Strafverfolgung oder die Ausweitung der DNA-Analyse, während sich zu Hause die Strafvollzugsbediensteten mit einem ernsten Thema an die Öffentlichkeit wenden.

Das Problem ist nicht neu – und es ist auch keinesfalls damit erklärt, dass in den letzten Monaten vermehrt straffällige Ausländer in den Gefängnissen Baden-Württembergs einsitzen.

Denn die prekäre Belegungssituation in den Justizvollzugsanstalten ist seit langem bekannt, doch gehandelt wurde zu langsam. Das liegt auch daran, dass Strafgefangene kaum eine Lobby haben.

In einer Gesellschaft, in der Viele noch immer den Grundsatz von „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ im Sinn haben, interessiert sich kaum jemand dafür, wie es hinter den Mauern aussieht, ob Rechte eingehalten werden – denn: Wer kriminell geworden ist, hat auch keine Rechte mehr, so meint es der Populismus, nicht nur an den Stammtischen. Dass dabei aber eigentlich gesetzlich garantiert ist, dass niemand grundlos über längere Zeit mit anderen Gefangenen in einer Zelle bleiben muss, dieser Anspruch wird fortdauernd missachtet.

Und bis sich ein Insasse gegen dieses Unrecht gewährt hätte, beim zuständigen Gericht mit seiner Klage Anklang fände, steht wohl eher die Entlassung bevor, als tatsächlich rechtsstaatlichen Erfolg zu haben.

Natürlich kann niemand Anstalten aus dem Boden stampfen. Doch es braucht Lösungen, um die Menschenrechte wieder einzuhalten. Das Grundrecht der Bevölkerung auf Sicherheit steht dem auf eine lebenswerte Existenz eines Häftlings und dem der Justizbeamten auf ein angemessenes Arbeitsumfeld gegenüber.

Abwägungen kann es nicht geben, alle drei müssen gestärkt werden. Langfristig bedarf unser Strafvollzug ohnehin einer umfangreichen Reform, das alleinige Wegsperrn ist nicht mehr zeitgemäß. Aber kurzfristig liegt es in der Verantwortung des zuständigen Ministers, nicht über weitere Gesetzesverschärfungen nachzusinnen, sondern die Hausaufgaben zu machen, die schon ewig auf dem Schreibtische liegen.

Emotion und Populismus:
keine Grutmesser für den Rechtsstaat (2017)

Kürzlich ging ein Aufschrei durch die Republik: Ein erst 13-Jähriger hatte einen Freund offenbar beim Spielen getötet. Nie zuvor war der Täter auffällig gewesen, für den schrecklichen Vorfall gab es zunächst keine Erklärung. Ohne die Ermittlungen abzuwarten, ließen die Reaktionen aus einigen gesellschaftlichen und politischen Kreisen nicht lange auf sich warten: Die Strafmündigkeit von derzeit 14 Jahren müsse herabgesetzt werden, damit künftig auch jüngere Täter wie der jetzige strafrechtlich verfolgt werden könnten. Ähnlich ein Jahr nach dem „Germanwings“-Absturz: Mit wilden Zuschreibungen an den Co-Piloten vom „Massenmörder“ bis hin zu „Wir werden nie verzeihen“ machten sich nicht nur Angehörige der Opfer ihrer Wut Luft. Oder auch, als neulich wieder Daten über Übergriffe auf Polizeibeamte öffentlich wurden – das Rufen nach härteren Strafen war die prompte Antwort aus dem zumeist bürgerlich-konservativen bis hin zu rechtsradikalen Lager. Reflexartig sind viele von uns mit der Justiz unzufrieden:

Zu harmlos sei sie, würde sich zu sehr an den Tätern orientieren. Ich halte entgegen: Unsere Rechtsstaatlichkeit baut vornehmlich auf dem Prinzip der Balance auf. Und sie besagt, dass es nicht nur gegenüber den Opfern, sondern auch gegenüber den Verursachern gerecht zugehen muss.

Da ist kein Platz für Populismus. Nicht umsonst ist Justitia blind und mahnt zur unabhängigen Entscheidung. Zurufen aus welchen Ecken auch immer darf sie nicht nachgeben, denn Demokratie würde sich erpressbar machen, wenn diejenige der drei Gewalten, die letztlich über alle Entscheidungen wachen muss, auf Befindlichkeiten der Öffentlichkeit eingehen würde. Schon viel zu oft mussten wir den Eindruck gewinnen, dass Urteile von Wünschen der einzelnen Beteiligten oder aber auch der medialen Berichterstattung geprägt waren. Da darf es keine Versuchung geben, sich Polemik hinzuwerfen.

Und wenn die richtende Dame mit ihrer Waage in den Händen auf die Verhältnismäßigkeit aufmerksam macht, dann hat das wenig mit Nachsicht zu tun. Viel eher steht diese Mahnung für ein vernunftmäßiges Abwägen in allen Prozessen. Und so bleibt es eine Frage von Rationalität, Kinder unter 14 Jahren nicht zu verurteilen, sondern ihnen zu helfen. Weder ihre Einsichtsfähigkeit ist derart gewährleistet, dass Bestrafung überhaupt Sinn ergeben würde. Noch wäre hier ausreichend gesichert, dass man die offenkundig tiefliegenden Ursachen erkunden und dem ja gerade erst am Anfang eines Lebens stehenden Menschen irgendwann eine Zukunft ohne Vorbelastung garantieren könnte. Gegner einer solchen Haltung würden nun erwidern, auch das Opfer habe kein Leben mehr vor sich, es ist tot.

Man fragt sich nur: Was hätten wir davon, wenn auch der Täter nun mit größter Härte bestraft würde? Allein unsere Sehnsucht nach Rache würde befriedigt, denn Gerechtigkeit wäre keinesfalls hergestellt.

Sie ist als subjektives Empfinden ohnehin kein guter Gratmesser, müsste für objektive Maßstäbe doch davon ausgegangen werden, dass Vergleichbarkeit besteht. Solange aber Außenstehende Richter sind, wird sich Rechtschaffenheit nur bis zu einer normierten, nicht aber differenzierten Ebene durchsetzen lassen.

Um in unseren menschlichen Grenzen überhaupt urteilen zu können, ist es gleichsam nötig, Rahmenbedingungen zu schaffen. Dazu gehört die natürliche Voraussetzung, wonach vor Gericht alle gleich sind. Doch ist das heute wirklich so? Greift ein Demonstrant einen Polizisten an, so soll er nach Meinung mancher Politiker scharf bestraft werden. Schlägt ein Polizist im Einsatz zu, wird dies im besten Falle milde abgetan, so zeigen es die Erfahrungen. Ist eine Körperverletzung deshalb schwerwiegender zu beurteilen, weil sie an einem Beamten begangen wurde?

Und warum kommt es gerade dann, wenn der Verdacht einer Straftat „im Amt“ aufkommt, so häufig zu Einstellungen von Verfahren? Möglicherweise ist unser Rechtssystem schon heute viel zu anfällig für den klientelhaften Einfluss diverser Gruppierungen. Da wird wuchtig argumentiert, warum die gleiche Tat an unterschiedlichen Personen bei gleichen Umständen auch zu verschiedenen Urteilen führen soll. Dort, wo sonst das Drücken auf die Tränendrüse als unredliche Maßnahme der Verteidigung bemängelt wird, wird Psychologie plötzlich zum Wegweiser für Strafzumessungen.

Dass man aber nur auf die Seele blickt, wenn es um die eigenen Belange geht, zeigt auch die Tatsache, dass Gnadenlosigkeit gegenüber den Anderen bis heute Konjunktur hat. Bei schwersten Verbrechen bricht gerade aus den extremen Nischen rechtsaußen die Forderung nach der Rückkehr der Todesstrafe auf. In der Schweiz war man kurz davor, ein Referendum über die Wiedereinführung zu starten. Doch mehr als das „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ können die Befürworter nicht an Begründung liefern, wenn es darum geht, weshalb wir sie denn wieder bräuchten.

Vergeltung und die zur Schaustellung von der Macht des Staates – mehr als ein selbstgerechtes Beweisen von Stärke ist es nicht, denn wer sich langfristig am Tod eines Anderen ergötzt, hat die Weltordnung eines aufeinander angewiesenen Miteinanders nicht verstanden. Man muss nicht einmal die Diskussion bemühen, ob es dem Staat – und schon gar nicht Opfern oder sonstigen Dritten – überhaupt zustünde, einen Täter auf diese Art und Weise zu richten, ohne dabei nicht in willkürliche Besessenheit nach egozentrischer Überheblichkeit zu verfallen.

Denn selten hat man Hinterbliebene oder Geschädigte von Straftaten gesehen, die durch das größtmögliche Strafmaß für ihre Peiniger eine dauerhafte Zufriedenheit verspürten. Den Schmerz nimmt eine Verurteilung nicht, er kann nur aufgearbeitet werden. Und so trägt sowohl die Opfer, aber auch die Täter der Gedanke von Reue viel mehr. Es ist niemandem abzuverlangen, nach einer Straftat zu verzeihen. Und jeder benötigt seine eigene Zeit, um möglicherweise ein Fehlverhalten des Gegenübers zu vergeben. Manches Mal gelingt es auch gar nicht.

Und gleichsam sind es gerade diejenigen Täter, die im Strafvollzug durch Unterstützung zur Einsicht gelangen, für ihre Verantwortung einzustehen, die am Ende die besten Aussichten auf eine Resozialisierung haben.

Sie haben es verdient, dass ihr Versuch um Entschuldigung zumindest angehört wird. Wer versteht, wie es zu einer Tat gekommen ist und wer gleichzeitig in die Lage versetzt wird, Ursachen hierfür herauszufinden und an ihrer Beseitigung zu arbeiten, der kann überzeugend auf die zugehen, denen durch sein Handeln schreckliches an Leid zuteilwurde. Opfer-Täter-Ausgleiche, aber vor allem die intensive psychotherapeutische, sozialpädagogische und medizinische Betreuung sind daher ein wesentlicher Schritt, um neue Straftaten zu verhindern, viel eher aber, um Rechtsfrieden zu schaffen.

Und ja, auch wenn es manch Hardliner nicht gern hört: Auch im Gefängnis und vor Gericht gelten die universellen Menschenrechte. In einer Demokratie besteht der unabänderliche Anspruch auf humane Behandlung, auf gesundheitliche und soziale Unversehrtheit – eben auch hinter Gittern. Und nein, da wird nicht der, der straffällig wurde, auch noch umsorgt, sondern da werden Standards realisiert, die wir aus Werten der Aufklärung errungen haben.

Nicht das Pauschale trägt unser Rechtssystem, aber auch nicht die Gefühle. Viel eher sind wir in Justiz und Strafvollzug heute mehr denn je darauf angewiesen, aus Pflicht zur Menschlichkeit mit Unbefangenheit eine konstruktive Zukunft für alle Beteiligten zu entwickeln. Dass Täter die Rechte des Opfers missachtet und oftmals gar zerstört haben, ist nicht zu rechtfertigen. Aber es steht uns nicht zu, die eines anderen nun ebenso zu nehmen.

Humanität ist manches Mal schwer auszuhalten – und trotzdem ist sie nötig, um eben gerade nicht denen Platz zu lassen, die am lautesten schreien und für sich proklamieren, die Welt zu richten. Nein, nicht Emotion oder auch Streit sollten uns in unseren Forderungen an die Justiz und ihre Urteile prägen, sondern die Bereitschaft, daran zu arbeiten, auch weiterhin Gerechtigkeit zu fördern.

Dazu gehört eine Reform des Strafvollzuges, die auch denjenigen Perspektiven eröffnet, die wieder Teil der Gesellschaft werden können und wollen. Dazu gehört aber auch eine veränderte gesellschaftliche Einstellung zu dem, worüber heute meist nur dann gesprochen wird, wenn Hetze und Verurteilung auf den Plan rücken: Straftaten gehören zu unserer Realität – und auch bei notwendiger und weiter zu ermunternden Prävention wird es sie immer geben. Deshalb braucht es Fürsprecher, die sich gegen opportunistische Erregung stellen, wenn es darum geht, die scheinbare Aufrichtigkeit der Justiz für sich zu vereinnahmen...

Abwägungen kann es nicht geben, alle drei müssen gestärkt werden. Langfristig bedarf unser Strafvollzug ohnehin einer umfangreichen Reform, das alleinige Wegsperrn ist nicht mehr zeitgemäß. Aber kurzfristig liegt es in der Verantwortung des zuständigen Ministers, nicht über weitere Gesetzesverschärfungen nachzusinnen, sondern die Hausaufgaben zu machen, die schon ewig auf dem Schreibtische liegen.

Bei jedem „Wahl-o-Mat“ taucht die Frage wieder auf: Sollen „Hartz IV“-Empfängern auch weiterhin Leistungen gestrichen werden, wenn sie Jobangebote nicht annehmen? Und jedes Mal beschleicht mich der Eindruck, als sei ich einer der wenigen Nutzer, der hier ein „Nein“ ankreuzt. Denn „Leistung muss sich wieder lohnen“, so klingt es zumindest in unserer Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. Dass der eigentliche Wahlspruch zu einer Partei gehört, die noch vor kurzem in den Tiefen der Umfragen verschwunden war, stört dabei nicht. Das angebliche Gerechtigkeitsempfinden der Menschen drängt dazu: Wer nicht arbeitet, muss bluten!

Eigentlich wollten Gerhard Schröder und seine rot-grüne Bundesregierung mit der Agenda 2010 dazu beitragen, dass Arbeitslose wieder mehr eigene Anstrengung unternehmen, um zurück in das Berufsleben zu kommen. Was aus seiner „Hartz IV“-Reform wurde, bestaunen die „Jobcenter“ bis heute: Mehr Menschen denn je verharren in der Langzeitarbeitslosigkeit und werden durch fragwürdige Beschäftigungen so lange qualifiziert, bis auch ihren Beratern nichts mehr einfällt.

Viele von ihnen wirken dabei wie geschundene Tiere, die eigentlich schon am Boden liegen, auf die man aber nochmals eindrischt – weil man von Gesetzeswegen eben dazu verdammt ist. Eine „Kundin“ des „Jobcenters“ berichtete mir kürzlich, es komme ihr so vor, als seien die Mitarbeiter auf dem „Amt“ mittlerweile zu Sadisten verkommen. Sie fänden Gefallen daran, Leistungen immer weiter zu streichen und mit Sachgutscheinen zu gängeln.

Natürlich stünden sie auch unter dem Druck ihrer Vorgesetzten, zu sparen. Und es sei ja nur ein Gefühl, sie wolle niemanden schlecht machen.

Aber: Wo bliebe denn da der Respekt vor der Integrität der Hilfesuchenden? – Ja, das frage ich mich auch. Ich unterstelle: Die wenigsten Menschen wollen arbeitslos sein. Keinen geordneten Alltag zu haben, keine Aufgabe zu finden, nicht gebraucht zu werden – das ist nicht im Sinne eines gesunden Lebens. Und doch sind weiterhin Millionen Deutsche ohne einen Job!

Und angesichts von Industrialisierung und demografischem Wandel dürften wir ohnehin befürchten, dass sich die Situation auf unserem Arbeitsmarkt – sollte er nicht grundlegend verändert werden – wieder anspannt. Im Blick auf die Zukunft von Arbeit stellt sich nämlich eine grundlegende Frage, die schon jetzt für das ethische Verständnis vom Umgang mit Menschen ohne Beschäftigung elementar ist:

Werden wir die Arbeitskraft im heutigen Sinne künftig überhaupt noch brauchen? Und wenn nicht, was wird aus den Personen, die hinter all diesen Arbeitsplätzen stehen? Wer versorgt sie? Wer garantiert ihre Existenz? Diese Gedanken führen unweigerlich zu einer These, die auch dieser Tage schon gilt: Grundsätzlich muss jedem von uns das Überleben gesichert sein, das besagt schon unser Grundgesetz im ersten Artikel, der eine Würde zusichert, die unantastbar, die bedingungslos von Geburt an ist. Um Mensch zu sein, müssen wir nichts leisten – auch wenn uns das die neoliberale Philosophie des ständigen Wachstums suggerieren möchte.

Versucht man nämlich allen Populismus aus der Debatte zu nehmen, kommen wir auch ohne Bibel zu dem Schluss, dass eigentlich für jeden auf der Welt genug da sein müsste. Es mangelt an der Verteilungsgerechtigkeit – bei einem Überfluss an einer menschlich gesteuerten Mehr-Klassen-Gesellschaft. So wenig, dass dem ALG II-Empfänger von seinen paar hundert Euro auch noch etwas genommen werden müsste, haben wir nicht. Wir tun dies nur aus Rache, aus Bestrafung heraus – im Rechtsdeutsch „Sanktion“ genannt –, da wir meinen: Wer faul ist, der müsse auch büßen für das morgendliche Aufstehen der Fleißigen, die sich abschufften.

Doch dabei geht es gar nicht um die Frage von Reichtümern: Wer wohlhabend sein möchte, der soll und darf sich gern darum bemühen. Aber es ist ein Unterschied, ob sich ein Manager mit einigen weiteren Verträgen zusätzliche Unsummen sichert – oder ob derjenige, der für einen Euro Stundenlohn in brütender Hitze ackern soll, plötzlich von Essens- und Kleidermarken auskommen muss, weil er solche Arbeitsbedingungen für unzumutbar ablehnt. Nein, man muss nicht jede Form von Beschäftigung annehmen, um auf die Solidarität der Gemeinschaft setzen zu können. So viel, dass es zum Leben reicht, muss jedem gegeben sein – und dafür genügen die Vermögen, gerade in unserer westlichen Hemisphäre, allemal. Ich weiß nicht, ob ich an dieser Stelle mein Plädoyer für die Abschaffung der Sanktionierungen gegenüber Sozialleistungsempfängern mit der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen verbinden soll. Ich bin überzeugt: Würden wir unsere vielen Hilfeleistungen zusammenstampfen und daraus eine monatliche Sicherung an jeden Bürger machen, sparten wir allein in der Bürokratie viel Geld.

Was bringt es uns – neben der Befriedigung menschlicher Triebe –, wenn wir den Schwächsten, die aus Krankheit oder Behinderung nicht mehr arbeiten können oder die aus berechtigten Gründen einen Job ablehnen, der in unseren Breiten im Jahr 2016 nicht mehr mit einer würdigen Beschäftigung vergleichbar ist, noch den einzelnen Cent streitig machen?

Werden künftig Maschinen und Computer viele der heute noch von Menschen verrichteten Arbeiten übernehmen, müssen wir sowieso überlegen, wie wir dennoch eine Versorgung der Bevölkerung gewährleisten.

Vergessen wird bei allen Ängsten vor der Zukunft, dass diese modernen Techniken uns auch Umsatz bringen werden, aus dem wir Rendite schöpfen können. Das, was wir heute an Arbeitskraft investieren, wird dann vielerorts nicht mehr nötig sein. Einen Ertrag gibt es aber doch. Und sogleich dürfte der Kampf um die gerechte Ausschüttung dieses Gewinns beginnen.

Da könnte ein pauschales Grundeinkommen für jeden durchaus eine sinnvolle Lösung sein, die am wenigsten Unfrieden schafft. Denn jeder, der mehr will, kann sich das erarbeiten. Aber niemand müsste mehr um das Nötigste bangen. Was viele Kritiker als den „Himmel hier auf Erden“ amüsiert abtun, wird andernorts erprobt. Und doch ist auch das „BGE“ nicht ausgereift, wie Sozialwissenschaftler warnen. Nach ihrer Ansicht ist es nicht damit getan, mit der „Gießkanne“ ein Grundeinkommen zu verteilen, ohne dabei die wirklichen Bedürfnisse der besonders Schwachen zu berücksichtigen.

Während bei Vielverdienern das Grundeinkommen steuerlich verrechnet werden könnte, um somit unnötige „Geschenke“ zu vermeiden, fehlte es mit dem Konzept des Pauschalens gerade jenen, die durch hohe Gesundheitskosten, Aufwendungen für den Lebensunterhalt oder durch Barrieren im Alltag zusätzliche Unterstützung bräuchten, an der Bedarfsorientierung von sozialen Leistungen.

Letztlich resultiert wesentlich ein Gedanke aus den Überlegungen, wie wir heute und morgen garantieren, dass es keine Bittsteller mehr in unserem Land braucht, die sich unter dem Wert ihres Menschseins verkaufen, ja, betteln müssen, um wenigstens da sein zu dürfen: Wir benötigen einerseits ein neues Verständnis von Gerechtigkeit, das sich nicht mehr ausschließlich am Faktor „Leistung“ orientiert, sondern sie zunächst als gleichberechtigte Teilhabe an den Ressourcen sieht, auf die wir alle schon allein durch unsere Anwesenheit Anspruch haben.

Denn für sie hat zunächst einmal niemand etwas geleistet, sie wurden uns gegeben – und es gibt keinen Grund, anzunehmen, weshalb sich daran der Eine mehr, der Andere aber weniger bereichern dürfte. Die Ideologie des „Stärkeren“ haben wir glücklicherweise überwunden. Und selbstverständlich darf es sich lohnen, Leistung zu erbringen. Doch jeder nach seiner Façon.

Wenn wir verstehen, dass Arbeit nicht dazu da ist, Erfolge zu erzielen und sich darüber zu beweisen, dann wird deutlich, dass Beschäftigung vor allem sinnstiftende Eigenschaften im Miteinander hat, die Anreiz genug sind, ihr auch nachzugehen.

Wir geben und nehmen – ohne Druck, aber im Wissen um gemeinschaftliche Partizipation, von der jeder nach seiner unterschiedlichen Erfordernis profitiert und abgibt. Die Annahme, eine bestimmte Bevölkerungsschicht lebe mit den Händen im Schoß vollends dekadent vor sich hin, ist eine üble Unterstellung. Niemand wird auf Dauer glücklich ohne Ablenkung, ohne Vision und ohne Bestimmung. Die freie Persönlichkeitsentwicklung müsste eigentlich jenen entgegenkommen, die sich bis heute einer paritätisch ausgestalteten Sozialpolitik widersetzen. Dem Bild eines liberalen Humanismus entspricht es gleichsam gar nicht, Menschen das Mindeste vorzuenthalten. Daher: Existenzielle Sicherheit ist kein Grundrecht, das wir zugestehen. Es ist ein Menschenrecht, das universell Geltung besitzt. Ohne Sanktion. Ohne Gängelung. Gerecht verteilt.

Soziales, Politik und Demokratie!

Linke Politik muss sich beweisen (2017)

Die Linke, sie muss einen Nachweis antreten, dass ihr Konzept ein besseres ist als der Konkurrenz. Denn in Zeiten, in denen die neoliberale Marktwirtschaft doch einer großen Mehrheit offenbar Wohlstand bringt, vergisst die Gesellschaft gern die Wenigen, die nicht vom Aufschwung profitieren.

Kann eine tatsächlich linke und nicht nur sozialdemokratische angemalte Politik also tatsächlich eine Veränderung herbeiführen, mehr Gerechtigkeit im Sinne dessen schaffen, dass zwar Unterschiede erhalten bleiben, aber jeder ein Mindestniveau an existenzieller Absicherung auf einem höheren Niveau als ein heutiger „Hartz IV“-Empfänger als sicher erachten darf? Der alte „Kampf“ um die unterschiedlichen Modelle ist aktueller denn je: Geht es um die Verteilung oder das Ergebnis? Legen wir also mehr Wert darauf, ob am Ende jeder die gleichen Chancen hat – oder ist es nicht vielmehr der Anspruch eines Jeden, unabhängig seiner Leistung, seines Könnens und seiner Fähigkeiten eine Grundabsicherung einfordern zu können, die im 21. Jahrhundert „zeitgemäß“ erscheint?

Letztendlich geht es dabei weniger um den Preis, aber viel mehr um eine Frage des Wollens. Denn finanzieren ließe sich in Deutschland so Einiges, aber nicht alles liegt im Interesse der politischen Majorität. Es geht zwar auch um die Kosten, viel mehr jedoch um die Bereitschaft eines erlahmten Volkes, Reformen umzusetzen, die ihren Namen auch verdienen.

Die Linke muss derart überzeugen, dass sich die Deutschen zu solchen Schritten ermutigt sehen. Dazu fehlt aber auch ihr momentan (noch) der nötige Elan...

Die Perversion des 2989 Konstanzer Sozialpässe (2017)

Die Dramatik ist eigentlich unübersehbar. Und doch weiß man kaum, wem man die Schuld geben soll. Innerhalb eines Jahres steigt die Zahl der Sozialpass-Inhaber in Konstanz um 15 Prozent. Viel mehr als eine Pressemitteilung wird es wohl letztendlich nicht wert sein, dabei sind solche Zahlen wichtiger als jeder Umfragewert zur Bundestagswahl, weil sie die Lebenswirklichkeit der Menschen abspiegeln.

Und ich habe wahrlich auch nichts gegen die „Diesel“-Affäre, denn auch ich bin für saubere Luft. Aber es wäre doch tatsächlich wünschenswert, wenn es nicht nur kommunal, sondern vor allem auch überregional Themen in unseren Fokus schaffen würden, die Wahrheiten abbilden und verdeutlichen, was sie tatsächlich sind: Alltagswahrheiten. Keine Fiktion, kein Spaß. keinerlei Übertreibungen.

Ein Sozialpass bedeutet, dass das Geld nicht einmal mehr reicht, um sich einen Besuch in einer kulturellen Einrichtung aus eigener Tasche leisten zu können. Wie demütigend ist es, wenn ich meinen Nachweis vorzeigen muss, um meine Busfahrkarte günstiger zu bekommen – denn offenkundig gehöre ich nun zu denjenigen, die am untersten Ende der Gesellschaft Sozialleistungen empfangen, die mein Dasein ermöglichen.

Natürlich ist das nicht so dramatisch wie in Afrika, doch für unsere Verhältnisse, für das, was denkbar wäre, ist es ein Skandal. Denn es sind eben nicht mehr nur die Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit, es sind immer mehr Rentner, denen das Geld im Alter nicht reicht, um die Miete zu bezahlen – und daneben zumindest im Sommer ins Schwimmbad zu können. Dabei haben wir doch so viel Vermögen wie wohl selten, nur bunkern wir es an der Spitze des Eisberges bei denen, die nicht mehr wissen, wo die Scheine denn noch gelagert werden sollen.

Die Lage hat sich durch die zunehmenden Leistungsempfänger unter den Asylsuchenden und Migrant*innen, aber gerade auch die Senioren verschärft, die ein Leben lang gearbeitet haben – und heute eben Flaschen sammeln gehen. Wie soll das nur möglich sein? Denn eigentlich hören wir doch jeden Monat nur gute Nachrichten vom Arbeitsmarkt, von „Vollbeschäftigung“ reden da schon Einige, obwohl wir noch millionenweit davon entfernt sind.

Und vor allem: Nicht jeder, der auf dem Papier arbeitet, kann davon leben. Wir wissen um die prekären Beschäftigungsverhältnisse, um die vielen Teilzeitarbeitenden gerade unter den Frauen, nach der Schwangerschaft, nach der Kindererziehung, aber auch generell, weil sie eben einfach zum „falschen“ Geschlecht gehören. Und wie schnell ist man Bezieher von Wohngeld, „Hartz IV“ oder Sozialhilfe – und wird plötzlich zum Anspruchsberechtigten für den Pass, von dem man doch sonst nur in der Zeitung am Rande etwas gelesen hatte. Da ändern sich plötzlich Perspektiven – und keiner kann so schnell hinsehen, wie sich die Situation wendete. Wen sollen wir verantwortlich machen? Und wen können wir auffordern, etwas an dieser unsäglichen Lage zu ändern?

Die Stadt ist hier wohl nur bedingt unser Ansprechpartner, ich nehme ihr ab, dass sie unter Hochdruck versucht, Wohnraum für die zu schaffen, bei denen der Geldbeutel eben nicht locker sitzt. Sie kann nur Symptome lindern, weil die Rahmenbedingungen nicht wirklich die besten sind. Worauf wir kommunal drängen müssen, ist die Einhaltung des Zweckentfremdungsverbots, denn wie viele Wohnungen werden in Konstanz nicht oder nicht hinreichend zum Wohnen genutzt, sondern stehen einen Großteil des Jahres leer und könnten vielleicht auch jenen dienen, die nun auf den Sozialpass angewiesen sind.

Natürlich sind es besonders die teuren Appartements, an denen über Monate die Jalousien nicht bewegt werden. Trotzdem gilt hier, auch weiterhin dranzubleiben. Mehr können wir von Land und Bund erwarten. Ein Preisniveau in Konstanz, das seinesgleichen sucht. Die Schweiz, deren Bürger uns aus deren Sicht verständlicherweise überrennen, hebt es wohl ins Unermessliche und macht es für die hiesigen Einwohner unerschwinglich. Die Wirtschaft leidet bei jeder Überlegung, die nur im Ansatz dahin gehen könnte, den Schweizer Kunden etwas mehr abzuverlangen. Ihnen das Einkaufen und das Wohnen hier in deutscher Nachbarschaft etwas weniger schmackhaft zu machen als eben bisher.

Wir reden wieder und wieder von Mehrwertsteuerrückerstattungen, die doch endlich begrenzt und erst ab einem Mindestbetrag ansetzen sollten. Doch mit den momentanen Personen in Verantwortung dürfte sich kaum etwas ändern lassen an der jetzigen Praxis, die die „pempert“, denen es im Vergleich zu einem Konstanzer Sozialpass-Empfänger traumhaft ergehen wird.

Und so sind es die Inhaber dieser deutschen Unterstützung vom Amt, die indirekt auch unter dem Eigennutz von Schweizer Kaufinteressenten stöhnen müssen. Die Mietpreisbremse ist ebenso eine Maßnahme, die zwar gut gemeint, aber schlecht umgesetzt ist, denn sie bringt so gut wie nichts. Kaum jemand hält sich an die Regeln, die Marktwirtschaft ist in diesem Bereich seit langem ausgehebelt, weil der Bedarf eine Blase gebildet hat, die scheinbar in noch so große Größen wachsen kann, das Angebot nahezu erdrückt und die Mieten so steigen lässt wie eigentlich nie zuvor. Dort, wo man sich früher im guten Bürgertum seine vier Wände leisten konnte, braucht es heute Zuschüsse des Staates, um für die monatlichen Zahlungen, die Nebenkosten und Mehrbedarfe aufkommen zu können – und schlussendlich bleibt nichts mehr für ein Mal im Monat ins Theater, vielleicht auch in ein Museum oder zu einem Konzert. Wer ein „soziokulturelles Existenzminimum“ erreichen will, der braucht den Sozialpass heute öfter denn je. Das Bild ist nahezu pervers, das sich zeichnet, wenn wir sehen: Menschen arbeiten mehr denn je, können sich immer weniger leisten, trotz Mindestlohn und anderer Eingriffe in die ach so sich selbst regulierende Systematik der freien Wirtschaft, die den Arbeitnehmer heute derart ausbeutet, dass ihm am Ende nur noch der Gang zur Konstanz Stadtverwaltung bleibt.

Mit gesenktem Haupt und vollkommen gehemmt, obwohl niemand der Bezieher eines Sozialpasses etwas dafür kann, darauf angewiesen zu sein. Im Gegenteil: Schämen müssen sich die, die zulassen, dass solche Zustände in Deutschland Wirklichkeit geworden sind. In einer Republik, die täglich neu ihren Wohlstand verkündet, dann aber kleinlaut wird bei Statistiken, die Brutales offenbaren:

Wir schaffen es nicht mehr, die Mitte unserer Gesellschaft mit ins Boot zu holen. Wen das nicht alarmiert, den schockieren auch Kims neue Raketentests nicht mehr. Ein Einkommen für jeden, das niemanden mehr abhängig macht vom Betteln beim Finanzminister. Eine Umverteilung, die zu einer Gerechtigkeit führt, bei der jeder durch Leistung seinen Wohlstand mehren kann, bei der aber niemand mehr darum fürchten muss, nicht zumindest einen Grundbetrag im Monat verwalten zu können, der für das Überleben ohne Sozialpass ausreicht. Manche der großen Probleme, die Deutschland tatsächlich hat, die aber von „Eier-Skandalen“ und Urlaubsbildern der Kanzlerin überdeckt werden, könnten nach der Bundestagswahl gelöst werden. Doch dafür bräuchte es in Deutschland Reformbereitschaft. Und die gibt es nicht, weil wir uns daran gewöhnt haben, dass eine Polarisierung zwischen Arm und Reich „normal“ ist in unseren Tagen. Dass sie das aber eben gerade nicht sein kann, das bestätigen die kleinen Notizen zwischendurch: 2989 Sozialpässe sind in Konstanz im Umlauf. Man möge es sich „auf der Zunge zergehen“ lassen...

Islam = Terror? Populistischer geht's doch immer... (2017)

Nein, der Terror hat nichts mit dem Islam zu tun. Aber er hat etwas mit dem extremistischen Islam zu tun. Der Bürgermeister von London macht es sich etwas zu einfach, wenn er als Muslim darauf hinweist, dass das, was die Angreifer auch abseits seiner Stadt mit ihren Taten verfolgen, nicht in seinem Namen geschehe. Ich glaube ihm zweifelsfrei, dass sein Islam nicht gewaltsam ist.

Doch es ist eben auch nur eine von vielen an persönlichen Interpretationen dieser Religion, die der Politiker für sich beansprucht. Eine andere Auslegung haben die Terroristen. Und doch beziehen sie sich – zumindest nach eigenen Angaben – auf dieselbe Grundlage wie die Millionen Muslime, die kopfschüttelnd zusehen, wenn wieder eine Bombe explodiert. Auf den Koran, auf die Lehren mancher Glaubensführer verweisen die Radikalisierten.

Der Veranstalter von „Rock am Ring“ hat völlig recht, wenn er die Versuche von muslimischen Gläubigen, sich von den Anschlägen und Androhungen zu distanzieren, als unzureichend ansieht. Ich frage mich, was ich tun würde, wenn ich einer Religion angehörte, auf die sich in der heutigen Zeit, im 21. Jahrhundert, noch immer „Krieger Gottes“ berufen. Eine schonungslose Auseinandersetzung mit den Fundamenten meiner Weltanschauungsgemeinschaft wäre für mich die logische Konsequenz. Die Anhänger von IS oder „Al Kaida“ als „Irre“ zu bezeichnen, das genügt eben nicht. Denn solch eine Denkweise führt zu kurz, weil sie verdrängt, welch grausames Potenzial in einer Religion stecken kann – übrigens auch im Christentum, im Judentum, im Hinduismus etc., und verhindert, die Ursachen einer fehlgeleiteten Deutungshoheit offenzulegen.

Der Terrorismus hat erkennbare Wurzeln, die gilt es herauszuarbeiten und klar auszusprechen. Nur so kann effektiv gegen ihn vorgegangen werden. Und diese Aufgabe erwarte ich von Muslimen – und jeder friedliebende von ihnen kann sich dabei der Unterstützung Andersgläubiger gewiss sein.

Sie scheint nötiger denn je: Die Debatte um die „Mehrstaatlichkeit“ brandet wieder auf. Wenngleich die Zahl der „doppelten Staatsbürgerschaften“ unter den Deutschtürken gering ist, wird sicherlich neu zu diskutieren sein, ob das gezeigte nationalstaatliche Auftreten vieler Türken in Deutschland auch eine Ursache darin haben könnte, dass von ihnen nie eine Entscheidung für ein Land und für ein Wertesystem abverlangt wurde. Auch der Umstand, wonach weiterhin ein Großteil der Menschen mit türkischen Wurzeln in Deutschland zwar ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt, aber nicht eingebürgert ist (und damit ein klares Bekenntnis zum deutschen Staatssystem nicht ablegen will oder auch konnte), unterstreicht die Notwendigkeit solch einer Debatte.

Dieser Personenkreis, der der Türkei schon auf seinen Ausweispapieren viel stärker verbunden ist als der Bundesrepublik, bringt ganz selbstredend die Forderung mit, Traditionen, Überzeugungen und wohl auch Emotionalitäten nach Deutschland tragen zu dürfen. Und das, ohne dabei zu registrieren, dass mit der Existenz in einem Land auch die Verantwortung zur Teilhabe am hiesigen politischen Dasein einhergeht. Es ist ein internationales Schauspiel, wenn mehrstaatlich lebende Bürger aus der Ferne mit dem Stimmzettel das Geschehen im Heimatland mitbestimmen wollen. Bei den Deutschtürken massiert sich dieses Phänomen – und führt zu grotesken Situationen, wie derzeit bei den gewollten Wahlkampfauftritten der AKP bei uns im Land.

Kann es Sinn von Integrationspolitik sein, Menschen, die sich hier ein neues Zuhause aufgebaut haben, eine Bühne für auswärtige Politik zu bieten? Würde Angela Merkel in der Türkei Wahlkampf betreiben? Wie übergriffig und gleichsam duckmäuserisch ist es, wenn andere Länder ihren Stimmenfang in unsere Säle verlegen – und dabei auf keinerlei Widerrede deutscher Regierungsvertreter stoßen? Es wirkt durchaus schizopren, zumindest doch gedanklich, gefühlt und offenbar auch weltanschaulich in zwei Ländern zu leben. Kein Abbrechen der inneren Verbundenheit mit dem Heimatland, aber den Fokus auf das Hier. Das kann und muss man von jenen erwarten können, die zu uns kommen – denn auch von uns würde es andernorts eingefordert.

Wieso ich keine „direkte Demokratie“ mehr unterstütze
(2017)

„Die Welt will abstimmen“ – ist es tatsächlich so, wie „Democracy International“ es am 03.08.2017 propagierte? Ich war lange ein glühender Verfechter der direkten Demokratie. Denn Partizipation heißt doch weitaus mehr, als alle vier oder fünf Jahre ein Kreuz bei einer Partei zu machen, die schon Stunden nach ihrer Wahl wieder vergessen hat, was sie davor versprach – und ich habe ihr das Vertrauen ausgesprochen, dass sie nicht nur Alltagspolitik, sondern auch große Projekte über einen langen Zeitraum in meinem Sinne umsetzt. Dabei merke ich bereits mit dem Koalitionsvertrag, dass nicht viel von dem geblieben ist, was ich mir an Veränderung vorgestellt habe.

Und gerade, wenn es konkret wird, meint die Politik plötzlich, sie habe den Auftrag der Wählerinnen und Wähler erhalten, eine Entscheidung in meinem Namen treffen zu können. Dabei spielen bei solchen Abwägungen meistens Lobbyismen eine Rolle, die mir völlig fern sind. Da werden die Finanzen vorgeschoben, warum etwas gebaut werden kann oder nicht, das sind es Gesetze, die mir fremd sind, oder da sind es Rechtsprechungen, die ich nicht einmal inhaltlich kapiere. Zum Umdenken brachte mich ein Ereignis: In der Schweiz, dem Musterland für die direkte Demokratie, war es gelungen, einen Antrag auf Abstimmung über die Wiedereinführung der Todesstrafe so weit zu bringen, dass eine Volksabstimmung darüber möglich gewesen wäre. Nur, weil die Initiatoren ihren Vorstoß wieder zurückgenommen hatten, kam es nicht zu dem Urnengang. Und natürlich, wahrscheinlich hätten völkerrechtliche Bestimmungen dagegen gesprochen, wenn das Schweizer Volk mit „Ja“ und damit zugestimmt hätte, das Land menschenrechtlich auf das Niveau der USA zurück zu katapultieren. Was wäre es aber allein für eine Aussage gewesen, wenn eine Mehrheit für solch eine Gesetzesänderung votiert hätte? Ist man echter Anhänger der direkten Demokratie, so müsste man wohl sagen: Wenn das Volk es so möchte, dann muss es auch entsprechend umgesetzt werden. Möglicherweise hätte man entsprechende Verträge gekündigt, die der Ratifizierung entgegen gesprochen hätten. Und dann wäre vielleicht mitten in Europa die Todesspritze gesetzt worden. Und warum? Weil der Populismus Politik macht. Nein, ich spreche den Menschen nicht ab, dass sie nicht in der Lage sind, das zu verstehen, worum es in solchen Abstimmungen geht.

Immerhin sind diese Volksentscheide plakativ – und das ist ihr großes Problem.

Direkte Demokratie schafft es nicht, die Weite eines politischen Feldes so zu übermitteln, dass sich der Bürger eine Meinung auf Grundlage von unverrückbaren Tatsachen schaffen kann, die umzuwälzen eine moralische Lawine loslösen und möglicherweise das Steinzeitalter bedeuten würde. Und ja, solche Vereinbarungen, die unabänderlich scheinen, gibt es – glücklicherweise! Denn sie bewahren uns vor manch einer Dummheit und ermöglichen uns ein friedliches Zusammenleben zu, um nicht über die Stränge zu schlagen.

Nun wird gesagt, man stimme natürlich nie über Themen ab, bei denen das Völkerrecht oder ähnlich lautende Verträge tangiert werden könnten. Aber was ist das dann – halbgeare Demokratie? Wo ist also die Grenze zwischen dem, worüber wir als Volk schlussendlich befinden dürfen - und wo verwehren uns Grundsätze eine Stimmabgabe? Ich bin froh, dass wir in Deutschland nicht über die Todesstrafe abstimmen dürfen. Aber auch, dass wir nicht über Sterbehilfe, Schwangerschaftsabbruch und andere ethische Themen, über den Haushalt, die Verteidigungspolitik oder die Höhe von Steuern und Sozialabgaben befinden können, denn wir hätten in der Moderne weder Zeit, noch die nötige Muße, uns über Auswirkungen unseres Wahlverhaltens Gedanken machen zu können. Die repräsentative Demokratie, sie mag uns veraltet vorkommen. Und zweifelsohne: Auch ich ärgere mich über Aussagen, bei denen Politiker meinen, sie sprächen bei der Frage über die Errichtung eines neuen Wohnhauses nebenan stellvertretend für mich, nur, weil ich ihnen vor ein paar Jahren bei der Kommunalwahl eine einzige Stimme gegeben habe – weil SPD auf der Liste stand, sie nun aber „Hartz IV“ verhängt, was ich niemals unterstützt hätte.

Oder eine CDU, die Freiheitsrechte immer mehr einschränken möchte, wovon sie im letzten Wahlkampf aber gar nichts sagte. Sie tut dies nicht im Namen der Wähler, die Christdemokraten oder Sozialdemokraten einst ankreuzten. Viel eher schenken wir mit unserer Stimme über Jahre hinweg das Vertrauen, dass Politiker unser Land in dem Geiste lenken mögen, den wir ihnen unter Einbeziehung der vielen Impressionen aus drei Monaten Wahlschlacht zugestehen. Nein, repräsentative Demokratie, sie befriedigt mich keinesfalls. Doch die direkte Demokratie kann in ihrer Absolutheit keine Alternative für mich sein. Und sie einzuschränken ist eine Aufgabe, die ich unserem Volk – so ehrlich bin ich – nicht zutraue. Denn da wird es schwierig, auf den Nenner zu kommen, der das regelt, was wir als unumstößlich in unserer freiheitlichen Grundordnung ansehen – und wo wir bereit sind, bestehende Gesetze und Rechte derart zu beschneiden, dass der „Mainstream“ Platz hat. Denn in ihm liegt das eigentliche Problem einer direkten Demokratie: Die fehlende Beständigkeit, die ja noch nicht einmal eine repräsentative Form bieten kann. Wenn wir über die Trägheit unseres Systems sprechen, so bin ich manches Mal dankbar darüber, denn sie filtert so manche kurzweilige Reaktion auf einen terroristischen Anschlag, auf einen Unfall oder einen Skandal, mit der wir lediglich reagieren, aber das Agieren vergessen. Eine direkte Demokratie passt das Land so an, wie es der Wähler – die Mehrheit der Wähler – eben haben möchte. Das ist doch eigentlich gut! Nur verstehen wir dabei nicht, dass reaktionäres Verhalten von Menschen zu großen Umbrüchen führen kann, die in ihrer Deutlichkeit so manchen Anker losreißen, mit dem wir eigentlich fest geerdet waren. Reformen sind in Deutschland auch deshalb ein stets so langwieriges Projekt, weil wir es uns nicht leicht machen mit ihnen.

Und genau dieses hilfreiche Element der Bremse, die uns zum Innehalten zwingt, das bleibt aus in einer direkten Demokratie, in der jede Idee aus dem Sekundenschlaf der Bevölkerung zur Abstimmung gebracht werden könnte und allein aufgrund der aktuellen Stimmungslage befürwortet oder abgelehnt wird – ohne den Blick weg von dieser Momentaufnahme hin zu den Konsequenzen unseres kurzweiligen Handelns zu lenken. Da ist es viel eher die unverbindliche und beratende Bürgerbeteiligung, die ich als Gewinn für unsere Demokratie ansehe. Politiker müssen dazu angehalten werden, auch während der Amtszeit mit ihren Wählern zu sprechen, deren Wünsche und Vorstellungen ernst zu nehmen, ihren Rat anzuhören, ihre Argumente zu verstehen – um schlussendlich aus ihrem Gewissen heraus eine Entscheidung zu treffen, die vielleicht anders aussähe, wenn über Jahre hinweg keine Rückmeldung aus dem Volke gekommen wäre.

Den Repräsentanten die Breite an Meinungen mit auf den Weg zu geben, damit sie sie berücksichtigen können, im Zweifel an der Rechtmäßigkeit aber das Sieb spielen, das nicht alles durchlässt, was in den Köpfen der Menschen herumgeistert, das erhoffe ich mir aus dem momentanen System. Sich zusammensetzen, sich mit der Materie intensiv zu beschäftigen, Transparenz herzustellen und schlussendlich gemeinsam im Dialog darüber zu befinden, welchen Kompromiss wir ausloten können, um diesen als eine Empfehlung denjenigen anzuvertrauen, in die wir durch unsere Stimme ein Pflichtgefühl gesetzt haben, für das Volk zu regieren – und nicht an ihm vorbei. Denn es ist gleichsam keine Missachtung unseres Bürgerwillens, wenn Politik nicht immer das aufgreift, was in den Augen der Bevölkerung jetzt nötig und sinnvoll wäre.

Viel eher ist es die Herausforderung für jeden einzelnen politischen Akteur, im Sinne unserer seit Jahrzehnten gültigen und offenbar von der Mehrheit der Bevölkerung in Augenblicken der Sachlichkeit respektierten Vereinbarungen, auf denen unser Land fußt, das durchzusetzen, was machbar ist und unserem Ethos entspricht.

Demokratie ist keinesfalls das System des Denkbaren, sondern das des Verantwortbaren. Es ist nicht immer einfach, das zu verinnerlichen. Und nein, es mag vielleicht auch nicht angemessen sein, wenn wir nur jedes vierte Jahr den Deutschen Bundestag wählen, weil schon am zweiten Tag nach der Abstimmung wieder der Geist der Alltäglichkeit einsetzt.

Doch ich möchte eine schützende Demokratie, die auch in meinem Interesse nicht all die Wirklichkeit werden lässt, was in meinen Visionen möglich erscheint. Denn dazu fehlt mir manches Mal die Besonnenheit, zwischen dem zu unterscheiden, was gerade heute gerechtfertigt wäre – und dem, was der Courage unseres Landes förderlich sein kann. Wir mäkeln heute oft – und vergessen doch, dass wir einmal „Danke“ sagen sollten, all denen, die die zweifelsfrei schwierige Aufgabe immer wieder neu übernehmen, sich zum Prügelknaben der Wähler zu machen, um die Demokratie zu verteidigen.

Sie tun dies repräsentativ, weil das Wettrennen verbindlicher Bürgerinteressen außerhalb der Wahltermine niemals zu einem guten Ende führen würde...

Es hat schon etwas Kurioses: Da geschehen zwei Morde – wie sie leider oft in unserem Land passieren – in räumlicher Nähe, ein Tatverdächtiger ist ein Flüchtling, man konnte ihn mit den bisherigen Ermittlungsmethoden identifizieren, der Erfolg war erzielt. Und dennoch fällt dem baden-württembergischen Justizminister ein, dass die Ausweitung der forensischen DNA-Analyse trotzdem und ganz zufällig jetzt plötzlich „dringend notwendig“ werde.

Zuvor war eine Stimmung verbreitet worden, die die Emotionen der „Wutbürger“ aufkochen ließ. Mit einer Angstmake vor einer zunehmenden Kriminalität schien die Bevölkerung aufgeschreckt, da musste Guido Wolf in Anbetracht des Bundestagswahljahres ja reagieren. Und prompt will er die Grundrechte aushebeln. Denn was auf den ersten Blick eine so große Hilfe erscheint, ist in Wahrheit ein Freibrief für die Verdächtigung Unschuldiger.

Durfte man bisher aus DNA von aufgefundenem Spurenmaterial nur das Geschlecht bestimmen, sollen es nun Augen- und Haarfarbe sowie biologisches Alter sein. Bislang musste sich die Polizei noch anstrengen, aus einem großen Kreis an potenziell Verdächtigen – nämlich Männern oder Frauen –, aus deren Vielzahl niemand wirklich eine persönliche Vorverurteilung ableiten konnte, den Richtigen zu finden, darf sie fortan nicht nur die DNA mit möglichen Tätern oder Zeugen abgleichen, sondern nach dem Gesetzentwurf für den Bundesrat auch „ins Blaue“ hinein die Fahndung ansetzen.

War in der Vergangenheit noch wahre Ermittlungsarbeit notwendig, um eine Tatbeteiligung auch belegen zu können, steigt nun die Gefahr, dass sich die Kriminalisten blind auf den einzelnen genetischen Fingerabdruck verlassen – der letztendlich überhaupt kein Beweis für eine Täterschaft ist. Nicht umsonst haben Gerichte in der Vergangenheit die Bedeutung von DNA-Spuren im Strafprozess herabgestuft und betont, dass die DNA lediglich in ihrem nicht-codierenden Bereich, also dort, wo keine Einzelheiten über die Persönlichkeitsmerkmale zu finden sind, für die forensische Arbeit genutzt werden dürfe. Und warum soll sich diese Entscheidung heute nun überdauern haben?

Nur, weil wissenschaftlich mehr machbar wäre? Passen sich Würde, Datenschutz und Integrität des Menschen auch so einfach an den Fortschritt an, wie es die Technik tut? Wollen wir uns bevormunden lassen von dem, was wir selbst erschaffen haben und was jetzt droht, die Macht über uns zu übernehmen?

Alles umsetzen, was möglich ist, auch auf die Gefahr hin, dass ein Dambruch in der Ethik den oftmals überbewerteten, aber mittlerweile denkbarer denn je erscheinenden und uns herausfordernden „Gläsernen Menschen“ Realität werden lässt?

Man tut bereits so, als sei das Gesetz beschlossen, die Koalition sich einig. Ich bin in solchen Augenblicken dankbar für einen umsichtigen Bundesminister. Heiko Maas hat darauf hingewiesen, dass seine Referentenentwürfe bereits Reformen vorsahen. DNA-Abgleiche von Verwandten.

Für eine Prüfung der Vorschläge aus der Union ist er zwar offen, verweist aber auf die Verhältnismäßigkeit als wesentliches Leitmotiv in unserer Demokratie. Sie schützt vor aufkommender Polemik. Und selbst die Bundesdatenschutzbeauftragte der CDU hat große Bedenken. Denn auch das ist Kern unseres Staatssystems: Nicht nur auf die hören, die am lautesten rufen!

Der Placebo-Effekt der ständigen Überwachung (2017)

Zumindest teilweise haben Attentäter mit ihren Angriffen schon gewonnen, wie es die Reaktionen auf die Vorkommnisse in Berlin deutlich machen: Statt unsere Freiheit zu leben, lassen wir es zu, dass sie nach und nach eingeschränkt wird. Man könnte sogar den Eindruck gewinnen, als hätte es nie Datenschutz gegeben, so einfach wird er dieser Tage über Bord geschmissen. Zwar gibt einer Umfrage zufolge derzeit eine Mehrheit der Deutschen an, sie wünsche sich mehr Videoüberwachung. Wenn wir in unseren Straßen und Plätzen dann aber von allen Seiten angestarrt werden, wird sich erneut die Frage stellen, ob wir nicht eher kapituliert haben vor einer Angst, die immer wieder neu dramatisiert wird, wenn Anschläge uns zu verunsichern versucht haben. Denn die Meinung, Videokameras würden unser Gefühl von Sicherheit erhöhen, gilt nur solange, wie wir die Tatsachen beiseiteschieben: Amri, der Attentäter, wurde gefilmt, der Anschlag aber nicht verhindert – und seine Identifikation erfolgte wohl maßgeblich über Fingerabdrücke, nicht über Gesichtserkennung.

Bei der Feuer-Attacke jetzt waren es bestehende Videokameras, die halfen. Noch mehr rechtfertigen sich dadurch sicher nicht. Denn was hilft uns Überwachung, wenn der Terrorist oder der Straftäter dann lächelnd ins Objektiv winkt, stolz, wie manch einer auch auf seinem Radarbild? Mehr Kameras nehmen uns Freiheiten, sie befördern aber den Narzissmus von Straftätern.

Quer durch Europa wurde der Verdächtige gefilmt, es brauchte italienische Polizisten, um ihn zu bremsen. Und trotzdem schwadroniert auch ein baden-württembergischer Innenminister, er könne nicht verstehen, weshalb man die Möglichkeiten von mehr Überwachung im öffentlichen Raum nicht nutze. Nein, nicht nur, weil ich mich erst recht unwohl fühle, wenn überall die Linse auf mich gerichtet wird, sondern auch, weil es den Staat nichts angeht, wo ich einkaufe, wann ich ins Kino gehe oder wo ich meine Freunde treffe, lehne ich eine pauschale Verdächtigung des gesamten Volkes ab.

Was passiert, wenn solche Aufzeichnungen in die Hände von Unternehmen geraten, die nur so auf Profile neuer Kunden warten? Wer garantiert, dass die Gesichtserkennung mich nicht mit meinen Doppelgängern verwechselt?

Und warum konnten Städte wie London, die voll sind von Überwachungskameras, keinen kausalen Zusammenhang zu einer steigenden Aufklärungsquote an Verbrechen herstellen? Wieder einmal gilt: Nicht der, der am lautesten nach neuen Gesetzen schreit, dürfte im Recht sein. Sondern der, der sich zunächst fragt, warum die bestehenden und nachweislich völlig ausreichenden Gesetze nicht genutzt wurden, um eine Flucht durch mehrere Länder zu verhindern.

Auch Technik kann letztendlich immer nur so gut sein wie die, die sie anzuwenden in der Lage sein müssen. Und ehe wir letzteres nicht erreicht haben, helfen uns auch keine „Big Brother“-Mentalitäten weiter...

Anmerkungen

Die Bibelzitate in diesem Buch sind der Einheitsübersetzung und der Lutherbibel entnommen worden. Die Liedpassagen entstammen dem Evangelischen Gesangbuch:

EU 2016 – Katholische Bibelanstalt (2016):
Einheitsübersetzung der Heiligen Schrift. Stuttgart: Vollständig durchgesehene und überarbeitete Ausgabe.

LUT 1912 – Deutsche Bibelgesellschaft (1986): *Lutherbibel 1912*. Stuttgart: Revidierte Fassung.

EG – Evangelischer Presseverband für Baden e.V. (1995):
Evangelisches Gesangbuch. Ausgabe für die Evangelische Landeskirche in Baden, Karlsruhe: 1. Auflage.

Nachwort

Liebe Leser,

na, habe ich Sie provozieren dürfen?

Haben Sie einen „Roten Faden“ erkennen und Überzeugungen finden dürfen, die mich tragen und die ich in Argumentationen immer wieder einfließen lasse?

Haben Sie sich gewundert, warum ich gerade Themen wie freien Gottesglauben, liberale Politik, „Hartz IV“ oder auch die Homosexualität ausgewählt habe, um sie in diesem Buch zu erörtern? Ja,? Gut so!

Wie gesagt, kommen Sie gern in Austausch mit mir und schreiben Sie mir Ihre Gedanken nach dem Lesen. Ich freue mich auf Ihre Zuschrift unter riehle@riehle-dennis.de!

Einen herzlichen Dank für Ihr Interesse!

Bis bald!

Dennis Riehle

